DAS DENKNETZ

NR. 006
OKT. 2019

RÉSEAU DE RÉFLEXION PENSIERI IN RETE

Denknetz-Tagung am 23.11.2019 in Basel

Die Linke und die Freiheit

Vor 150 Jahren fand der Basler Kongress der Ersten Internationalen statt. Anlass für das Denknetz, an einer Tagung grundlegende Fragen zu stellen: Wie hält es die Linke mit der Freiheit? Wie steht sie zur feministischen Bewegung? Wird die Linke im 21. Jahrhundert überhaupt eine Rolle spielen? An der Tagung wirken mit: Bernard Degen, Caroline Arni, Urs Marti-Brander, Katrin Meyer, Beat Ringger, Ruth Daellenbach und Georg Kreis.

Seite 13

Reclaim Democracy: Das Programm steht zu 90%

Ein Grossteil der rund 60 Veranstaltungen stehen fest, und im Vorverkauf gibt's jetzt den günstigen Drei-Tages-Pass. Der Reclaim Democracy-Kongress vom 27.-29.2.2020 ist lanciert. Seite 3

Paul Rechsteiner

Von 1998 bis 2018 präsidierte er den Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB. Das grosse Denknetz-Interview mit Paul Rechsteiner. Seite 24

Wahr sagen

Das Denknetz veröffentlicht das Thesenpapier „Wahr sagen: Kritische Öffentlichkeit und Demokratie". Trump und Co wollen die ungeschminkte Lüge zur Normalität zu machen. Wie soll das weitergehen? Seite 33

Das neue Denknetz-Buch

Das System-Change-Klimaprogramm

Die Fachleute sind sich einig: Ohne tiefgreifende Veränderungen in Produktion und Konsum haben wir keine Chance, die Klimaerhitzung ernsthaft zu bremsen. Was im Rahmen der CO_2-Gesetzesrevision gegenwärtig vorgeschlagen wird, reicht jedenfalls bei Weitem nicht aus. Doch noch bestehen kaum Vorstellungen darüber, wie der erforderliche System Change konkret in Gang kommt. Das neue, vom geschäftsleitenden Sekretär des Denknetzes Beat Ringger verfasste Buch «Das System-Change-Klimaprogramm» schliesst diese Lücke. In 27 Punkten zeigt es auf, wie wir den erforderlichen Politikwechsel jetzt anschieben. Seite 5

P.P. 8004 Zürich
Post CH AG

EDITORIAL

Klima-gerechtigkeit ist Solidarität

Solidarisiere – mitmarschiere. Die Protestbewegung gegen den Klimawandel, initiiert von jungen Menschen, zieht zunehmende Kreise. Die nationale Klimademo, Schweizer Höhepunkt der weltweiten Aktionenwochen, mobilisierte am 28. September 100'000 Menschen nach Bern. Ihr Ruf nach «Climate justice» ist auch ein Kampf für Gerechtigkeit.

Von global 7.71 Mia Menschen leben rund 1.3 Mia in Afrika; das sind knapp 17 % der Weltbevölkerung. Sie produzieren «nur» rund 7% der schädlichen Klimagase. Arme Länder wie Niger, Äthiopien oder Südsudan sind auf den hintersten Plätzen der 148-starken Länderliste der Pro-Kopf-Umweltsünder. Ihre Bevölkerungen sind von den Folgen des Klimawandels besonders betroffen.

Es sind Schwerpunkt-Länder der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit EZA. Armut bekämpfen und den Aufbau nachhaltiger und gerechter Strukturen fördern ist die Königsdisziplin der EZA. Unter der Federführung von Aussenminister Cassis will der Bundesrat diese jetzt „neu ausrichten", sie an die Interessen der Schweiz binden und «strategisch» mit Migrationspolitik verbinden. Auch Klimaschutz steht auf der Agenda. Die offizielle Schweiz will Klimamassnahmen – Mitigation und Prävention – fördern und dafür auch die Privatwirtschaft mobilisieren. Störend ist die Finanzierung: natürlich gehört Klimaschutz in den Kontext internationaler Zusammenarbeit. Dafür sind die notwendigen Finanzen bereitzustellen. Es kann aber nicht sein, dass diese aus dem Entwicklungskredit genommen werden. Eine solche «Umetikettierung» der Gelder ist in höchsten Massen zynisch - gerade, weil klimapolitische Massnahmen und der Abbau von Armut eng miteinander verknüpft sind. Gefragt sind darum zusätzliche Mittel im Kampf für Climate Justice – und gefragt ist politische Kohärenz, die Klimaschutz und soziale Entwicklung verknüpft.

Die Klimaerhitzung ist eine Herausforderung, die nur mit einer radikalen Stärkung der internationalen Solidarität zu bewältigen ist. Breite Kreise der Zivilgesellschaft haben sich in der Vernehmlassung zur Schweizer EZA entsprechend ausgesprochen und wir hoffen, dass der bundesrätliche Richtungswechsel noch korrigiert wird. Und wir empfehlen dem Bundesrat das neue Denknetz-Buch ‚Das System-Change-Klimaprogramm' zur Lektüre.

Ruth Daellenbach
Denknetz-Präsidentin

Kurzportrait Denknetz

Das Denknetz (gegründet 2004) ist ein sozialkritischer Thinktank, der gesellschaftstheoretische und politische Grundlagenarbeit leistet. Sein Credo sind die Universalität der Menschenrechte und die Unteilbarkeit der Grundwerte Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Denknetz-Fach- und Regionalgruppen erarbeiten Analysen, Thesen und Reformvorschläge zu Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitswelt, zu Bildungs- und Migrationsfragen. Wichtige Transversalthemen sind Gender, Ökologie und globale Verhältnisse. Das Denknetz wird getragen von seinen 1550 Mitgliedern (Stand Sommer 2019). Mitglieder erhalten alle Denknetz-Publikationen kostenlos nach Hause geschickt. Sie nehmen zu günstigeren Tarifen an Denknetz-Tagungen und Kongressen teil. Normalverdienende bezahlen einen Jahresbeitrag von CHF 100.-, Nicht- und Geringverdienende CHF 40.-, Fördermitglieder unterstützen das Denknetz mit CHF 400.-.

www.denknetz.ch | info@denknetz.ch

Réseau de réflexion, groupe francophone

Depuis 2015 existe un groupe francophone qui se réunit à Lausanne. Il essaie d'exprimer un point de vue qui peut être spécifiquement romand sur quelques sujets traités par ailleurs dans le Denknetz. De même, il se positionne sur des thèmes qui lui semblent importants mais qui ne sont pas encore traités. Sujets du groupe francophone traités jusqu'ici : Service public / Médias et Service public / Démocratie / Démocratisation du travail et de l'entreprise / Croissance/décroissance / Les machines intelligentes / Big Pharma / Soins de longue durée.

suisseromande@denknetz.ch

Inhalt

Der zweite Reclaim-Democracy-Kongress 3
Das Parlament und die Bewegungen 4
Das System-Change-Klimaprogramm 5
Klimaschutz und Wirtschaftskrise 8
Schub fürs Denknetz / Schub für Reclaim Democracy 12
Tagung: Die Linke und die Freiheit 13
James Guillaume und der libertäre Sozialismus 14
Jahrbuch 2019: Welthandel und Umweltzerstörung 17
Welthandel als Motor von Umwelt- und Klimakrisen 18
Ohne radikale Umkehr in der Steuerpolitik verlieren alle 20
Reclaim Democracy – Kongress 2020 – Zürch 22
Paul Rechsteiner im Interview: «Wir müssen alles neu denken.» 24
Frauenstreik Plus! 28
Das hohe Alter: Ein Frauenuniversum 31
Wahr sagen: Kritische Öffentlichkeit, Demokratie und Macht 33
Die Existenzsicherung für alle (Efa) 38
Neu auf der Denknetz-Website 40
Lesetipps 41
Replik: Warum schweigt das Denknetz zur STAF-Vorlage? 42
Veranstaltungskalender | Impressum 43

Vom 27. bis 29. Februar 2020 in der Roten Fabrik

Der zweite Reclaim-Democracy-Kongress: jetzt Tickets bestellen!

Von Julia Baumgartner

Vom 27. bis 29. Februar 2020 ist es so weit: Die zweite Ausgabe von Reclaim Democracy wird durchgeführt. Dieses Mal findet die dreitägige Veranstaltung in der Roten Fabrik in Zürich statt. Ein lebendiger, spannender Kulturort, der hoffentlich auch neue Menschen an den Kongress holt!

Mit dem Reclaim-Democracy-Kongress 2020 steht dem Denknetz wiederum eine riesige Veranstaltung bevor. Dafür sind das ganze Sekretariatsteam, die Programmgruppe und drei Arbeitsgruppen zu den Schwerpunktthemen im Einsatz. Mit über 40 Organisationen ist auch die Kooperationsgemeinschaft dieses Mal um einiges grösser als am ersten Kongress 2017. Entsprechend umfangreich waren auch die eingegangenen Vorschläge und Inputs für Ateliers. Die Programmgruppe des Kongresses befindet sich momentan mitten in der Detailplanung des Programms. Schlussendlich werden über 50 Ateliers und fünf Plenarveranstaltungen durchgeführt.

Die Veranstaltung knüpft an den Reclaim-Democracy-Kongress im 2017 an der Universität Basel an und richtet sich an all jene Menschen, die die Demokratie stärken und weiterentwickeln wollen.

Im Zentrum stehen drei Schwerpunktthemen:

Digitaler Kapitalismus und soziale Kämpfe

Wie können wir das Internet für weltweite, offene demokratische Prozesse sichern und rückerobern? Wie können wir die Digitalisierung für neue Arbeitsformen, Arbeitszeitverkürzungen, neue Formen des zivilen Widerstands und von Arbeitskämpfen, für einen umfassenden Service public, für Klimaschutz und Gendergerechtigkeit im Interesse aller nutzen?

Dazu sollen rund 15 Ateliers und eine Plenarveranstaltung mit Oliver Nachtwey, Orhan Akman, Katharina Nocun und Jacqueline Kalbermatter durchgeführt werden.

Wahr Sagen: Kritische Öffentlichkeit und Demokratie

Die Tragfähigkeit demokratischer Verhältnisse muss laufend erstritten werden. Dazu gehört unabdingbar das ständige Bemühen um Fakten, um akkurate Analysen des Wirklichen, um ein Wahr Sagen. Doch gegenwärtig erleben wir das Gegenteil: eine Normalisierung des Lügens. Wie verhindern wir, dass damit der Boden für autoritäre Regimes, für Gewalt und Krieg bereitet wird?

Dazu sollen rund 15 Ateliers und eine Plenarveranstaltung mit Silke van Dyk, Slave Cubela, Mark Eisenegger, Susan Boos und Melinda Nadj Abonji stattfinden.

System change not climate change

Wie lösen wir uns von der zerstörerischen Materialschlacht und von imperialen Lebensverhältnissen? Welche Verantwortung hat die Schweiz als global grösster Handelsplatz, auf dem 40% des länderübergreifenden Handels mit Rohöl abgewickelt wird? Welche klimapolitische Programmatik brauchen wir, und wie entwickeln wir den dazu nötigen Druck?

Dazu sollen rund 15 Ateliers und eine Plenarveranstaltung mit Ivonne Yannez, Tadzio Müller und Tetet Lauron durchgeführt werden. Ausserdem ist eine Video-Botschaft von Naomi Klein geplant.

Eine Richtschnur, die durch den ganzen Kongress führt, ist der globale Anspruch auf ein gutes Leben für alle und ein System Change, um die Dominanz der Konzerne und der Banken zu überwinden und Kooperation über Konkurrenz stellen zu können. An der Schlussveranstaltung soll denn auch diskutiert werden, wie wir einen System Change erreichen und und Anstösse zum Handeln geben!

Im 2017 haben über 1800 Menschen am Kongress teilgenommen. Diese Zahl wollen wir im 2020 wir natürlich noch übertreffen! Dafür brauchen wir Ihre Hilfe:

1. Auf www.reclaim-democracy.org können Sie bereits den Dreitages-Pass bestellen (Denknetz-Mitglieder können diesen für 80 Franken beziehen)

2. Den Kongress fett in die Agenda eintragen

3. Allen Freund*innen und Bekannten von der Veranstaltung erzählen (Werbematerial wie Kleber und Flyer kann im Denknetz-Sekretariat bestellt werden)

Julia Baumgartner
ist beim Denknetz für die Kongressorganisation zuständig. Sie studiert Schulmusik II und Chorleitung in Basel und war von 2017 bis 2019 Zentralsekretärin der JUSO Schweiz.

Zum Ausgang der nationalen Wahlen vom 20. Oktober 2019

Das Parlament und die Bewegungen

Von **Ruth Daellenbach und Beat Ringger**

Die Ergebnisse der National- und Ständeratswahlen geben Anlass zu Optimismus und sind ein Stimulans für die sozialen Bewegungen, sich jetzt noch stärker einzubringen.

Die Linken (Grüne, SP, andere Linksparteien) konnten am 21. Oktober 2019 ihren Stimmenanteil von 26,8% auf 31% steigern und gewannen 14 Sitze dazu. Die bürgerliche Seite ist teilweise grüner geworden (so hat die GLP um 3.2% zugelegt), und mit der nationalrätlichen Mehrheit von SVP und FDP ist es vorbei. Die Frauen haben ihren Sitzanteil im Nationalrat auf 42% verbessert. Dazu gehören auch drei Frauen aus dem Denknetz-Vorstand, denen wir herzlich zur Wahl gratulieren: Barbara Gysi (bisher), Katharina Prelicz-Huber (neu) und Tamara Funiciello (neu).

Dank der Wahl-Wende wird eine progressivere Politik möglich. Es fällt es leichter, Angriffe auf die soziale Sicherheit, auf arbeitsmarktliche Schutzregeln oder auf demokratische Grundrechte gleich an der parlamentarischen Quelle zu unterbinden und der Verwässerung von Klimamassnahmen wirksam entgegenzutreten. Allerdings darf in der Freude über die Verschiebungen nach grün-links nicht verdrängt werden, dass eine deutliche Parlamentsmehrheit immer noch bürgerlich ist. Was als Mitte figuriert, ist teilweise auch mal scharf rechts. CVP-Sozialpolitiker scheuen sich nicht, für die Verschärfung der Flüchtlingspolitik zu plädieren, die GLP verfolgt eine neoliberale Wirtschaftspolitik und ist für die Erhöhung des Rentenalters.

Wenn wir die Klimaerhitzung ernsthaft eindämmen und die Frauenanliegen wirksam voranbringen wollen, dann sind wir auf einen grundsätzlichen Kurswechsel, auf einen System Change angewiesen. Ähnlich sind auch in der Gesundheitspolitik, im Bereich der Steuern oder in Bezug auf die Rentensicherung (Krise der 2.Säule) grundlegende Reformen erforderlich. Im Verhältnis zu der EU wird es weiterhin darum gehen, die soziale Frage ins Zentrum zu stellen und Versuche von Lohndumping entschieden abzuwehren. Solche Ziele erreichen wir nur mit starken Bewegungen und einer spursicheren Linken.

Bereits am Wahlabend sind von Seiten der Wahlverlierer*innen an die Adresse der gestärkten Links-Grünen Kräfte Appelle zur Kompromissfähigkeit gerichtet worden. Wichtige Leitmedien werden in dasselbe Horn blasen: Die Bewegungen hätten ihre Schuldigkeit getan, jetzt müsste das Primat der parlamentarischen Politik gehören, und jetzt brauche es Mehrheiten für tragfähige Kompromisse. Doch die Bewegungen braucht es jetzt umso mehr: Um das Momentum für Veränderungen weiter zu stärken, müssen sie ihren Druck aufrecht halten. Und Kompromisse gehören zwar zum politischen

Geschäft, doch sie sind nicht das Ziel, sondern allenfalls ein Schritt in die richtige Richtung. In manchen Fällen können Kompromisse auch den Schwung für Veränderungen erlahmen lassen. Zu Recht schreibt Cédric Wermuth deshalb im Schlusswort zum Denknetz-Klimaprogramm-Buch: „Kompromisse für Gesetze oder Massnahmen, die hinter dem zurückbleiben, was nötig ist, sind das Gegenteil von gut, auch wenn sie von den Beteiligten vielleicht gut gemeint sind. (…) Hinter das, was das System-Change-Klimaprogramm umreisst, dürfen wir nicht mehr zurückfallen. Es liegt an uns allen, nun den nötigen Druck aufzubauen, um auf diesem Weg voranzukommen."

Die Bewegungen und die Zivilgesellschaft haben die Wende im Parlament stark mitgeprägt. Der Wahltag ist jetzt nicht das «Happy End», sondern der Anfang einer Phase von neuen Möglichkeiten. Erst im Zusammenspiel von Bewegungen und der institutionellen Linken entsteht Raum für echte Fortschritte. Deshalb brauchen wir jetzt eine Linke, die ihr Profil schärft und die das Zusammenspiel mit den Bewegungen sucht.

Das neue Denknetz-Buch

Das System-Change-Klimaprogramm

Viele sind sich einig darüber, dass die Klimaerhitzung nur mit einem System Change wirksam zu bremsen ist. Oft werden auch die allgemeinen Grundzüge eines solchen Wechsels skizziert. Doch noch bestehen kaum Vorstellungen darüber, wie ein solcher Change konkret in Gang kommen soll. Das vom geschäftsleitenden Sekretär des Denknetzes Beat Ringger verfasste Buch *Das System-Change-Klimaprogramm* schliesst diese Lücke. In 27 Punkten zeigt es Wege auf, wie wir den erforderlichen Politikwechsel jetzt anschieben können.

Gleich zwei Hitzewellen in Europa, epidemische Waldbrände in Kalifornien, in der Arktis, im Amazonas und auf Borneo, ein rekordstarker Wirbelsturm, der die Bahamas verwüstet: Der Klimawandel hat Fahrt aufgenommen. Nun ist es augenfällig. Es bleiben nur noch wenige Jahre, um Klimakatastrophen ungeahnten Ausmasses zu verhindern. Für klimapolitisches Geplänkel um unzulängliche Massnahmen bleibt keine Zeit mehr, und noch viel weniger bleibt Zeit dafür, die Probleme einfach zu verlagern – zum Beispiel durch den blossen Ersatz der fossilen durch eine Elektro-Autoflotte.

Auch wenn die Klimastreikbewegung schon einiges bewirkt hat: Was gegenwärtig in den Räten im Rahmen der CO2-Gesetzesrevision in der Schweiz diskutiert wird, reicht bei Weitem nicht aus. Mit Vorschlägen wie dem Klimabonus, der Klimavermögensabgabe, dem Klimaparlament und einem radikalen Umbau der Mobilität weist das System-Change-Klimaprogramm den Weg in die nötigen Dimensionen. Es geht darum, die gewaltige Materialschlacht zu beenden, in die wir verheddert sind, es geht um grundlegende Veränderungen in den Konsum- und Lebensgewohnheiten, in der Produktion und in der Finanzwelt. Und es geht darum, die Blockademacht der Erdöl-, Rohstoff- und Autolobby zu brechen.

Das steht im Zentrum des System-Change-Klimaprogramms:

- Ein **Klimabonus,** der einschenkt: Abgaben auf fossile Energieträger (CHF 2.- pro Liter Treibstoff), auf Flugtickets (mindestens CHF. 300.- pro Ticket) und auf Fleischkonsum (Fr. 5.- pro Kilo Fleisch). Diese Abgaben werden vollständig zu gleichen Beträgen an die Bevölkerung zurückbezahlt. Das hat starke Lenkungswirkungen und sichert gleichzeitig Klimagerechtigkeit im Inland. Wer mit seinem Konsum das Klima überdurchschnittlich belastet, legt unter dem Strich drauf, wer klimaverträglich lebt wird belohnt. Und gestartet wird mit Helikoptergeld: Bevor Abgaben ein erstes Mal erhoben werden, erhalten alle Haushalte pro Person CHF 1000.-.

- Eine **Klima-Vermögensabgabe von 20%** auf allen Vermögen über einer Million CHF (ausgenommen sind selbstbewohnte Immobilien). Die Abgabe bringt 240 Mia CHF, die zur Hälfte für den ökologischen Umbau in der Schweiz, zur Hälfte für den Umbau im globalen Süden genutzt werden (globale Klimagerechtigkeit). Ressourcen in diesem Ausmass sind dringend erforderlich, wenn Klimapolitik erfolgreich sein soll. Zum Beispiel kann die Schweiz damit ein weltweites Programm für die sachgerechte Entsorgung der Kältemittel anschieben, wie sie in Kühlschränken oder Klimaanlagen verwendet werden (FKW) – ein Problem, das heute nicht die geringste Beachtung findet, aber ungeregelt alleine schon für zusätzliche 0.55 Grad Klimaerwärmung sorgen wird.

- **Das Ende des Autowahns:** Wir brauchen einen neuen Mobilitätsstandard: Die Kombination von Langsamverkehr, ÖV und Car Sharing. Wir erreichen dies mit weitgehend autofreien Städten, mit einer Halbierung der Autobahnspuren zugunsten des Ausbaus des öffentlichen Fernverkehrs (auch auf der Strasse, nicht nur auf der Schiene), mit vier autofreien Weekends und einer autofreien Woche pro Jahr.

- Eine **Klimaverträglichkeitsprüfung** auf allen Produkten und Dienstleistungen. Bestand hat nur, was klimafreundlich ist. Praxen wie etwa diejenige, bei der Schottischer Rauchlachs nach China zur Tranchierung verfrachtet wird und anschliessend in den Kühlregalen des Schweizer Detailhandels landet, müssen aufgedeckt und sofort unterbunden werden.

> “Es geht darum, die Blockademacht der Erdöl-, Rohstoff- und Autolobby zu brechen.”

“Ein Systemwandel ist kein Sonntagsspaziergang. Ohne Streit, ohne Konflikte wird es nicht gehen.”

- Ein **Handels- und Finanzierungsverbot** für Kohleabbau, Fracking, Teersand und Tiefseebohrungen. Damit lanciert die Schweiz die globale Debatte für ein Ende dieser fatalen und besonders riskanten Fördermethoden, und sie tut dies mit besonderem Gewicht als einer der drei mit Abstand wichtigsten Rohstoffhandelsplätze der Welt. Damit schaffen wir den dringend nötigen Einstieg, um die gesamte Förderung von fossilen Rohstoffen massiv zu drosseln.

- Die Einführung des **Klimaparlamentes,** einer dritten Parlamentskammer, gewählt durch die Generationen, die die Folgen des Klimawandels mit voller Härte zu spüren bekommen werden (Jahrgang 1990 und jünger). Das Klimaparlament soll bei allen klimarelevanten nationalen politischen Geschäften ein Mitspracherecht erhalten. Es kann zudem Beschlüsse von National- und Ständerat zur Volksabstimmung bringen und ihnen dabei einen Gegenvorschlag entgegensetzen.

- Von der Öffentlichkeit getragene **Klimawerkstätten** in Siedlungen, Quartieren und Dörfern. Diese Werkstätten beraten bei Gebäudesanierungen und Heizungserneuerungen, helfen, Heizungen optimal einzustellen, leihen Geräte und Maschinen aus, bieten Reparaturen an, führen Kurse durch (z.B. zu regenerativer Landwirtschaft und klimagerechtem Kochen) und bringen die 3D-Drucktechnologie vor Ort, z.B. für die Produktion von Ersatz- und Verschleissteilen.

- **Klima- und Menschenrechtsabkommen** müssen Priorität haben gegenüber den Bestimmungen in Handels- und Wirtschaftsverträgen. Diese enthalten etliche Bestimmungen, mit denen ein wirksamer Klimaschutz verhindert wird. Die Anwendung solcher Bestimmungen muss ab sofort sistiert werden.

Ein Systemwandel ist kein Sonntagsspaziergang. Ohne Streit, ohne Konflikte wird es nicht gehen. Doch nur ein System Change macht die Zukunft wieder offen und legt die nötigen Potenziale frei für eine solidarische Lebensgestaltung, die den Anspruch auf ein nachhaltiges und würdevolles Leben aller Menschen dieser Erde respektiert. Ringger skizziert deshalb im Buch – zusätzlich zum System-Change-Klimaprogramm – eine demokratische Bedarfswirtschaft, mit der wir solche Zukunftspotenziale dauerhaft freilegen und den kapitalistischen Wachstumszwang überwinden.

Ausschnitte aus den Vorworten und dem Schlusswort

Aus dem Vorwort von Nadia Kuhn, Klimaaktivistin und Co-Präsidentin JUSO Kanton Zürich:

„Die 27 Schlüsselmassnahmen, die in diesem Buch präsentiert werden, machen genau das: Sie denken über die Grenzen unseres heutigen Systems hinaus und entwerfen die Skizze einer klimaneutralen, solidarischen Gesellschaft. (…) Sind all diese Ideen radikal? Möglicherweise. Doch je länger je mehr bin ich davon überzeugt, dass unsere Überzeugungen viel weniger naiv und unrealistisch sind als der Glaube, auf dem jetzigen Weg könne es weitergehen."

Aus dem Vorwort von Luzian Franzini, Co-Präsident der Jungen Grünen Schweiz:

„Wir erleben momentan keine «Grüne Welle», keinen kurzzeitigen Trend, sondern eine Epochenwende. Die Klimabewegung will Geschichte schreiben. Im Kampf gegen die Klimaerwärmung entsteht momentan die seit 50 Jahren wohl grösste Chance, die grundlegenden Machtstrukturen zu verändern und eine Welt zu gestalten, welche allen ein würdiges Leben garantiert – auch den künftigen Generationen."

Aus dem Schlusswort von Cédric Wermuth, Vizepräsident der SP-Bundeshausfraktion:

„Kompromisse für Gesetze oder Massnahmen, die hinter dem zurückbleiben, was nötig ist, sind das Gegenteil von gut, auch wenn sie von den Beteiligten vielleicht gut gemeint sind. (…) Hinter das, was das System-Change-Klimaprogramm umreisst, dürfen wir nicht mehr zurückfallen. Es liegt an uns allen, nun den nötigen Druck aufzubauen, um auf diesem Weg voranzukommen."

Beat Ringger
Das System-Change-Klimaprogramm
September 2019
216 Seiten, Verlag edition8, CHF 19.80/Euro 16,–
ISBN 978-3-85990-367-8

Mit Vorworten von Nadia Kuhn, Klimastreik-Aktivistin und Co-Präsidentin der JUSO des Kantons Zürich, und Luzian Franzini, Co-Präsident der Jungen Grünen Schweiz, mit einer Einleitung von Ruth Daellenbach, Präsidentin des Denknetzes und einem Schlusswort von Cédric Wermuth, Nationalrat und Vizepräsident der SP-Bundeshausfraktion.

Denknetz-Mitglieder und Leute, die dem Denknetz neu beitreten, erhalten das Buch kostenlos nach Hause geschickt (siehe Beitrittstalon auf der letzten Seite dieser Denknetz-Zeitung).

Klimaschutz und Wirtschaftskrise

Killer oder Katalysator?

Von **Beat Ringger und Hans Schäppi**

Die nächste globale Wirtschaftskrise steht vor der Tür. Wird es wie bisher immer sein: Die Sorge um Arbeitsplätze killt die Sorge um die Umwelt und das Klima? Oder wird diesmal die Wirtschaftskrise zum Katalysator einer klimapolitischen Wende?

In Wirtschaftskrisen verdrängt üblicherweise die Sorge um den Arbeitsplatz alle anderen Themen, zum Beispiel Umweltschutz und Klimaerhitzung. Sollte sich dieses Muster in der nächsten Wirtschaftskrise wiederholen, dann würde diese zum Killer der Klimapolitik – und damit zu einem doppelten Desaster. Zudem könnten Klimafragen dafür missbraucht werden, Konzerne auf Profitkurs zu halten, z.B. in Form einer Abwrack-Prämie bei einer Autoneubeschaffung: Wer ein Elektroauto kauft, erhält für die Verschrottung seines fossilen Autos eine namhafte Zahlung – ungeachtet der Tatsache, dass E-Autos klimapolitisch in eine Sackgasse führen und mit Abwrackprämien die verhängnisvolle Materialschlacht weiter angekurbelt würde, die mit der weltweiten Produktion von jährlich mehr als 90 Mio Autos einhergeht.

Doch es könnte auch anders kommen. Krisen erschüttern das ökonomische und das gesellschaftliche Gefüge und lösen in jedem Fall einen Umbau der Wirtschaft aus. Die entscheidende Frage lautet also, zu wessen Gunsten dieser Umbau vonstatten geht. Die Gewinner der Krise von 2008 sind rasch benannt: US-amerikanische Banken und Plattformkonzerne, die Autoindustrie, die Grossunternehmen in den Ländern Nordeuropas und Chinas. Die Verlierer*innen sind es ebenfalls: In vielen Ländern hat die Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten schmerzhafte Erfahrungen mit der neoliberal geprägten Sozial- und Wirtschaftspolitik gemacht, und Umweltpolitik und Gendergerechtigkeit haben oftmals Rückschläge erlitten. Doch die Wirkungen der Austeritätsprogramme waren vielerorts so zwiespältig, dass die Zweifel über deren Zweckmässigkeit mittlerweile auch manche etablierten Institutionen wie den IWF erreicht haben. Dies könnte dem Widerstand gegen eine Neuauflage einer solchen neoliberalen „Krisenbekämpfung" zum Durchbruch verhelfen. Verbindet sich dieser Widerstand mit dem Kampf gegen die Klimaerhitzung, dann würde dies den Weg ebnen für eine fortschrittliche Überwindung der neoliberalen Dominanz, für einen öko-sozialen System Change.

Eine Krise mit Ansage

In der Denknetz-Zeitung vom Herbst 2018 haben wir die bevorstehende Krise ausführlich thematisiert und ihren Ausbruch im Jahr 2020 als wahrscheinlich bezeichnet[1]. Mittlerweile sind die Krisenzeichen unübersehbar. Und wenn auch von mancher Seite noch ein weiteres Jahr des Aufschubs prognostiziert wird: Dass eine globale Krise bevorsteht, wird kaum mehr bestritten. Im Gegensatz zu 2007/2008, als die Welt von der Finanzkrise überrumpelt worden war, steht uns also eine Krise mit Ansage bevor.

> „Ein Green New Deal darf nicht auf halbem Weg stecken bleiben."

Die Tatsache, dass wir seit 2008 eine der längsten Perioden ohne transnationale Kriseneinbrüche verzeichnen, ist teuer erkauft worden. Die Zentralbanken haben in den letzten 12 Jahren – zunächst im Gleichschritt mit den Regierungen, dann weitgehend im Alleingang – mit enormen Geldspritzen die Finanzmärkte vor dem Zusammenbruch bewahrt, und sie haben mit weiteren enormen Geldspritzen Gesellschaft und Wirtschaft am Laufen gehalten – oft mehr schlecht als recht. Die Europäische Zentralbank zum Beispiel hat einen Drittel aller Staatsanleihen im EU-Raum aufgekauft, und sie hat die Zinsen für die Geldausleihe an Geschäftsbanken in den letzten vier Jahren sogar in den negativen Bereich gedrückt. Mit weitreichenden Folgen: Negativzinsen prägen heute die Finanzmärkte. Negativzinsen heisst: Wenn du mir Geld gibst, machst du damit keine Rendite, im Gegenteil. Du musst mich dafür bezahlen, dass ich es überhaupt annehme. Wer etwa gegenwärtig deutsche Staatsanleihen mit zweijähriger Laufzeit im Wert von einer Mio. Euro kauft, muss dafür in den nächsten zwei Jahren 14'800 Euro Negativzins bezahlen (jährlich 0.74%). Gemäss der NZZ vom 4.7.2019 weisen zwei Drittel aller Staatsanleihen der Eurozone solche negativen Renditen auf[2]. In der Schweiz sind sogar mehr als 90% aller in Franken gehandelten

1 http://www.denknetz.ch/das-denknetz-04/

2 Alle Angaben aus NZZ vom 7.5.2019: Anleihen über 13 Billionen Dollar mit negativen Renditen spiegeln Anlagenotstand der Investoren.https://www.nzz.ch/finanzen/ezb-federal-reserve-co-welt-der-negativzinsen-wird-extremer-ld.1492926, (gelesen am 27.8.19)

3 NZZ vom 23.8.19, S.29

Staats- und Unternehmensanleihen mit Negativzinsen behaftet[3]. Die Tatsache, dass Anleger sich überhaupt auf solche Negativzinsen einlassen macht deutlich, wie verbreitet die Angst vor Wertverlusten ist: Es fehlt an einigermassen soliden Investitionsmöglichkeiten, und es ist Liquidität (also frei verfügbares Geld) im Überfluss vorhanden.

Eigentlich müssten Negativzinsen ja dazu führen, dass alle Welt Geld borgt und kräftig investiert (eine Wirtschaftskrise demnach in weiter Ferne läge). Was könnte denn einem Unternehmen oder einem Staat besseres geschehen, als dass ihm für die Kreditaufnahme auch noch Geld bezahlt wird? Doch die Staaten stehen auf der Sparbremse: Das Mainstream-Dogma lautet, eine Staatsverschuldung von mehr als 90% des BIP sei problematisch (was empirisch zumindest für die Länder des globalen Nordens nicht untermauert werden kann). Und die privaten Konzerne sehen zu wenig profitable Investitionsmöglichkeiten, um Fremdkapital aufzunehmen (die Gründe für diesen „Investitionsstreik" der Privatwirtschaft haben wir schon mehrfach erläutert, siehe z.B. Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie 2010). Stattdessen verwenden sie geliehenes Geld dafür, die eigenen Aktien aufzukaufen. Ziel der Übung: die Aktienkurse damit in die Höhe zu treiben. Das löst allerdings keine realen Wirtschaftstätigkeiten aus. Hingegen wird damit gleich ein nächster Krisenherd befeuert: Aktienmärkte, die durch die Decke schiessen und deshalb immer unstabiler werden.

Negativzinsen verdeutlichen, in welchem Mass sich der Kapitalismus gegenwärtig selbst ad absurdum führt. Sein Kernprozess besteht darin, aus Kapital mehr Kapital zu machen – und nicht die Umkehrung, nämlich hinnehmen zu müssen, dass aus Kapital weniger Kapital wird. Letzteres ist eine Art chronifiziertes Element einer Krise. Überdies scheint es zumindest in den nächsten Jahren aus dieser Dynamik der negativen

Zinsen kein Entrinnen zu geben. Zwar hat die US-amerikanische Zentralbank (FED) Ende 2015 damit begonnen, die Leitzinsen sukzessive wieder anzuheben, und sie hat es dabei auf gegenwärtig knapp über 2% geschafft. Doch jetzt ist Schluss. Eine weitere Erhöhung würde die angeschlagene Konjunktur abwürgen, und deshalb hat die FED jetzt den Rückwärtsgang eingelegt und die Zinsen im Juli 2019 erstmals wieder um 0.25% gesenkt. Und Donald Trump drängt darauf, dass die Zinsen rasch noch stärker zurückgefahren werden (Präsident*innen sehen sich in den Zeiten vor Wahlen nicht gern im Sumpf von Wirtschaftskrisen). Die Finanzmärkte gehen denn auch davon aus, dass Zinssätze bis ins Jahr 2030 negativ bleiben könnten[4].

Es sind aber nicht nur die Negativzinsen, die auf eine tiefe und lange Krise hindeuten. Im Gegensatz zu 2008 steht diesmal auch kein Retter vor der Tür: China hat damals mit massivem staatlichem Einsatz sich selbst vor der Krise und die Weltwirtschaft vor Schlimmerem bewahrt, steht heute jedoch selbst vor grossen Problemen (siehe dazu auch Walden Bello 2019).

Killer oder Katalysator?

Naomi Klein beschreibt in ihrem Bestseller „Die Schocktherapie", wie sich die neoliberalen Kräfte in den letzten Jahrzehnten jeweils wirtschaftliche und/oder politische Krisensituationen zunutze gemacht haben, um im Schockverfahren einen neoliberalen Umbau durchzusetzen (Klein, 2007). Eine Alternative zu einer wirtschaftsliberalen Schocktherapie ist der vom damaligen US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt orchestrierte New Deal der 1930er Jahre in den USA. Roosevelt verband eine aktive staatliche Investitionspolitik mit der Stärkung der Gewerkschaften und stark progressiven Steuern und war damit so erfolgreich, dass der New Deal in den Debatten um Krisenpolitik immer noch sehr präsent ist und auch dem Projekt eines Green New Deal den Namen leiht. Dabei würde eine sozial fortschrittliche Bekämpfung der Krise mit einer entschlossenen Umwelt- und Klimapolitik kombiniert werden – eine gute Idee. Ein New Deal darf diesmal allerdings nicht auf halbem Weg stecken bleiben. Diesmal müssen wir dauerhaft sicherstellen, dass sich letztendlich nicht doch wieder die Interessen des Kapitals durchsetzen – alleine schon wegen der Klimaerhitzung. Ein Green New Deal muss also auf einen System Change abzielen. Gelingt dies nicht, dann mehren sich die Klimakatastrophen, und es droht ein Niedergang der menschlichen Zivilisation: Nationalistisch und kulturalistisch aufgeladene Kämpfe aller gegen alle um schwindende Lebensräume und Ressourcen, geschlossene Grenzen und brutale Rückweisungen von (Klima-)Geflüchteten, ein Zerfall von Demokratie und Menschenrechten.

Was also liegt näher, als die Vorschläge, die wir vor einem Jahr für eine Krisenpolitik gemacht haben mit den Vorschlägen für eine System-Change-Klimapolitik zu verbinden, wie sie im neuen Denknetz-Buch formuliert werden (Ringger 2019)? Hier dazu einige Eckpunkte:

Vermögensabgabe

Zur Bekämpfung der Krise haben wir vor Jahresfrist in der Denknetz-Zeitung eine Abgabe von 20% auf allen Vermögen über einer Million CHF (ausser selbstbewohnten Immobilien) vorgeschlagen und uns dabei auf den IWF bezogen, der seinerseits eine ähnliche Abgabe skizziert hatte (IWF, 2013, S.49). Unsere Berechnungen hatten ergeben, dass eine solche Abgabe 240 Mia CHF erbringt. In der Kombination mit klimapolitischen Zielen wird daraus eine Klimavermögensabgabe, in dem bei der Verwendung der Erträge aus dieser Abgabe klimapolitische Ziele mit der Krisenbekämpfung und dem Einsatz für globale Gerechtigkeit ver-

4 NZZ vom 10.9.2019, S.26

bunden werden. Ringger schlägt im System-Change-Klimaprogramm genau dies vor: Die Hälfte der Vermögensabgabe sei für den ökologischen Umbau in der Schweiz zu verwenden, die andere Hälfte für Massnahmen der Klimagerechtigkeit im globalen Süden. Zum Beispiel könnte die Schweiz aus diesen Mitteln ein weltweites Programm für die sachgerechte Entsorgung der Kühlaggregate aus Kühlschränken und Klimaanlagen initiieren. Die in diesen Anlagen verwendeten Fluorkohlenwasserstoffe FKW sind bis zu 4000 Mal klimaschädlicher als CO2, und sie werden v.a. bei der unsachgemässen (aber leider üblichen) Entsorgung der Geräte freigesetzt - ein Problem, das heute noch kaum Beachtung findet, aber ungeregelt alleine schon für zusätzliche 0.55 Grad Klimaerwärmung verantwortlich werden könnte (Hawken 2019[5]).

Helikoptergeld und Klimabonus

Von verschiedenen Seiten ist in den letzten Jahren das sogenannte Helikoptergeld als Mittel der Krisenbekämpfung ins Spiel gebracht worden. Gerade neulich stellte der weltweit grösste unabhängige Vermögensverwalter BlackRock in einer Studie fest, dass die Vergabe von Krediten via den privaten Bankensektor als Mittel zur Krisenbekämpfung wirkungslos geworden sei. Deshalb sollen die Nationalbanken diesmal Geld direkt an den Staat respektive die Bürger*innen verteilen, um die Nachfrage zu stimulieren und damit Wege aus einer Wirtschaftskrise zu finden (Tages-Anzeiger, 23.8.2019, S.13). Genau das ist mit dem Begriff Helikoptergeld[6] gemeint. Im System-Change-Klimaprogramm wird dieser Vorschlag mit einer klimapolitischen Lenkungsabgabe zum sogenannten Klimabonus kombiniert. Der Klimabonus startet mit einer einmaligen Helikoptergeldabgabe an alle Haushalte in der Höhe von CHF 1000.- pro Person. Von demselben Datum an werden markante Abgaben auf fossile Brenn- und Treibstoffe (z.B. CHF 2.- pro Liter Benzin), auf Flugtickets (z.B. mindestens CHF 300.- pro Ticket) und auf Nicht-Bio-Fleisch (CHF 5.- pro Kilo) erhoben. Die jährlichen Erträge aus diesen Abgaben werden in der Folge ausnahmslos und gleichmässig pro Kopf an die Bevölkerung rückvergütet. Der Klimabonus verbindet Klimaschutz mit einem sozialen Ausgleich. Wer das Klima überdurchschnittlich belastet, legt unter dem Strich drauf, wer klimaverträglich lebt wird belohnt. Da die Reichen durch ihren Konsum die Umwelt deutlich stärker belasten als die Normalbevölkerung, führt dies zu einer Verteilung von oben nach unten.

Investitionsprogramm mit System-Change-Wirkung

Zu den klassischen Massnahmen eines Krisenprogramms gehört ein staatlich gesteuertes Investitionsprogramm, das nun auf den ökologischen Umbau hin fokussiert werden soll. Etliche Studien weisen glaubhaft nach, dass eine nachhaltige Wirtschaft mehr Jobs generiert als eine auf fossilen Energieträgern basierende Wirtschaft – der ökologische Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft dient damit auch der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit.

Dabei ist allerdings Vorsicht geboten. Es kann nicht darum gehen, mit den Geldern eines Investitionsprogamms lediglich Subventionen an die Privatwirtschaft zu tätigen. Vielmehr müssen im Sinne eines System-Change Ansätze einer andern Wirtschaft gestärkt werden. Zum Beispiel schlägt das System-Change-Klimaprogramm vor, flächendeckend Klimawerkstätten aufzubauen, die in jedem Quartier und Dorf grundlegende Dienste verfügbar machen wie Umweltberatungen (z.B. lassen mit einer möglichst energieeffizienten Einstellung der Heizungen alleine schon rund 30% der heutigen Heizkosten sparen), Reparaturen, den Ausleih von Werkzeugen (Sharing Economy), den Einsatz von 3D-Druckern für die Besorgung von Ersatzteilen und so weiter. Solche Klimawerkstätten müssten als Teil eines neuen Service public konzipiert werden. Dasselbe gilt für den Ausbau von Car-Sharing-Angeboten. Dabei muss nicht alles staatlich erbracht werden, aber demokratisch gesteuert und einer rein kommerziellen Logik entzogen sein.

Demokratisierung und klimapolitische Regulierung von Handel und Finanzwesen

Die Banken haben in der letzten Krise die Gesellschaften in Geiselhaft nehmen können, weil sie „too big to fail" geworden waren: Hätte man sie Konkurs gehen lassen, so wäre dadurch die gesamte Wirtschaft ganz erheblich beschädigt worden. Die Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie hatte deshalb schon 2010 unter dem Titel ‚Finanzdienste als Service public' einen Vorschlag formuliert, um zu verhindern, dass Banken in einer nächsten Krise erneut die Gesellschaften erpressen können (Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie, 2010/2). Gemäss diesem Vorschlag sollen grundlegende Finanzdienste wie der Zahlungsverkehr, das individuelle Sparen oder die Gewährung von Krediten in einen demokratisch kontrollierten Service public überführt werden. Private Banken, die auf eigenes Risiko Geschäfte betreiben, müssen von solchen Diensten ausgeschlossen werden und müssen diese z.B. bei der Postfinance einkaufen.

> „Negativzinsen verdeutlichen, in welchem Mass sich…

5 Am Buch ‚Drawdown. Der Plan' von Paul Hawken haben rund 150 Wissenschafter*innen mitgearbeitet. Sie zeigen in rund 100 gut recherchierten Artikeln auf, mit welchen Massnahmen der Klimawandel gemildert und die schlimmsten Folgen abgewendet werden können. Auch wenn dabei eine eher technokratische Vorstellung der Gesellschaft vorherrscht, ist das Buch dennoch sehr lesenswert.

6 Es geht an dieser Stelle nicht um eine generelle Problematisierung und Würdigung von Helikoptergeld als Instrument der Krisenbekämpfung. Vielmehr soll der Ansatz einmalig als Einstieg in den Mechanismus des Klimabonus genutzt werden. Er ist damit in einen begrenzten, problemlos handhabbaren Rahmen eingebunden.

Eine solche Demokratisierung und Umgestaltung der Finanzsphäre soll nun auf umwelt- und klimapolitische Belange erweitert werden. Im Fokus steht dabei insbesondere die Finanzierung von und der Handel mit fossilen Rohstoffen. Das ist hierzulande von hoher Bedeutung, weil die Schweiz zu den weltweit drei bedeutendesten Rohstoff-Handelsplätzen zählt und beim Rohöl einen Anteil am globalen Transithandel von 40% aufweist (Tages-Anzeiger vom 11.5.19, S.44). Die Förderung von Erdöl und Erdgas muss zwingend beschränkt werden, wenn der Klimawandel erfolgreich eingedämmt werden soll. Diese Beschränkung muss zuerst das erfassen, was besonders schmutzig und riskant ist: Die Gewinnung von Erdöl oder Erdgas aus Teersand oder durch Fracking, die Öl- und Gasförderung in der Arktis, in der Tiefsee oder in ökologisch besonders sensiblen Gebieten, und generell den Abbau von Kohle. Die Schweiz soll deshalb ein Verbot der Finanzierung und des Handels mit diesen Rohstoffen erlassen und dafür kämpfen, dass ein solches Verbot weltweit verfügt wird.

Die grosse Spaltung überwinden

Zurück zur Frage, ob die Wirtschaftskrise als Killer oder als Katalysator einer wirksamen Klimapolitik wirken wird. Mit den vorgeschlagenen Massnahmen (Klimavermögensabgabe, Klimabonus etc) ist ein Weg skizziert, der es erlaubt, klimapolitische und soziale Anliegen zusammenzuführen. Es scheint uns massgeblich zu sein, dass diese Zusammenführung gelingt. Sie ist ein wesentlicher Baustein dafür, eine der massgebenden Spaltungen der letzten Jahrzehnte zu überwinden – eine Spaltung, die sich quer durch alle Bevölkerungsschichten zieht, insbesondere auch quer durch die Klasse der lohnabhängig Beschäftigten. In dieser Spaltung werden klimapolitische und sozialpolitische Ziele einander entgegengestellt, statt miteinander verbunden.

> . . . der Kapitalismus gegenwärtig selbst ad absurdum führt. ”

Jene Teile der Bevölkerung, die ihren materiellen Lebensstandard latent als bedroht wahrnehmen, tendieren dazu, der Sicherung dieses Standards absolute Priorität einzuräumen. Das könnten zum Beispiel Besitzende und Beschäftigte in handwerklichen Kleinbetrieben sein. Teile des sogenannten Mittelstands hingegen machen sich stärker Sorgen um die Umwelt und die Klimaerwärmung und billigen einer konsequenten Klimapolitik hohe Bedeutung zu. Diese Spaltung ist in den letzten Jahrzehnten vom besonders reaktionären, rechtsnationalistischen Teil der kapitalistischen Eliten massiv und leider oft erfolgreich befeuert worden. Bezeichnenderweise ist dieser Teil oft direkt mit den Interessen derjenigen Konzerne verbandelt, die in besonderem Mass von fossiler Energienutzung abhängig sind.

Nun hat aber die Klimaerhitzung in neuer Zeit deutlich an Fahrt aufgenommen, und dank der Klimastreikbewegung und dem Weltklimarat steigt endlich auch die öffentliche Wahrnehmung der entsprechenden Bedrohungslage. Dies macht es immer schwieriger, die Klimakrise zu leugnen. Leugner*innen werden denn auch reihenweise zu Verharmloser*innen – aber dies ist ein kraftloses Rückzugsgefecht. Damit entsteht die Chance, die geschilderte Spaltung insbesondere auch innerhalb der Lohnabhängigen aufzuweichen und zu überwinden. Denn es wird überall auf der Welt das „Volk“, d.h. der breite Teil der Bevölkerung sein, der den höchsten Preis für die Klimaerhitzung bezahlt. Wir müssen das klimapolitische Steuer herumreissen, und mit jedem Jahr, das dabei verloren geht, erhöht sich die Gefahrenlage erheblich. Deshalb müssen wir alles tun um zu vermeiden, dass die nächste Wirtschaftskrise das gerade erst in Gang kommende klimapolitische Momentum wieder bricht. Es ist zu hoffen, dass nun insbesondere die Gewerkschaften aktiv und engagiert auf die Verknüpfung von Klimapolitik und Sozialpolitik hinwirken.

Beat Ringger; geschäftsleitender Sekretär des Denknetzes.

Hans Schäppi; Studium von Geschichte und Philosophie in Zürich, pensionierter Gewerkschaftssekretär, aktiv in der internationalen Solidaritätsarbeit, bei MultiWatch und im Denknetz.

Literatur

Hans Baumann, Daniel Haller, Roland Herzog, Stefan Kessler, Christoph Lüthy, Helen Müri und Holger Schatz (2019). Welthandel und Umweltzerstörung. Commerce mondial et destruction de l'environnement. Denknetz-Jahrbuch 2019, Zürich

Walden Bello (2019). Paper Dragons. China and the next crash. London

Joël Bühler, Andres Frick, Beat Ringger, Simon Rutz, Hans Schäppi (2018). Sechs Bausteine für ein fortschrittliches Krisenprogramm. In: Denknetz-Zeitung #4, Oktober 2018

Joël Bühler, Andres Frick, Beat Ringger, Simon Rutz, Hans Schäppi (2018). Nächste Krise: Bald, heftig, lang? In: Denknetz-Zeitung #4

Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie (2010). Zu reich für den Kapitalismus: Die Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion. http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2017/07/Die_Krise_der_gesellschaftlichen_Investitonsfunktion.pdf

Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie (2010/2). Zur Too big to fail - Problematik: Finanzdienste als Service public. http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2017/07/Working_Paper_Finanzdienste_als_Service_public_Juni_2010.pdf

Paul Hawken (Hrsg, 2019). Drawdown. Der Plan. Wie wir die Erderwärmung umkehren können. München 2019

International Monetary Fund IMF (2013). Fiscal Monitor – Taxing Times. Online unter https://www.imf.org/en/Publications/FM/Issues/2016/12/31/Taxing-Times (gelesen am 30.8.18)

Naomi Klein (2007). Die Schock-Strategie: Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus. Frankfurt a.M.

Naomi Klein (2015). Die Entscheidung Kapitalismus vs. Klima. Frankfurt a.M.

Beat Ringger (2019). Das System-Change-Klimaprogramm. Zürich

FÜR DIE WEITERENTWICKLUNG KRITISCHER DENKARBEIT BRAUCHEN WIR IHRE HILFE

SCHUB FÜRS DENKNETZ

SCHUB FÜR RECLAIM DEMOCRACY

Mit Publikationen, Veranstaltungen und Reformvorschlägen leistet das Denknetz einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung fortschrittlicher Denkarbeit in der Schweiz. Im Gegensatz zu grossen neoliberalen Think-tanks wie Avenir Suisse haben wir jedoch keine Millionen.

Vom 27. – 29. Februar 2020 findet zum zweiten Mal der Reclaim-Democracy-Kongress statt – dieses Mal in der Roten Fabrik. Um diesen Kongress finanzieren zu können, sind wir auf Ihre Spende angewiesen. Helfen Sie mit?

Mit einem Beitrag von 50 Franken können wir **250 Programmzeitungen** für den Kongress drucken.

Mit einem Beitrag von 100 Franken erreichen wir in den sozialen Medien **5000 Menschen.**

Mit einem Beitrag von 150 Franken können wir während dem Kongress **10 ehrenamtliche Helfer*innen verpflegen.**

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!
Julia Baumgartner | Mitarbeiterin Kongressorganisation

Spenden auf Postkonto:
87-450463-8
Denknetz, Postfach, 8036 Zürich
IBAN: **CH8509000000874504638**
BIC: **POFICHBEXXX**
Vermerk: **Spende Denknetz**

www.zerositzer.com | freie grafik

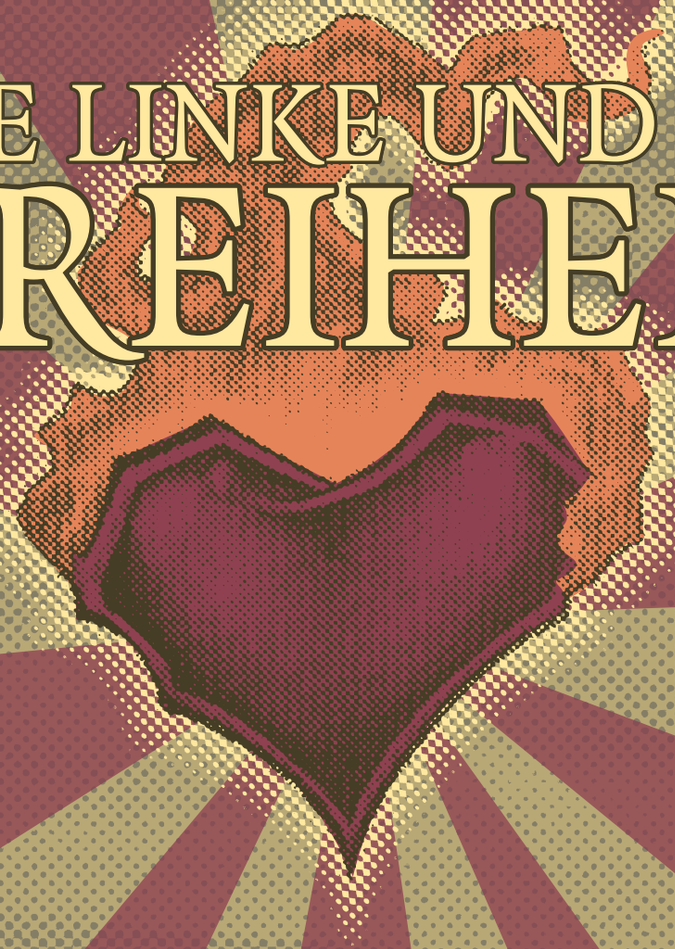
RECLAIM DEMOCRACY KONGRESS
27. – 29. FEBRUAR 2020
ROTE FABRIK · ZÜRICH

WWW.DENKNETZ.CH/SPENDEN

JETZT DENKNETZ-MITGLIED WERDEN

Sind Sie dabei? Wer jetzt dem Denknetz beitritt, erhält als Willkommensgeschenk das aktuelle **Denknetz Jahrbuch 2019** und das Buch **Das System-Change-Klimaprogramm** kostenlos nach Hause geschickt. Der Jahresbeitrag beträgt CHF 100.- respektive CHF 40.- für Nicht- oder Wenigverdienende. Talon auf der Seite 43 ausfüllen oder ein Mail schicken mit Name und Postadresse: **info@denknetz.ch**

DIE LINKE UND DIE FREIHEIT



Tagungsbeitrag
inkl. Mineralwasser und Lunch
CHF 100.- Normalverdienende
CHF 60.- Denknetz-Mitglieder
CHF 40.- Gering- oder Nichtverdienende

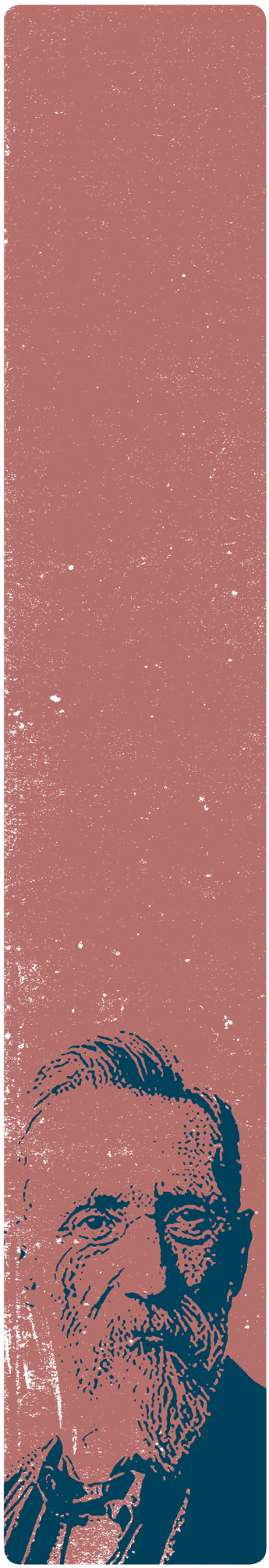
Anmeldungen
tagung@denknetz.ch
Mail mit Name und Postadresse
Die Platzzahl ist beschränkt
Teilnahme nach Eingang der Anmeldung

Tagung
23. November 2019

Samstag | 10.15 – 16.15 h
Volkshaus Basel | Rebgasse 12

Mit Bernard Degen, Caroline Arni, Urs Marti, Kathrin Meyer, Beat Ringger, Ruth Daellenbach und Georg Kreis

+++ **10.15 h – 10 30 h | Beginn der Tagung.** Gesamtmoderation Ruth Daellenbach +++ **10.30 h – 11.15 h** Bernard Degen | **«Zur Geschichte des Basler Kongresses von 1869»** +++ **11.15 h – 12. 00 h** | Caroline Arni **«Freie Frauen. Was war Emanzipation im 19. Jahrhundert?»** +++ **12.00 h – 12.15 h** | Pause +++ **12.15 h – 13.00 h** | Urs Marti | **«Die Freiheit der Liberalen und Marx' Idee der Selbstverwirklichung»** +++ **13.00 – 13.45 h** | Mittagessen +++ **13.45 h – 14.30 h** | Katrin Meyer | **«Die Idee der Freiheit aus feministischer Perspektive»** | **14.30 h –14.45 h** | Pause +++ **14.45 h – 15.30 h** | Beat Ringger **«Das 21. Jahrhundert ohne Linke?»** +++ **15.30 h – 16.15 h | Schlussgespräch** der Referentinnen und Referenten | mit Georg Kreis



Zu den Auseinandersetzungen in der 1. Internationale

James Guillaume und der libertäre jurassische Sozialismus

Von **Hans Schäppi**

James Guillaume (1844-1916) kennt heute kaum noch jemand, obwohl er zu den interessantesten und originellsten Figuren der sozialistischen Bewegung der Schweiz zählt. Wir erinnern an Guillaume im Zusammenhang mit dem vierten Kongress der 1. Internationalen, der vor 150 Jahren in Basel stattgefunden hatte und zu dessen Jubiläum das Denknetz am 23.11.2019 eine Tagung organisiert.

Was Guillaume vertreten hat, einen libertären Sozialismus, der auch als jurassischer Anarchismus bezeichnet wird und v.a. im Neuenburger Jura, im Berner Jura und im heutigen Kanton Jura zwischen 1864 und 1878 Einfluss hatte, scheint heute weder allgemein bekannt noch sonderlich aktuell zu sein. Allerdings gibt es durchaus Parallelen zu heutigen Bewegungen. Verhängnisvoll waren hingegen die Auseinandersetzungen zwischen Marx und den libertären Sozialist*innen im Rahmen der Internationalen Arbeiterassoziation (IAA, auch 1. Internationale genannt), die zu deren Spaltung beigetragen haben.

Axel Schubert, ein Aktivist der Basler Klimabewegung, hat in einem Vortrag kürzlich die Grundsätze der Klimabewegung zusammengefasst. Es handle sich um eine basisdemokratische Bewegung, in der per Konsens entschieden werde. Sie lege Gewicht auf ihre Unabhängigkeit von Parteien und Organisationen; ziviler Ungehorsam werde nicht ausgeschlossen, auch wenn sie für einen friedlichen und gewaltfreien Umgang mit Lebewesen und Sachen eintrete. Ihre Struktur bestehe aus autonomen und selbstverantwortlichen Arbeitsgruppen, ein „grüner Zirkel" diene als Koordinationsgremium. Das wichtigste seien die Vollversammlungen, die offen sind für alle, auch Neuinteressierte. Mit diesen Worten lassen sich in etwa auch die Grundsätze und Strukturen des libertären Sozialismus im Jura zusammenfassen, die von James Guillaume wesentlich mitgestaltet worden waren. Das „Führerprinzip" etwa wurde von den Jurasozialist*innen explizit abgelehnt, auch wenn es in der Bewegung eine Art führende Elite gab.

Eine weitere Parallele springt vielleicht weniger ins Auge. Es gibt eine gewisse Ähnlichkeit der Zeit des liberalen Kapitalismus von 1848-1873 mit der heutigen neoliberalen Phase. Beide Epochen sind geprägt von einer Globalisierung im engeren Sinn: Dem Kapital sind für Investitionen und Produktion praktisch keine Grenzen gesetzt, und Beschäftigte, Gewerkschaften und Arbeiter*innenorganisationen sind einer intensiven Standortkonkurrenz ausgesetzt. Dies steht im Gegensatz zur Periode zwischen der sogenannten „Grossen Depression" (1873-1896) und dem Umbruch der 1970er-Jahre, wo sich der Kapitalismus eine stärkere nationale Basis verschafft hatte und man von einem „Organisierten Kapitalismus" sprechen konnte (Kocka 1974). Dieser organisierte Kapitalismus ist seit 1970 durch den Neoliberalismus wieder des-organisiert worden. So hat die Standortkonkurrenz massiv zugenommen, und die Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen sind in die Defensive gedrängt worden. Während der Internationalismus in der Zeit des Organisierten Kapitalismus in den Programmen der Gewerkschaften und Parteien zu einer Marginalie verkommen war, war die internationale Solidarität in der Internationalen Arbeiterassoziation (IAA) eine zentrale Angelegenheit. Ähnlich müsste er auch

heute in Form eines erneuerten Internationalismus wieder dringend an Bedeutung gewinnen.

James Guillaume wurde in London 1844 als Sohn des Uhrenhändlers Georges Guillaume (1817-1896), eines radikalen Republikaners, geboren, der ursprünglich aus Neuchâtel stammte. Seine Mutter Marie Suzanne Clady stammte aus einer französischen Musikerfamilie und gab ihm die Liebe zur Musik weiter. Als 1848 die Republik Neuchâtel vom reaktionären preussischen Königreich unabhängig wurde, zog die Familie Guillaume zurück in die väterliche Heimat. Der Vater gab seine Tätigkeit in der Uhrenbranche auf, wurde Richter und Präfekt und war von 1853 bis 1888 Staatsrat der Republik Neuchâtel. James studierte von 1862 bis 1864 Philosophie und Literatur in Zürich, übersetzte Gottfried Kellers „Leute von Seldwyla" ins Französische und verstand sich, beeinflusst von der Philosophie Spinozas, wie sein Vater als penseur libre, als ein freier Geist. 1864 wurde er von seinem Vater, der sieben Kinder zu ernähren hatte, zurückgerufen und musste auf eine Fortsetzung seines Studiums und auf einen geplanten Aufenthalt in Paris verzichten. Er trat eine Stelle als Lehrer für französische Literatur und Geschichte an der Industrieschule in Le Locle im Neuenburger Jura an. Zeit seines Lebens war er ein Bewunderer und Kenner der Französischen Revolution. Aufgrund seines relativ kurzen Studiums in Zürich hatte er hingegen nur begrenzte Kenntnisse der deutschen Philosophie. Wie vielen anderen blieb ihm die Dialektik Hegels Zeit seines Lebens eher fremd. Die Politisierung Guillaumes fiel mit dem Beginn der Ausbreitung der 1. Internationalen im Jura zusammen. Die 1864 in London gegründete Internationale Arbeiterassoziation (IAA), die sogenannte 1. Internationale, hatte zur internationalen Solidarität und zum Zusammenschluss aller Arbeiter*innen aufgerufen. Während die Arbeiterorganisationen in der deutschen Schweiz der Internationale anfänglich skeptisch gegenüberstanden, fand sie in der Romandie grössere Resonanz. In Le Locle gründete Guillaume gemeinsam mit dem alten republikanischen Revolutionär Constant Meuron 1866 eine Sektion der IAA. Zwei Jahre später erlitt diese Sektion bei den kantonalen Wahlen allerdings eine herbe Niederlage. Während anderorts, z.B. in La Chaux-de-Fonds, die Sozialist*innen unter Pierre Coullery mit den oppositionellen Liberalen ein Bündnis eingingen und damit diesen zu Sitzen verhalfen, begannen sie in Le Locle unter der Führung Meurons und Guillaumes den Parlamentarismus als Herrschaftsinstrument der Bourgeoise grundsätzlich in Frage zu stellen. Die Befürwortung der Wahlabstinenz bildete von da an ein zentrales Element der jurassischen libertären Bewegung.

In der Zeit dieser Wahlniederlage begann 1868 die Freundschaft Guillaumes mit dem russischen Anarchisten Michael Bakunin. Zweifellos beeinflussten die Ideen Bakunins Guillaume. Die Herausbildung des libertären Jura-Sozialismus erfolgte jedoch eigenständig – später kam es sogar zu einem Zerwürfnis Guillaumes mit Bakunin. Von Marx wurde Guillaume allerdings als Marionette Bakunins abgeschrieben. Das zeugt nicht nur von einer Gering-, sondern auch von einer Fehleinschätzung. Offenbar konnte Marx Personen, die sich seinen Ansichten widersetzten, nur als Schachfiguren von Führern sehen. Besser eingeschätzt wurde Guillaume vom russischen Anarchisten Peter Kropotkin, der folgendes Bild von der Jurabewegung zeichnete: „Die besondere Organisation des Uhrmachergewerbes, bei der die Leute einander genau kennenlernen und in ihren Wohnhäusern arbeiten können, erklärt die Erscheinung, dass diese Bevölkerung auf einer höheren geistigen Stufe steht, als sie sonst Arbeiter einnehmen, die ihr Leben von klein auf in der Fabrik zubringen. Es findet sich unter den in kleinen Betrieben tätigen Arbeitern mehr Unabhängigkeit und Originalität. Aber auch der Umstand, dass es beim Jurabund keine Scheidung zwischen Führern und Massen gab, trug jedenfalls mit dazu bei, dass sich jedes Mitglied des Bundes über jede Frage eine eigene Meinung zu bilden suchte. Hier hatte ich also das Schauspiel, dass die Arbeiter nicht eine von wenigen geleitete und den politischen Zwecken dieser wenigen dienstbar gemachte Masse darstellten, ihre Führer waren nichts anderes als besonders rührige Genossen, mehr Anreger als eigentliche Leiter."

1869 wurde Guillaume aus politischen Gründen als Lehrer entlassen. Trotz Konflikten mit dem Vater und dem Grossvater konnte er die Druckerei in Neuchâtel übernehmen – fortan seine Lebensgrundlage.

Der Konflikt zwischen „Marxist*innen" und „Jura-Anarchist*innen" begann im Rahmen der Fédération Romande, zu der sich die IAA-Sektionen der Westschweiz 1869 zusammengeschlossen hatten. Während Guillaume die intellektuelle Überlegenheit von Marx immer anerkannte, zeigte Marx in dieser Kontroverse seinen nicht über alle Zweifel erhabenen Charakter. So liess er sich in einem Brief an Engels wie folgt über Guillaume aus: „das Vieh nennt sich Professor, ist Redakteur des Progrès zu Le Locle, Bakunins Leibmoniteur" (zit. bei Bigler 1963, S. 96). Der Konflikt wurde auch dadurch angeheizt, dass im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 sich weder Marx noch Guillaume in ihren Stellungsnahmen für Preussen bzw. für Frankreich Zurückhaltung auferlegten. Für Marx waren die meisten französischen Sozialist*innen Proudhonist*innen, und er setzte seine Hoffnungen in die deutsche Sozialdemokratie, der Guillaume wiederum keine Sympathien abgewinnen konnte. Als sich dann die meisten Kommunard*innen, die das Blutbad der Versailler Truppen an der Pariser Commune von 1871 überlebten, in den Jura und nach Lausanne und Genf flüchteten und der jurassischen Bewegung wieder Auftrieb gaben, kam es am Haager Kongress der IAA von 1872 zum verhängnisvollen Kraftakt des von Marx beherrschten Generalrats, zum Ausschluss Guillaumes und Bakunins aus der Internationalen und zu deren Spaltung.

Als Reaktion auf den Ausschluss Bakunins und Guillaumes gründeten die Jurassier*innen eine eigene libertäre Internationale. Die Spaltung war für beide Seiten verhängnisvoll und einer der Gründe für den Niedergang und das Ende der IAA wie auch der libertären Internationalen. Es war meines Erachtens die überflüssigste Spaltung, die es in der internationalen Arbeiter*innenbewegung je gegeben hat. Es gab Spaltungen, die, wenn nicht überflüssig, so doch eine grössere Berechtigung hatten, wenn wir an diejenige im 1. Weltkrieg zwischen Kriegschauvinist*innen und Gegner*innen des Kriegs oder diejenige zwischen Stalinist*innen und Trotzkist*innen denken. Ebenso überflüssig und verhängnisvoll wie die Spaltung der IAA war hingegen dann auch die von Lenin erzwungene Spaltung der Zimmerwalder-Bewegung.

Weshalb war diese Spaltung in der 1. Internationale verfehlt? Sowohl die libertären Jurassier*innen als auch die „Marxist*innen" hatten dieselben Ziele. Sie vertraten einen revolutionären Sozialismus, der Klassenkampf hatte bei beiden einen vorrangigen Stellenwert, und für beide galt der Grundsatz, dass die Emanzipation der Arbeitenden nur das Werk dieser selber sein kann. Schliesslich strebten beide Strömungen eine Gesellschaft an, in der die Freiheit des Einzelnen die Grundlage der Freiheit aller ist.

Allerdings trennte die beiden Richtungen die Frage nach dem richtigen Weg zum Sozialismus. Während die „Marxist*innen" die Umwandlung der Gesellschaft über politische Revolutionen und die Eroberung der politischen Macht anstrebten, stellten die libertären Jurassier den ökonomischen Kampf in den Vordergrund, die

„... am besten als gelungene dialektische Synthese von Anarchismus und Marxismus."

Schaffung einer Gegenmacht zu Kirche und Staat in der Form einer freien Assoziation der Gemeinden und Städte sowie den Aufbau einer starken Gewerkschaftsbewegung, welche die neue Gesellschaft durch den revolutionären Generalstreik erkämpfen sollte. Betont wurden dabei immer der föderalistische Aufbau der Organisation und die Autonomie der einzelnen Sektionen und Assoziationen. Andererseits war auch Marx kein Staatssozialist, für den er von Guillaume gehalten wurde. Marx entwickelte seine Vorstellungen von Staat und Revolution 1871 im Gefolge der Pariser Commune, als die Bevölkerung von Paris begann, die gesellschaftlichen Belange auf Basis einer Rätebewegung zu organisieren, die Marx tief beeindruckte. Marx beschrieb diese Räte als „endlich entdeckte politische Form", mit der das revolutionäre Proletariat die Herrschaft des Kapitals und des bürgerlichen Staates überwinden könne.

Sicher ist eines: Hauptprofiteure der Spaltung der Internationale waren in den folgenden Jahrzehnten die Reformist*innen, welche sich mit dem Staat arrangiert und eine sozialistische Gesellschaft auf den St. Nimmerleins-Tag verschoben haben sowie die verschiedenen Varianten von „Staatssozialist*innen". Das Ziel des libertären Sozialismus und des kritischen Marxismus, eine von den Fesseln des Kapitals befreite Gesellschaft, ist jedenfalls bis heute nicht erreicht worden. Mit der Forderung nach einem System Change kommt dies nun allerdings wieder auf die Tagesordnung.

Die nach dem Niederschlagen der Commune 1871 in den meisten Ländern einsetzende Reaktion und die Kehrtwende der schweizerischen Bourgeoisie, die sich vom Frankreich der Französischen Revolution ab- und dem reaktionären Bismarckschen Deutschland zuwandte, bekam auch Guillaume zu spüren. 1873 setzte eine Wirtschaftskrise ein, mit der die Periode der „Grossen Depression" begann, die etwa 25 Jahre dauerte. In der Folge musste Guillaume seine Druckerei verkaufen und danach seinen Lebensunterhalt mit Privatlektionen und Übersetzungen bestreiten. Aber auch in diesem Bereich erhielt er immer weniger Aufträge, nachdem er 1877 als Teilnehmer an einer anarchistischen Demonstration in Bern zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden war. Resigniert emigrierte er 1878 nach Paris. Da ihm dort keine politische Aktivität mehr möglich war, widmete er sich wissenschaftlichen Tätigkeiten, z.B. der Mitarbeit an einem pädagogischen Wörterbuch oder bei der Redaktion des geographischen Lexikons von Hachette. In diese Zeit fällt auch seine Beschäftigung mit Johann Heinrich Pestalozzi, deren Ergebnis eine umfassende Biographie Pestalozzis ist (Pestalozzi, Étude biographique, 2 Bände, Paris 1908/09). Daraus entstand auch die zusammenfassende Abhandlung zu Pestalozzi, die von einer Gruppe von 68-Historikern im Limmatverlag herausgegeben worden ist (Guillaume, James: Johann Heinrich Pestalozzi. Bürger der Revolution, Limmat-Verlag, Zürich 1977).

Erst mit dem Aufkommen des revolutionären Syndikalismus nach 1900 wurde Guillaume wieder politisch aktiv. Peter Kropotkin reagierte auf die Nachricht über den Tod von Guillaumes Frau und nahm im Dezember 1901 die Beziehung zu seinem früheren Freund und Genossen wieder auf. Im revolutionären Syndikalismus sah Guillaume die Weiterführung der Ideen der libertären Jura-Bewegung. Nachdem er vermutlich aus gesundheitlichen Gründen in die Schweiz zurückgekehrt war, sympathisierte er mit dem Antimilitarismus, wie er von Charles Naine in Neuchâtel vertreten wurde, obwohl dieser mit Anarchismus und revolutionärem Syndikalismus nichts am Hut hatte. Zwischen 1905 und 1910 verfasste Guillaume sodann seine sehr subjektiv geprägte, aber als historische Quelle unentbehrliche vierbändige Geschichte der 1. Internationalen. Sein Verhältnis zur deutschen Sozialdemokratie, etwa zu Kautsky oder Liebknecht, blieb hingegen Zeit seines Lebens gestört – er verzieh ihnen nicht, dass sie seinen Ausschluss aus der Internationalen unterstützt hatten. James Guillaume starb am 20. November 1916.

Rolf R. Bigler geht in seinem 1963 erschienenen Buch „Der libertäre Sozialismus in der Westschweiz" davon aus, dass der jurassische libertäre Sozialismus keine Nachfolge gefunden habe, sondern durch andere, vorab reformistische Strömungen verdrängt worden sei. Doch gerade in den letzten Jahren sind einige Ideen dieser Bewegung wieder neu belebt worden. Der US-amerikanische libertäre Sozialist Murray Bookchin (1921 – 2006) hat einen libertären Munizipalismus vertreten und damit heutige Bewegungen beeinflusst (Vgl. dazu die Aufsatzsammlung von Bookchin: Die nächste Revolution, London 2015). Während wir gebannt verfolgen, wie in Europa rassistische und faschistische Bewegungen Stimmen gewinnen, erhielten in den letzten Gemeindewahlen in Spanien munizipalistische Plattformen grossen Zuspruch und konnten in einigen Städten die Wahlen gewinnen. Diese Bewegungen, die z.B. am Kongress „Fearless Cities" 2017 in Barcelona breite Resonanz gefunden haben, entstanden im Zusammenhang mit Häuserbesetzungen und Zwangsräumungen, und könnten in einer nächsten Wirtschaftskrise an Kraft gewinnen (Vgl. dazu Christoph Brunner et al. (Hg): Die neuen Munizipalismen, Wien 2017; Anke Striver. Politik auf der Strasse. Die spanischen Munizipalismen, und Lisa Vollmer: Keine Angst vor Alternativen. Ein neuer Munizipalismus. In: sub/urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung. 5 (3) 2017, Seite 147-156.).

Vielleicht ist es etwas gar gewagt, eine direkte Linie von James Guillaume zum heutigen Munizipalismus oder etwa zu den Bewegungen in Rojava zu ziehen (Internationalistische Kommune von Rojava: Make Rojava Green Again. Eine ökologische Gesellschaft im Aufbau, Berlin 2016). Doch wenn auch James Guillaume weitgehend in Vergessenheit geraten ist, seine Ideen sind weiterhin aktuell. Auch heute noch brauchen wir eine revolutionäre sozialistische Bewegung - am besten als gelungene dialektische Synthese von Anarchismus und Marxismus.

Literatur

Rolf R. Bigler (1963). Der libertäre Sozialismus in der Westschweiz. Köln/Berlin

James Guillaume (1977): Johann Heinrich Pestalozzi. Bürger der Revolution. Mit einem Nachwort von Jean-Pierre Kuster zur Biographie Guillaumes. Zürich

James Guillaume: L'Internationale. Documents et souvenirs. Hg. von Marc Vuilleumier vol. I 1864 – 1872. Undatierter Nachdruck von Band 1-4 bei Editions FB, New York. Darin: Marc Vuilleumier: James Guillaume. Sa vie, son ouevre.

Jürgen Kocka (1974). Organisierter Kapitalismus oder Staatsmonopolistischer Kapitalismus? In: Heinrich August Winkler (Hg): Organisierter Kapitalismus, Göttingen, S. 19-35.

Hans Schäppi; Studium von Geschichte und Philosophie in Zürich, pensionierter Gewerkschaftssekretär, aktiv in der internationalen Solidaritätsarbeit, bei MultiWatch und im Denknetz.

Denknetz Jahrbuch 2019

Welthandel und Umweltzerstörung

Commerce mondial et dégradation de l'environnement

Natürlich ist Plastik im Meer schädlich, unabhängig davon, wo er produziert wurde. Und selbstverständlich ist die Intensivdüngung auf mehreren Ebenen problematisch, egal ob der Dünger via Welthandel auf den Acker kommt oder lokal produziert wurde. Und die fossilen Treibstoffe treiben den Treibhauseffekt an, unabhängig davon, wie weit sie vor dem Verbrennen transportiert wurden. Wieso also ist dann eine vermeintlich eigenständige Sicht auf den Handel überhaupt wichtig, wo es doch hauptsächlich darauf ankommt, dass eine schädliche Produktion unterbleibt?

Werden die Problemfelder isoliert betrachtet, fällt leicht aus dem Blickfeld, dass der Welthandel Wertschöpfungsketten ermöglicht, in denen sich verschiedene Arten der Umweltbelastung kumulieren. Welches sind also die Umweltauswirkungen, die durch den Welthandel direkt (Transporte) und indirekt (von Anbau, Abbau, Produktion der gehandelten Güter bis zu deren Recycling oder Abfall) entstehen? Ausgehend vom Konzept der planetarischen Belastbarkeitsgrenzen werden diese Auswirkungen in die gesamte Umweltproblematik eingeordnet. Und natürlich stellen wir auch die Frage, welches die wichtigsten und dringlichsten Hebel einer radikalen Umkehr hin zu einer sozialökologischen Transformation des Handels sind.

Mit Beiträgen u.a. von Babara Unmüssig, Ueli Kasser, Bettina Dyttrich, Helen Müri, Christoph Lüthy, Regula Züger, Monika Tobler, Lisa Mazzone, Daniel Haller, Beat Ringger, Roland Herzog, Hans Baumann, Ueli Gaehler, Uli Brand, Markus Wissen, Stefan Kessler, WIDE+, Christine Dellsperger, Jean Feyder, Daniel Tanuro, René Longet, Hans Schäppi

Hrsg. von:
Hans Baumann, Daniel Haller, Roland Herzog, Stefan Kessler, Christoph Lüthy, Helen Müri, Holger Schatz

Ab sofort erhältlich.
Verlag edition8, CHF. 23.-

Denknetz-Mitglieder (und solche die es werden, siehe Talon auf der letzten Seite) erhalten die Denknetz-Bücher kostenlos nach Hause geschickt.

Abendveranstaltung | Buchvernissagen
Welthandel, Klima, System Change
Montag | 4. November 2019 | 20 Uhr
Kosmos | Lagerstrasse 104 | Zürich

Denknetz Jahrbuch 2019

Welthandel als Motor von Umwelt- und Klimakrisen

Aus dem Editorial der Jahrbuch-Redaktion
(Hans Baumann, Daniel Haller, Roland Herzog, Stefan Kessler, Christoph Lüthy, Helen Müri, Holger Schatz)

Allen Prognosen zum Trotz, wonach das Ende des Freihandels infolge von Handelskriegen und Protektionismus absehbar sei, steigt das Ausmass des weltweiten Handels rapide. Seit der marktliberal entfesselten Globalisierung der 1980er Jahre explodieren die Gütermengen, die um den Globus geschickt werden. Während die ökonomischen und politischen Dimensionen dieses Booms vielfach aufgezeigt worden sind, beleuchtet der Jahrbuch-Sammelband ›Welthandel und Umweltzerstörung/Commerce mondial et dégradation de l'environnement‹ die Implikationen für die Umwelt sowie die Folgen für die sozialen Verhältnisse. Aber wieso ist diese vermeintlich eigenständige Sicht auf den Handel überhaupt wichtig, wo es doch hauptsächlich darauf ankommt, dass eine schädliche Produktion unterbleibt? Betrachtet man die Problemfelder isoliert, so fällt leicht aus dem Blickfeld, dass der Welthandel Wertschöpfungsketten ermöglicht, in denen sich verschiedene Arten der Umweltbelastung kumulieren. Mit diesem Buch greifen wir diese Aspekte in einer Zeit auf, in der man jedes frisch abgeschlossene Freihandelsabkommen als Pluspunkt im Lebenslauf der entsprechenden Politiker*in feiert. Dabei liegt es uns fern, ins protektionistische oder nationalistische Horn zu stossen. Vielmehr geht es uns um den Planeten Erde. Deshalb betrachten wir die Rolle des Welthandels und der damit ermöglichten Wirtschaftsweise aus der Perspektive der planetarischen Belastungsgrenzen. Ein Beispiel: Gewinnt man Erdöl aus Ölsand, holzt man dafür Wald ab mit entsprechendem Biodiversitätsverlust. Zudem geht der Wald als CO2-Speicher verloren. Hinzu kommt ein hoher Energie- und Süsswasserverbrauch, und es werden Chemikalien eingesetzt, deren langfristige Auswirkungen auf die Ökosysteme unzureichend erforscht sind. Geht dann ein Teil des Öls in die Petrochemie, so werden daraus unter anderem Kunststoffe, beispielsweise für Elektronik-Platinen oder Handy-Gehäuse. Die chemische Produktion hat sich zunehmend in China konzentriert, nicht zuletzt, weil dort sowohl die Löhne als auch die Kosten für Umweltmassnahmen tief sind. Weiter gehts dann über die Fabriken zu den Verbrauchern: Die Statistiken zeigen, dass nicht nur der Welthandel mit Rohstoffen und Halbfabrikaten zunimmt, sondern auch der Anteil der Fertigprodukte, die rund um den Globus verschickt werden. Beim Transport fallen dann jene Emissionen an, die einem zuerst in den Sinn kommen, wenn man an Umwelt und Welthandel denkt: giftige Abgase aus dem Schweröl, das die Schiffe antreibt, oder das CO2, das Frachtflugzeuge hoch oben in der Atmosphäre verteilen. Dabei nimmt auch der Flugfracht-Anteil laufend zu: Fertigprodukte weisen oft nur ein geringes Gewicht bei einem gleichzeitig hohen Wert auf. Da lohnt sich die teurere Flugfracht, wenn man dadurch das Produkt schneller verkaufen und so das darin steckende Kapital schneller umsetzen kann. Doch noch ist die Kette nicht zu Ende: Ist das Produkt technisch veraltet, kaputt oder – wie Verpackungen – nach einmaligem Gebrauch schon Abfall, wird der Kunststoff oft genug im Rahmen des Abfall-Welthandels erneut verschifft. Dann landet er in Slums beispielsweise in Afrika, wo Menschen auf Abfallhalden unter grosser Gesundheits- und Umweltbelastung versuchen, einige Wertstoffe zurückzugewinnen. Der Kunststoff, der mal im Ölsand seinen Ausgangspunkt hatte, wird entweder in Form von CO2 und anderer giftiger Gase in der Atmosphäre endgelagert oder irgendwann ins Meer gespült. Wir hätten aber auch die Welthandelspfade von Sojaöl verfolgen können: Mit Hilfe von Düngerfabriken auf abgeholzten Regenwaldböden als Futtermittel produziert, nimmt es den Weg in die Mastviehmägen und landet als Güllenüberschuss in überdüngten Seen und als Nitrat im Grundwasser. Oder das Öl, das als Treibstoff jene Erntemaschinen in Gang hält, mit denen man die borealen Wälder im Norden für die Zelluloseproduktion kahl schlägt… Alle solchen Wertschöpfungsketten belasten die Lebensgrundlagen unseres Planeten. Und alle diese Umweltbelastungsketten könnten ohne den Welthandel nicht in dieser Form und in diesem Ausmass funktionieren.

Bei der Einarbeitung merkten wir bald, dass wir uns ein immens verästeltes Thema vorgenommen hatten. Wir stiessen an unsere persönlichen Belastungsgrenzen. So ist dieser Jahrbuchband kein abschliessender Befund, keine theoretisch kohärente Bestandsaufnahme. Vielmehr geht es darum, einen Anstoss zu geben, neben den oft katastrophalen sozialen Folgen der ›internationalen Arbeitsteilung‹ auch die Belastung der planetaren Lebensgrundlagen durch den Welthandel zu berücksichtigen – beispielsweise bei der Diskussion internationaler Freihandelsabkommen.
Zu Beginn dieses Sammelbandes sezieren Helen Müri, Christoph Lüthy und Daniel Haller in zwei grundlegenden Übersichtsdarstellungen die Umweltauswirkungen, die durch den Welthandel direkt (Transporte) und indirekt

(Anbau, Abbau, Produktion der gehandelten Güter bis zu deren Recycling oder Abfall) entstehen, und ordnen, ausgehend vom Konzept der planetarischen Belastbarkeitsgrenzen, diese Auswirkungen in die gesamte Umweltproblematik ein. Im Anschluss daran werden die Zusammenhänge anhand einzelner Bereiche detailliert dargestellt, so von Monika Tobler (Wasser), Lisa Mazzone (Flugreisen und -transporte) und Daniel Haller (Pharma-Welthandel). Um die ungeheuerliche Dynamik des Welthandels zu verstehen, braucht es auch die historisierende Einordnung. Ueli Gähler richtet deshalb den Blick zurück auf den Kolonialismus, der den Aufstieg des Handelskapitalismus und die bis heute wirkenden Machtbeziehungen zwischen Norden und Süden prägte. Eine Dynamik, die – so Ulrich Brand– seit den 1980er Jahren nochmals neue Dimensionen erhalten hat. Und die – beispielsweise mit Blick auf die anhaltende Praxis des sogenannten Landgrabbings – als Neokolonialismus bezeichnet werden muss, wie Stefan Kessler in seinem Beitrag festhält. Im Gegensatz zu diesen kritischen Bestandsaufnahmen herrscht im öffentlichen Diskurs ein eher positives Verständnis des Welthandels vor, sieht man einmal von offensichtlich nationalchauvinistischen Vorstellungen ab, die je nach Gusto für bestimmte Sektoren der ›eigenen‹ Wirtschaft offene oder geschlossene Märkte fordern. So wird der freie Handel nach wie vor als Garant von Freiheit und von wirtschaftlichem Wohlstand verstanden. Mit Blick auf Freihandelsverträge zeigt Jean Freyder allerdings, dass die Annahme einer Win-Win-Dynamik durch Freihandel wenig mit der Realität ungleicher Handelsbeziehungen und auch binnenstaatlicher Herrschaftsverhältnisse zu tun hat. Inwieweit das längst verbreitete Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung ein Rahmen zur Überwindung solcherlei Verwerfungen bilden kann, ist Teil der kritischen Analyse bei René Longet. Äusserst virulent sind derzeit die Hoffnungen auf einen grünen Kapitalismus, der mittels technischer Lösungen und marktwirtschaftlicher Anreize einen ökologisch nachhaltigen Welthandel ermögliche. Mit unterschiedlichen Zugängen und Methoden analysieren und kritisieren Christine Dellsberger, Barbara Unmüssig und Daniel Tanuro dieses Versprechen als Illusion. Sie alle gehen von der Notwendigkeit eines grundlegenden Wandels aus, weil auch ein grüner Kapitalismus seine expansiven und zerstörerischen Wachstums- und Verwertungszwänge beibehält. Die Beiträge im abschliessenden Block skizzieren konkrete Ansatzpunkte, die zeitnah greifen und also in eine Übergangsphase des Kapitalismus hin zu einer bedarfsorientierten nachhaltigen Wirtschaftsweise führen können. Die Arbeitsgruppe ›Gender und Handel‹ von

> “Äusserst virulent sind derzeit die Hoffnungen auf einen grünen Kapitalismus”

WIDE+ setzt ganz konkret an der Möglichkeit der EU an, ihre vielfältigen Handelsverträge so auszugestalten, dass sie bestehende Machtverhältnisse abbauen und zugleich Frauenrechte stärken könnten. Bettina Dyttrich sieht in existierenden landwirtschaftlichen Initiativen Ansatzpunkte einer wirklich nachhaltigen und fairen Agrarökologie, und Beat Ringger ortet in regionalisierten Wirtschaftskreisläufen die Basis einer weltverträglichen Standortpolitik, die für die Menschen im globalen Süden, aber auch für die Menschen hierzulande einen Gewinn darstellen würde. Auch Hans Baumanns Aktualisierung einer älteren gewerkschaftspolitischen Debatte zum Green New Deal und zur Umstellung der Produktion weg von schädlichen überflüssigen Produkten verweist auf diesen Zusammenhang. Hans Schäppi und Roland Herzog bringen mit dem Konzept des Karbongeldes schliesslich eine Massnahme zur Finanzierung eines solchen sozialökologischen New Deals ins Gespräch.

Der vorliegende Sammelband wurde wesentlich durch die Vorarbeiten der Denknetz Fachgruppe ›Welthandel und Umwelt‹ inspiriert. Diese begann ihre Arbeit im Oktober 2017. Bald wurde die Arbeit aufgeteilt nach Themen: Eine Untergruppe trug erste Stichworte zu einer Standortbestimmung beim Globalen Handel zusammen. Eine andere Untergruppe begann, sich mit den Gewinner*innen und Verlierer*innen des Welthandels zu befassen. Es zeigte sich, dass zunächst ein Überblick über die Umweltprobleme auf der gesamten Wertschöpfungskette der Produkte wichtig war, womit sich eine weitere Untergruppe befasste. Aus Kapazitätsgründen mussten wir uns dabei auf einige wichtige Güter des grossräumigen Welthandels (vor auf allem Rohstoffe) konzentrieren.

Wir sind uns bewusst, dass das zukünftige Augenmerk auch auf weitere Themen fallen sollte, etwa auf den Handel mit verarbeiteten Produkten, und mit Finanz- und Dienstleistungen. Neben der Umweltproblematik müssen auch soziale und friedenspolitische Auswirkungen untersucht werden. Zudem steht die Frage der Einordnung des Welthandels in das gesamte Wirtschaftssystem (System Change) im Raum. Die Fachgruppe ›Welthandel und Umwelt‹ sucht Personen, die an einer Mitarbeit interessiert sind, insbesondere auch solche mit umwelt- beziehungsweise naturwissenschaftlichem, ökonomischem oder juristischem Hintergrund. Kontakt und weitere Auskünfte unter handel@denknetz.ch.

Nach der Abstimmung über die STAF-Vorlage vom 19. Mai 2019

Ohne radikale Umkehr in der Steuerpolitik verlieren alle

Von Hans Baumann, Romeo Rey, Johannes Wickli und Werner Kallenberger

Die Stimmenden haben am 19.5.2019 die Reform der Unternehmensbesteuerung (STAF) deutlich angenommen. Damit sind zwar einige international geächtete Steuerprivilegien vom Tisch. Allerdings werden sie ersetzt durch neue Steuervermeidungs-Konstrukte und durch orchestrierte Senkungen der kantonalen Gewinnsteuersätze. Damit setzt die Schweiz ihre Politik als Steuerdumping-Standort fort, und sie schmälert die hiesigen Steuereinnahmen.

Die Unternehmenssteuersätze sind weltweit ungebrochen am Sinken. Die Gewinnsteuersätze, die in den 1980er Jahren im OECD-Durchschnitt noch gegen 50 Prozent betrugen, haben sich fast halbiert. Die Schweiz machte bei diesem Steuerwettbewerb bereits in den letzten Jahren fleissig mit. Dabei haben sich die effektiv bezahlten Steuern immer mehr von den statutarischen (d.h. in den Steuergesetzen festgelegten) Steuersätzen entfernt (siehe Grafik auf der nächsten Seite).

In der Schweiz geschah dies seit 1998 vor allem wegen der Einführung der Steuerprivilegien für Holdingfirmen und ähnliche Gesellschaften. Solche oder andere Steuervergünstigungen gibt es allerdings auch in anderen Ländern.

Die Senkung der Unternehmenssteuern lässt sich auch an der Entwicklung der in der Schweiz anfallenden Gewinne, wie sie gegenüber den Steuerbehörden deklariert werden, und dem daraus resultierenden Steuerertrag zeigen. So entwickelten sich die Unternehmensgewinne seit 1990 rasant, nämlich von weniger als 50 Milliarden auf fast 400 Milliarden Franken im Jahr 2015. Das ist eine Verachtfachung. Zieht man davon die Beteiligungsgewinne ab, die nicht versteuert werden müssen, da sie in einem anderen Kanton oder Staat hätten versteuert werden sollen (was aber nicht immer der Fall ist…), kommt man immer noch auf eine Steigerung von 25 auf 130 Milliarden, das ist über fünf Mal mehr.

Demgegenüber haben die Steuereinnahmen von Bund, Kanton und Gemeinden nur von gut 7 auf 21 Milliarden zugenommen. Die effektiven Steuersätze sanken damit von fast 30 auf etwa 16 Prozent, bzw. 5.5 Prozent unter Einbezug der Beteiligungsgewinne. Dies ist zum Teil auf die Senkung der allgemeinen Steuersätze in den Kantonen und zu einem grossen Teil auf die Einführung der Privilegien für Statusgesellschaften in der Unternehmenssteuerreform I (USR) zurückzuführen. Letzteres ist auch die Ursache für die grosse Differenz, die zwischen den Reingewinnen ohne und den Reingewinnen mit Beteiligungen entstanden ist. 1990 erreichten die Beteiligungsgewinne erst einen Drittel der Gesamtgewinne. Im Jahr 2000 waren sie bereits gleich hoch wie die Gewinne ohne Beteiligungen. Und im Jahr 2015 waren die Beteiligungsgewinne, also die Gewinne, die steuerfrei sind, schon beinahe drei Mal höher.

Nach der Annahme der STAF-Vorlage am 19. Mai fällt das Holdingprivileg und somit die faktische Nullbesteuerung von Statusgesellschaften in den Kantonen. Das wird von EU/OECD als eine Schwächung der Steueroase Schweiz befriedigt zur Kenntnis genommen und die Schweiz verschwindet vorläufig von der «grauen» Liste der Steueroasen der OECD. Es werden jedoch neue Steuerkonstrukte eingeführt, die dazu dienen sollen, die «Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz als Unternehmensstandort» aufrecht zu erhalten. Diese unterscheiden sich in der STAF-Version nur durch geringe Verbesserungen von der USR III-Vorlage, die vom Volk im Februar 2017 deutlich abgelehnt worden war. Diese Ablehnung war ein grosser Erfolg der Linken, zustande gekommen trotz einer Vernebelungstaktik eines Heeres von Steueroptimierungsexpert*innen und der Tatsache, dass die Befürwortenden der Reform rund 20 Mal mehr Mittel für den Abstimmungskampf zur Verfügung hatten. Eigentlich wäre das eine gute Grundlage für einen Neuanfang in der Steuerpolitik gewesen. Man mag gegenüber der Abstimmungsvorlage zur neuen kombinierten Steuer-AHV-Vorlage STAF stehen wie man will: Es ist sicherlich nicht gelungen, bei der neuen Vorlage Pflöcke in Richtung einer gerechteren Unternehmensbesteuerung und weniger Steuerwettbewerb einzuschlagen.

Der verschärfte Steuerwettbewerb bedroht den Wohlstand

Wir halten fest, dass die Unternehmen dank verschiedenen Steuervorlagen, die von den bürgerlichen Parteien mit massiver politischer und finanzieller Unterstützung der mächtigsten Wirtschaftsverbände an den Urnen durchgeboxt wurden, in den letzten Jahren Dutzende Milliarden an Steuern gespart haben. Während die Gewinne von Firmen und Banken massiv zunahmen, stiegen die entsprechendem Fiskaleinnahmen des Bundes sowie zahlreicher Kantone und Gemeinden

viel weniger. Da in den meisten Kantonen auch die Steuern natürlicher Personen gesenkt wurden, gerieten einige öffentliche Körperschaften in finanzielle Engpässe. Dadurch wird die Finanzierung von sozialstaatlichen Instanzen, die von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung als legitime Errungenschaften zugunsten des Gemeinwohls verstanden werden, langfristig unterhöhlt.

Durch die tiefen Steuersätze war die Schweiz auch eines derjenigen Länder, die Steuersubstrat von anderen Staaten abzogen und multinationalen Unternehmen erlaubten, ihre Gewinne durch «Transfer Pricing» und andere Machenschaften in steuergünstige Regionen zu verschieben, um die Steuern zu minimieren. Das Denknetz hat ausgerechnet, dass anderen Ländern durch die Tiefsteuerpolitik der Schweiz alleine im Bereich der Unternehmenssteuern jährlich 30-40 Milliarden Franken an Steuergeldern verloren gehen.

Gleichzeitig hat die OECD beträchtliche Anstrengungen zu einer gerechteren weltweiten Besteuerung der Unternehmen unternommen. Trotzdem sind die effektiven Steuersätze unter dem stetigen Druck der betreffenden Lobbys in den meisten Ländern weiter gesunken. Diese Abwärtsspirale wird in der Schweiz durch das Prinzip der Steuerhoheit der Kantone und dem daraus folgenden binnenschweizerischen Steuerwettbewerb beschleunigt und vertieft. Dies betrifft nicht nur die Unternehmenssteuern: Auch bei den Einkommenssteuern ist insgesamt eine fallende Tendenz zu beobachten. Die Erbschaftssteuer, die in sozialer Hinsicht logischste Steuer, die Reichtum ohne Leistung zu Recht belastet, ist mittels Initiativen aus konservativen Kreisen mittlerweile fast in allen Kantonen abgeschafft worden. Die Vermögenssteuer bringt dem Fiskus bei erheblichem Aufwand wegen der gegenwärtig geltenden Ansätze nur relativ geringe Erträge ein.

Sozialpolitische Massnahmen und Klimawende erfordern grundlegende Umorientierung

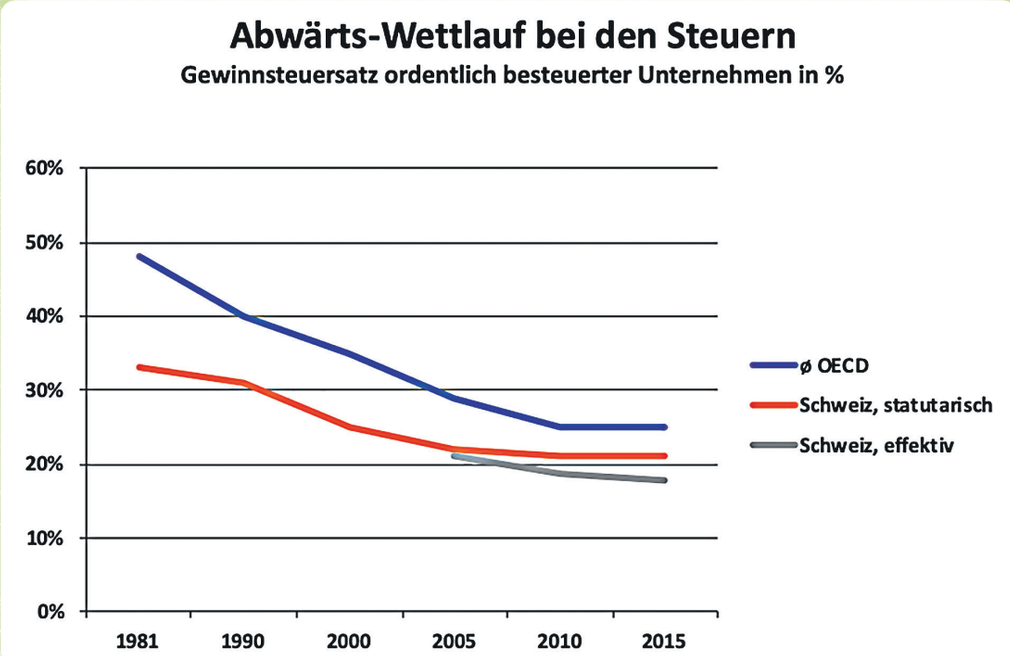
Genügend Steuereinnahmen sind unerlässlich, damit der Staat einen adäquaten Service Public aufrechterhalten kann. Die Steuerpolitik ist aber auch ein machtvolles Instrument zur Gestaltung der sozialen Verhältnisse. Steuern dienen im Allgemeinen dazu, bestimmte Verhaltensweisen bei Verbrauchern (das sind wir alle), Kapitaleignern und Anlegern (das sind wir nicht alle) zu fördern, zu hemmen oder zu verhindern und damit sowohl die wirtschaftliche Konjunktur als auch strukturelle Veränderungen zu steuern. Steuern sind auch ein wirksames Mittel zur Rückverteilung, also einer gerechteren Verteilung von Einkommen und Vermögen und zu mehr Ausgleich zwischen Reich und Arm.

Dabei werden heute nicht weniger, sondern viel mehr öffentliche Mittel benötigt, um die grossen gesellschaftlichen Probleme, wie die Klimakatastrophe, die soziale Frage und die Finanzierung des Care-Sektors zu bewältigen. Zudem sind selbst in der Schweiz in den letzten Jahren immer weniger öffentliche Neuinvestitionen in die Infrastruktur getätigt worden. Auch der IWF hat in seinem jüngsten Bericht empfohlen, die öffentlichen Investitionen in der Schweiz zu erhöhen anstatt die Steuern zu senken. Allein für die Klimawende müssen gemäss unseren Schätzungen von Bund, Kanton und Gemeinden in nächster Zukunft jährlich rund 20 Milliarden Franken aufgewendet werden. Hinzu kommen für die sozialen Reformen wie Erneuerung BVG, Sicherung AHV, Langzeitpflege, Elternurlaub etc. weitere 30 Milliarden.

Ohne ein radikales Reformprogramm lassen sich die grossen gesellschaftlichen Aufgaben, wie die Finanzierung und Humanisierung des Caresektors, die ökologische Umorientierung mit massiver Förderung erneuerbarer Energiequellen, der Abbau der extremen sozialen Ungleichheit und die Stärkung globaler Gerechtigkeit im Austausch zwischen den Nationen jedenfalls nicht bewältigen. Die riesigen Gewinne der Grosskonzerne, die heute gebunkert, für Spekulationen auf den internationalen Finanzmärkten oder für gesellschaftlich fragwürdige Investitionen verwendet werden, müssen umgelenkt und für die Bewältigung der sozialen und ökologischen Krisen eingesetzt werden. Wenn man gleichzeitig mühsam erkämpfte soziale Errungenschaften bewahren und eine grössere Verschuldung der öffentlichen Hand vermeiden will, muss dies unter anderem mit einer radikalen Umkehr in der Steuerpolitik geschehen. Dabei ist die zentrale Frage nicht die, ob die Steuern erhöht werden sollen oder nicht, sondern die viel wichtigere, auf wessen Kosten der extrem einseitig verteilte Reichtum aus Gründen elementarer Gerechtigkeit steuerpolitisch rückverteilt wird.

Last but not least muss die Schweiz so rasch wie möglich gezwungen werden, ihre Politik als Promotorin des internationalen Steuerdumping-Wettbewerbs aufzugeben. Sie schwächt damit die Steuerbasis in andern Ländern, in denen knappe öffentliche Finanzmittel oft ein noch viel grösseres Problem darstellen als in der Schweiz.

Ein ausführlicher Text mit vielen konkreten Vorschlägen für eine steuerpolitische Wende findet sich unter: *http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2019/10/steuerpolitik_umkehr.pdf*



Quellen: OECD, KPMG, UBS. Zahlen Schweiz = Durchschnitt aller Kantone

www.denknetz.ch
DAS DENKNETZ 21

RECLAIM DEMOCRACY

KONGRESS

27. – 29. FEBRUAR 2020
ROTE FABRIK · ZÜRICH

SCHWERPUNKTTHEMEN:

DIGITALER KAPITALISMUS UND SOZIALE KÄMPFE

WAHR SAGEN: KRITISCHE ÖFFENTLICHKEIT UND DEMOKRATIE

SYSTEM CHANGE, NOT CLIMATE CHANGE

Dreitagespass jetzt online reservieren:
CHF 100.- / CHF 80.- für Denknetzmitglieder

WWW.RECLAIM-DEMOCRACY.ORG

FÜNF PLENARVERANSTALTUNGEN UND 50 ATELIERS

mit Orhan Akman, Susan Boos, Slave Cubela, Silke van Dyk, Mark Eisenegger, Naomi Klein (Video-Botschaft), Tetet Lauron, Tadzio Müller, Oliver Nachtwey, Melinda Nadj Abonji, Katarina Nocun, Ivonne Yannez und vielen mehr

Interview mit Paul Rechsteiner

“Wir müssen alles neu denken.”

Nach 20 Jahren als Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB) ist Paul Rechsteiner im November 2018 zurückgetreten. Julia Baumgartner, Mitarbeiterin des Denknetz, hat den SP-Ständerat kurz vor den Wahlen getroffen und sich mit ihm über die Kraft der aktuellen Bewegungen und ihre Chance für die Gewerkschaften unterhalten.

Julia Baumgartner: *Am 14. Juni gingen über eine halbe Million Frauen* in der Schweiz auf die Strasse. Der Streik wurde in zahlreichen lokalen Kollektiven vorbereitet und hatte eine unglaublich mitreissende Dynamik. Daneben bewegen Schüler*innen seit einem knappen Jahr die Schweiz und die ganze Welt mit ihren Klimastreiks und unzähligen weiteren Aktionen. Wir stecken also in einer sehr bewegten und kämpferischen Zeit, in der die Menschen für eine andere Welt zu kämpfen bereit sind.*

Paul Rechsteiner: Das ist so, wir befinden uns in einem sehr interessanten Jahr. In den vergangenen Monaten ist so viel in Bewegung gekommen, wie schon seit Ewigkeiten nicht mehr. Ein Jahr, in dem zwei herausragende Ereignisse, der Frauen*streik und der Klimastreik, einen gemeinsamen Nenner hervorheben: den Streik. Streiks sind starke Interventionen. Gegen den Status quo und für nachhaltige Veränderungen.

*Der Streik war ja schon immer ein gewerkschaftliches Mittel, um Forderungen von Arbeiter*innen an die Arbeitgeber*innen durchzusetzen. Im 2019 scheint der Streik nun in der Mitte der Gesellschaft angelangt zu sein. Wie erklärst du dir dies?*

Grundsätzlich finde ich es schon verblüffend, dass das Mittel des Streiks in einem Land, in dem der Streikbegriff nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 90er-Jahre so stark tabuisiert wurde, jetzt gleich in beiden grossen und starken Bewegungen Anwendung findet. In der Verfassung ist das Streikrecht mit dem Artikel 28 ja erst seit 2000 verankert. Seit 2000 hat die Kampfform Streik jedoch eine enorme Dynamik angenommen. Zwar gab es nicht viele Streiks, dafür jedoch sehr wirksame: Zum Beispiel der nationale Streik im Baugewerbe im November 2002 oder der einmonatige Streik im SBB-Werk (Officine) Bellinzona im Jahr 2008. Mittlerweile hat der Streik als sehr starke Protestform in der gesamten Gesellschaft eine grosse Akzeptanz und Selbstverständlichkeit bekommen.

Die Streiks in den vergangenen Monaten zeigen, dass sowohl in der Klima- als auch in der Gleichstellungspolitik dringender Handlungsbedarf besteht. Und wichtig ist vor allem, dass diese Streiks nicht einfach als Events der linksgrünen Bubble verstanden werden können, die halt gerne an Demos gehen. Vielmehr sind grosse Bewegungen entstanden und haben die Politik und die Wirtschaft in Bedrängnis und Erklärungsnot gebracht.

Bei der ganzen Klimadebatte finde ich ja vor allem sehr eindrücklich, dass diese Dringlichkeit erst durch die junge Generation richtig gesetzt wurde. Und dafür brauchte es ein starkes Zeichen weltweit. Der Umstand, dass aus den Schulen heraus eine Bewegung entsteht, war schon seit Ewigkeiten nicht mehr der Fall. 1968 war historisch gesehen, das erste Mal, dass die Jugend zum «Subjekt der Geschichte» wurde. Welche Dynamik die Klimastreikbewegung in Zukunft annehmen wird, kann man nicht voraussehen. Und das ist auch gut so. Was aber sicher ist: Die Klimastreiks haben bereits jetzt die Schweiz politisch in Bewegung gebracht und die Parameter verschoben. Schon alleine, dass die Parteien sich neu positionieren mussten, ist eine starke Leistung. Auch ich selber bin nun durch die Klimastreikbewegung gefordert worden, mich vertiefter mit der Klimathematik auseinanderzusetzen, mit wieder mit Grundlagenliteratur zu befassen und mich neuen Diskussionen zu stellen.

Ja, da ist sicherlich einiges bewirkt worden durch die Klimastreiks. In einigen Städten und Kantonen hat man auf Druck der Klimastreikbewegung bereits den Klimanotstand ausgerufen und auch sonst einige Klimavorstösse durchgebracht, die vorher nicht möglich gewesen wären. Sieht man solche Änderungen auch in Bern?

Noch nicht mal ein Jahr ist es her, dass das CO2-Gesetz im Nationalrat abgeschmettert wurde. Seitdem hat sich einiges geändert: Die ständerätliche Kommission hat das Gesetz in den vergangenen Monaten um einiges verschärft. Die Dekarbonisierung ist gesetzt – dank der Klimastreikbewegung. Und das ist schon einmal sehr gut. Natürlich hinkt das Gesetz immer noch dem nach, was wirklich notwendig wäre. Die Frage ist einfach, ob die Zielsetzung 2050 reicht. Denn die Klimakatastrophe ist eine grössere Gefahr als die Atombombe, um eine Formulierung von David Wallace-Wells aufzunehmen.

Mit der neuen Legislatur beginnt nun aber auch ein neuer Zyklus für die Klimadebatte. Wir müssen es wagen, in neuen Dimensionen zu denken. Es geht nicht mehr um die Fortsetzung des Bisherigen. Vielmehr müssen wir schauen, was getan werden muss, damit es vorwärts geht. In den vergangenen Jahren konnte man sehen, dass es nicht nur an den Mehrheiten mangelt, sondern auch am Vorstellungsvermögen.

Am Vorstellungsvermögen mangelt es aber auch ganz klar bei den Linken!

Sicher. Es braucht nun ganz viel konzeptionelle Arbeit und eine Artikulation einer sozialen Perspektive im ökologischen Prozess. Hier stehen wir noch sehr am Anfang. Da kommt für die Linke also eine sehr spannende Zeit. Wir können nicht einfach alte Konzepte aus der Schublade holen, sondern müssen alles neu denken.

Das ist ja schön und gut, aber wie genau schafft es die Linke, die Klimamassnahmen auch sozial gerecht zu gestalten?

Natürlich müssen wir bei der ganzen Diskussion immer die soziale Frage mitdenken, die schon seit jeher unser Kernanliegen ist. Beispielsweise durch die konsequente Rückerstattung der Lenkungsabgaben an die Bevölkerung. Was auf keinen Fall passieren darf ist, dass einfach die Hauseigentümer*innen profitieren und die Mietenden vergessen werden. Dies wäre zwar ökologisch sinnvoll, um nachhaltige Investitionen (Sanierungen etc.) zu fördern, würde das Ziel der sozialen Verträglichkeit jedoch komplett verfehlen.

Wenn wir mit Abgaben in einer neuen Grössenordnung lenken möchten, dann wird es zentral sein, dass wir das Prinzip der Rückverteilung anwenden. Der Kanal der Krankenkassenprämien ist sehr wirksam. Denn Krankenkassenprämien sind heute neben den Mietkosten der grösste Ausgabenposten. Es braucht also eine massive Senkung der Krankenkassenprämien via Lenkungsabgabe. Wenn wir dies schaffen, dann ist die soziale Komponente der Abgabe gewährleistet.

Ein wichtiges Thema ist ja in der ganzen Klimadiskussion die Mobilität. Die SP versucht dabei, das Klima zu retten mit E-Mobilität – obwohl man doch grundsätzlich wegkommen sollte von der Autogesellschaft. Das enttäuscht auch viele in der Klimastreikbewegung…

Klar ist die Mobilitätsfrage eine zentrale Geschichte. Wenn aber nur eine Fortsetzung des Status quo in Elektro-Form angestrebt wird, dann ist das nicht auf der Höhe der Frage, die sich stellt.

Bei der Mobilität ist es offensichtlich, dass zukunftsorientierte Konzepte aus einer Förderung der Bahn und des Langsamverkehrs bestehen müssen. Wir müssen den Bahnausbau auch international vorantreiben. Für die Priorität gegenüber innereuropäischen Flügen muss das Bahnnetz richtig ausgebaut werden. Und wichtig ist letztendlich natürlich auch die preisliche Frage. Bahnreisen dürfen nicht teurer sein als Fliegen.

Spannend finde ich, dass die Klimadebatte der vergangenen Monate eine klare Kritik am heutigen System zeigt. Das System hat versagt! Muss die SP sich nicht auch mehr an Systemkritik wagen?

Wir können die Geschichte auch ganz pragmatisch angehen. Das Problem am kapitalistischen System ist die komplette Profitorientierung und das Prinzip «Jede*r gegen Jede*n». Das schadet der Umwelt und den Menschen! Was wir brauchen, sind mehr gemeinnützige Einrichtungen und eine Stärkung des Service public. Unsere sozialen Errungenschaften stärken das Kollektiv, sichern unsere Lebensqualität und ermöglichen den Menschen Teilhabe an der Gesellschaft. Mit den aktuellen Bewegungen haben wir jetzt die Chance, in eine Phase der Stärkung dieser Errungenschaften zu kommen und den neoliberalen Trend umzudrehen. Diese Chance dürfen wir auf keinen Fall verschlafen!

> “Diese Chance dürfen wir auf keinen Fall verschlafen!”

Ein zentraler Punkt der angesprochenen sozialen Errungenschaften ist ja sicherlich die Altersvorsorge. Wie können wir die steigende Altersarmut, von der ja zu einem grossen Teil Frauen* betroffen sind, bekämpfen?

Unser Schlüsselelement ist dabei die 1. Säule. Denn die AHV kennt diese krasse Frauen*diskriminierung nicht und ist das Herzstück unserer Altersvorsorge. Wir müssen das Modell AHV, wo die Frauen* mitgedacht werden und das keinen Umweg über den Kapitalmarkt macht, stärken. Die AHV hat mit der plafonierten Rente und der unbeschränkten Beitragspflicht eine grosse Umverteilungswirkung von oben nach unten. Das ist sozusagen ein Stück Sozialismus im Kleinen.

Trotzdem stehen uns in der Altersvorsorge ja noch einige Herausforderungen bevor…

Ja, wir haben ein grosses Problem: Trotz steigenden gesellschaftlichen Wohlstands sinken die Renten in der zweiten Säule – und zwar massiv! Aber was empfehlen die «Geschäftlimacher» der Finanzindustrie und der Versicherungen? Man solle zu sich selber schauen und in die 3. Säule einzahlen oder privat sparen. Und

das, das ist bei der Bevölkerung angekommen: Sie merken, dass sie nicht genügend bekommen durch die 1. und 2. Säule. Es wird ihnen eingeredet, individuell vorzusorgen. Das ist eine dumme Lösung. Was es nun braucht in der Rentenpolitik, ist eine Stärkung der ersten Säule. Auch die Ausgestaltung der 2. Säule ist natürlich relevant. Entscheidend ist aber, ob es gelingt, die Renten der AHV wieder zu verbessern. Das wird in der neuen Legislatur ein zentrales Thema sein.

> „Verhindern müssen wir auch eine grosse Ungleichheit zwischen Stadt und Land."

In den letzten Jahren war die Linke gemeinsam mit den Gewerkschaften in der Verteidigung des Status quo sehr erfolgreich. Das Kunstwerk muss jetzt sein, in eine Offensivrolle zu kommen und für bessere Renten zu kämpfen. Dass die AHV die sozialste Sozialversicherung ist, ist durch die Kampagnen der letzten Jahre mittlerweile schon bei viel mehr Menschen angekommen: Vor drei Jahren hat die Volksinitiative AHVplus an der Urne über 40% Ja-Stimmen erreicht. Beim Reformpaket „Altersvorsorge 2020" haben ein Jahr später bereits über 47% einer Verbesserung der Renten zugestimmt.

Neben der Rentendiskussion gibt es aber auch sonst noch einiges, was wir tun können im Kampf für wirkliche Gleichstellung!

Um die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern und für wirkliche Gleichstellung braucht es selbstverständlich noch mehr. Gerade wenn es um Tagesschulen und gute Betreuungsinfrastruktur geht, brauchen wir auch endlich Mut zu mehr Radikalität, anstatt weiterhin nur kleine Schrittchen zu machen. Verhindern müssen wir auch eine grosse Ungleichheit zwischen Stadt und Land. Kinderbetreuung muss als Teil des Service public verankert sein und kostenlos zur Verfügung gestellt werden – überall. Denn die Lebensqualität eines Landes bemisst sich an dem, was für alle Menschen zugänglich ist.

Frauen* kämpfen dafür, die Arbeit besser aufzuteilen zwischen den Geschlechtern, die Klimastreikenden zeigen, dass die gewinnorientierte Wirtschaftsweise nicht nachhaltig ist. Wäre die Arbeitszeitverkürzung da nicht die optimale Forderung, um die beiden starken Bewegungen vorwärts- und zusammenzubringen?

Ich weiss nicht, ob man die Kämpfe vereinen kann – schon gar nicht über eine solche Forderung. Generell bin ich ein bisschen skeptisch, ob die generelle Verkürzung der Wochenarbeitszeit derzeit der richtige Hebel für eine grosse Debatte ist. Das heisst jedoch nicht, dass die Arbeitszeitverkürzung keine Bedeutung hat. Denn auf Grund von Stress, Arbeitsverdichtung und überlangen Arbeitszeiten leiden immer mehr Menschen an gesundheitlichen Problemen. Wichtig finde ich, dass die Forderung für eine Arbeitszeitverkürzung aus den Branchen kommt und als Kampf der Betroffenen geführt wird. In unseren Kämpfen und Forderungen braucht es immer eine Rückkopplung an die Bedürfnisse der Menschen. Und solche Forderungen aus der Branche gab es ja bereits. So können Bauarbeiter*innen beispielsweise seit 2003 vom flexiblen Altersrücktritt (FAR) profitieren.

Auch muss man aufpassen, Forderungen nicht immer gleich auf den Weg einer Volksinitiative zu schicken. Das kann auch eine Falle sein. Gerade bei der Grössenordnung der gegenwärtigen Bewegungen.

Anders ist es bei Themen des Sozialstaats, zum Beispiel der Prämieninitiative der SP. Sie spricht Menschen direkt an, ist verständlich und wird die Politik im Bundeshaus auch direkt beeinflussen. Bei spezifischem Fokus macht eine Initiative also Sinn.

Bei Initiativen geht es doch nicht nur ums Gewinnen an der Urne. Es sollte uns doch auch ums Verschieben des Diskursrahmen gehen. Soll es keine radikalen Initiativen geben?

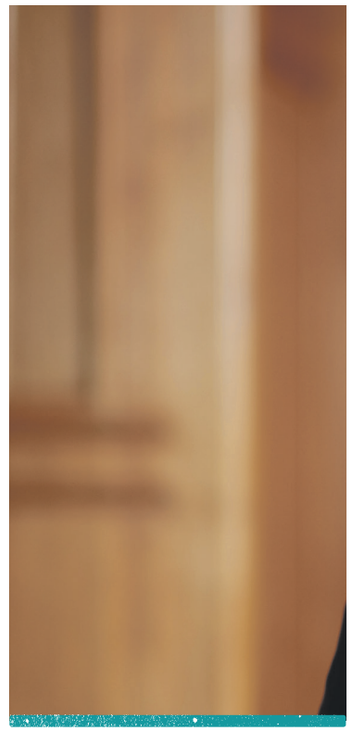
Klar, Volksinitiativen können auch den Zweck eines Tabubruchs haben. Die GSoA-Initiative beispielsweise. Volksinitiativen haben normalerweise aber eine pragmatische Komponente.

Wenn man die Schweiz bewegen will für solidarischeres Handeln, muss man über das Mittel der Volksinitiative hinaus gehen. Wir müssen die Köpfe und Herzen ansprechen. Deshalb sind solche Bewegungen wie der Frauen*- und der Klimastreik so wichtig und haben so viel Potenzial. Sie vermögen, die Menschen abzuholen und mitzureissen.

Du sprichst das Potenzial der Bewegungen an. Wie bereits angesprochen, erleben wir momentan erfolgreiche Kollektive fürs Klima und für die Gleichstellung. Wie schaffen wir es, dass sich die Menschen auch gewerkschaftlich organisieren?

Momentan entsteht wieder ein neues Bewusstsein, dass man die grossen Ziele nur durch den Zusammenschluss erreicht. Alle Erfahrungen, die uns vorwärtsgetrieben haben, hingen mit der Wiederentdeckung des Kollektivs zusammen. Gemeinsam gegen das herrschende System anstatt «Jede*r für sich». Der Zusammenschluss ist auch schlagartig wirksam und bewirkt, dass die vermeintliche Machtlosigkeit verschwindet.

Das gewerkschaftliche Prinzip ist ja eigentlich dasselbe wie das,



welches wir bei den aktuell starken Bewegungen sehen. So gesehen müssten die Gewerkschaften eine grosse Zukunft vor sich haben. Sie sind jedoch auch sehr gefordert, denn sie müssen einen Kulturwandel durchmachen. Dies setzt voraus, dass die Menschen, die in den Gewerkschaften Funktionen haben, sich als einen Teil des Wandels verstehen und – neben der Sicherung des Gedächtnisses mit einer reichen Geschichte und Vergangenheit – mit Offenheit bereit sind für die Zukunft.

Können die Gewerkschaften und Parteien denn von den aktuellen Bewegungen profitieren? Viele

der aktiven Menschen wollen ja von Parteien und Organisationen wenig wissen…

Die aktuellen Bewegungen sind eine grosse Chance für die Gewerkschaften und Parteien, da zur Zeit eine gewaltige Politisierung stattfindet. Und diese kollektiven Erfahrungen, die gemacht werden, werden die Menschen auch langfristig prägen. Es entsteht ein Ferment für soziale und ökologische Ziele. Denn die Gewerkschaften und Parteien

haben immer dann wirkliche Wirkung, wenn ihre Forderungen auch die Unterstützung in der Bevölkerung haben und sich die Menschen auch befähigt fühlen, zu partizipieren. Es geht dabei nicht nur um die Anzahl aktiver Gewerkschafter*innen und Parteimitglieder. Es geht darum, dass sich unser Gedankengut auch in der Bevölkerung wiederspiegelt.

Das Tolle an den heutigen Bewegungen ist ja die Offenheit und Flexibilität. Gleichzeitig sind Bewegungen jedoch oft auch sehr fluide und nicht fassbar. Organisationen wie die Gewerkschaften und Parteien hingegen haben einen anderen Organisationsgrad und können das Gedächtnis sichern. Für die Wirkung in der Zeit sind sie unentbehrlich.

Zum Schluss zum Rahmenabkommen. Wie soll es da weitergehen?

Eigentlich geht es ja im Grossen und Ganzen um das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU. Und da gab es immer Zeiten der Öffnung und der Schliessung. Das hat der Historiker Herbert Lüthy gut beschrieben in seinem Aufsatz «La Suisse des deux-après guerres»: Anders als nach dem Ersten Weltkrieg entschied man sich nach dem Zweiten Weltkrieg für eine Abschliessung. Die Schweiz verstand sich als Sonderfall und beteiligte sich nicht an der europäischen Einigung. Die bilateralen Verträge und der UNO-Beitritt im 2002 waren denn auch eine Abkehr von dieser Abschliessungsphase der Nachkriegsjahre.

Für die Zukunft hängt vieles davon ab, wie sich die EU als doch sehr widersprüchliches Gebilde weiterentwickelt. Die EU hat sich seit ihrer Entstehung immer wieder verändert, wie übrigens auch die Schweiz. Die Politik der EU ist immer noch von der neoliberalen Phase mit Deregulierungen geprägt. Für uns als Linke muss klar sein, dass wir uns zwar als Teil der Welt sehen und grundsätzlich positiv zur EU stehen, aber dass wir auch unsere sozialen Errungenschaften hochhalten und verteidigen müssen. Dazu gehört elementar der Lohnschutz. Dieser darf nicht dem Binnenmarkt geopfert werden. Unseren Lohnschutz müssen wir verteidigen, zusammen mit den Gewerkschaften in Europa.

Ausserdem haben wir in der Schweiz einen sehr starken Service public. Es kann doch nicht sein, dass wir die europäische Eisenbahnpolitik, die auf Wettbewerb beruht, einfach übernehmen. Die sozialen und ökologischen Errungenschaften müssen wir verteidigen. Und jeder Schritt – ob es nun das Rahmenabkommen oder eine Variante davon ist – muss dies berücksichtigen.

Und wie soll sich denn die Linke zur EU positionieren? Da sind wir uns ja oft auch sehr uneinig…

Die Linke ist historisch gesehen proeuropäisch. Durch die neoliberale Phase der EU sind wir jedoch unter Druck gekommen. Dass Marktinteressen vor sozialen Errungenschaften kommen sollen, ist eine Perversion. Die Existenzbedingung jeder Linken ist die Fähigkeit, soziale Errungenschaften zu verteidigen. Das gilt für die schweizerischen wie für die europäischen Gewerkschaften. Es ist ja auffällig, dass die Position, die die Schweizer Gewerkschaften in der ganzen Rahmenabkommen-Diskussion hatten, zu 100% übereinstimmt mit der Position der Gewerkschaften und den sozialen Bewegungen in ganz Europa. Umso ärgerlicher sind einzelne Sozialdemokrat*innen, die auf der Seite der Kapitalinteressen der EU politisieren.

Das Kapital ist gut vernetzt und hat eine starke Lobby. Wie schaffen wir eine Lobby der Menschen auf internationaler Ebene?

Wichtig für die Zukunft ist sicher, dass wir international einen breiten Austausch haben. Institutionell müssen wir in einer neuen Grössenordnung denken. Klar sind die Befindlichkeiten in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich, und ein bedeutender Teil der Entscheidungen, die die Lebensrealität der Menschen direkt betreffen, wird national entschieden. Trotzdem ist die Notwendigkeit gross, sich international zu vereinen und weiterzudenken. Nur so können wir einen sozial-ökologischen Umbau erreichen und die Digitalisierung so gestalten, dass die Menschen davon profitieren!

> „Die Schweiz verstand sich als Sonderfall und beteiligte sich nicht an der europäischen Einigung."

Julia Baumgartner
ist beim Denknetz für die Kongressorganisation zuständig. Sie studiert Schulmusik II und Chorleitung in Basel und war von 2017 bis 2019 Zentralsekretärin der JUSO Schweiz.

Nach dem Frauen*streik: Die Arbeit geht weiter

Frauenstreik Plus!

Von **Susy Greuter**

Wenige Monate nach dem Frauenstreik vom 14. Juni 2019 machen sich zwei Frauen Gedanken darüber, wie es jetzt weitergehen soll. Susy Greuter diskutiert, auf welche Weise Frauenstreik Plus! wirksam werden kann, und Marie-Louise Barben lenkt den Blick auf das Frauenuniversum hohes Alter.

Der Frauenstreik vom 14. Juni 2019 war eine mächtige Welle in einem immer bewegteren Meer und krönte zwei Jahre des Aufbruchs. Aus der massiven Beteiligung an dem fast globalen „Women`s march"[1] vom 18. März 2017 in Zürich wurde klar, dass die Empörung der Frauen* erneut alle Generationen zu einer kollektiven Bewegung zusammenführte. Im Oktober des Jahres berichteten Frauen* weltweit unter dem Hashtag #metoo über erlebte Gewalt, und am 8. März 2018 begannen Frauen* weltweit, mit feministischen Streiks ihre Städte zum «lebendigen Stillstand» zu bringen. Wenige Monate nachdem die Spanier*innen 6 Millionen Menschen auf die Strasse brachten, lancierten Feminist*innen in der Romandie die Idee zu einem neuen Frauenstreik in der Schweiz. Es begann zu brodeln auch in den Gewerkschaften, und die Idee, diese Bewegungen national sichtbar werden zu lassen, wurde anlässlich der nationalen Gewerkschaftsdemo am 22. September des gleichen Jahres zum Versprechen. Die mächtige Teilnahme von rund 20.000 Menschen an diesem Anlass und die kraftvoll gestellten Forderungen nach Lohn, Zeit und Respekt für Frauenleben und Frauenarbeit gaben Gewissheit, dass sich einmal mehr alle Strömungen in der Frauenbewegung einig waren: jene, die ganz praktisch an der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen interessierten sind und jene, die dafür auch einen Kulturwandel fordern.

Am 14. Juni 2019 war jede achte Schweizerin – und zahlreiche Migrant*innen sowie Scharen von Männern, die am Wandel teilhaben – auf der Strasse. Das stellte klar, was in den kommenden Jahren – neben der Klimadebatte – Thema bleibt.

Ebenso breit gestreut wie die Mobilisation für den Frauenstreik sind aber auch die Schmerzpunkte, Ausgang der Forderungen, die die Teilnehmenden in den verschiedenen Manifesten verkündeten:

- Die Wut, eigene Kompetenzen als zweitrangig und der Anleitung bedürftig eingestuft zu sehen. So genannte Frauenberufe à priori als wenig wichtig für die Wirtschaft betrachtet und entsprechend mit Tieflöhnen abgegolten zu sehen.
- Der Überdruss, gleichzeitig als Erste für die Familie zuständig zu sein, um sie störungsfrei in die unerbittlichen Strukturen der Wirtschaft und Gesellschaft einzufügen – und damit allein gelassen zu werden.
- Der Zorn, den eigenen Bedarf und jener von Kindern und Angehörigen als Belastung für Wirtschaft und Staat taxiert und mit Trostpflästerchen abgespiesen zu sehen.
- Der Frust, nicht ernst genommen zu werden und unsere Vertreter*innen doppelter Kritik ausgesetzt und vertröstet zu sehen.
- Der Überdruss, sich zurückhaltend, ja unterlegen geben zu müssen und bei Übergriffen besser zu schweigen, um nicht weitere Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Die eigene Scham darüber, sich besser drein zu schicken...
- Der Frust, unabhängiges Leben und Alleinstehen als Manko interpretiert zu erfahren oder mit einer lesbischen oder ‚queeren' Beziehung vielleicht nicht in der Stadt, aber in der Familie oder im Dorf Befremdung und Isolation zu erleben.

Dem stellen die bewegten Frauen* eine Vision entgegen, eine Vision, die Gleichheit und Verschiedenheit verbindet. Ein Heim zu bauen in Zusammenarbeit mit einem Partner, einer Partnerin, einer Freundesgruppe und ungestresst gemeinsam Verantwortung zu tragen für Kinder: Das muss möglich sein, ohne sich als Frau abhängig zu machen und ohne Angst vor den materiellen Folgen einer Trennung oder vor dem Rentenloch. Die Freude am beruflichen Einsatz soll nicht getrübt werden durch ständige Gängelung, Unterordnung und billige Zweifel der Vorgesetzten. Auch nicht durchzogen von Sorgen über fehlende Unterstützung für Kinder und Angehörige, frei von Nötigungen, für ein bisschen Karriere oder auch nur den Erhalt des Arbeitsplatzes seine weiblichen Seiten ins Spiel zu setzen!

Doch dieser Vision, so realisierbar sie wäre, steht eine mehrtausendjährige Ordnungsstruktur entgegen, die Herrschaft und Kontrolle der Mittel zu zentrieren wusste und einige Gesellschaftsordnungen überlebt hat. Mit „Evas Sündenfall" kolportierte die Kirche die erste Legitimation für die Unterordnung der Frauen. Auch staatliche Instanzen griffen dies auf, um mit der Hexenverfolgung die Angst endgültig in die weibliche Sozialisation einzuschreiben. Und nach den sich ablösenden Verdikten – auch solche „von minderem Verstand der Frauen" waren dabei - liefert heute, nach über hundert Jahren der Frauenproteste, die so genannte „weibliche Emotionalität" den Begriff, der festschreiben soll, dass das weibliche Geschlecht der Führung bedürfe. In der patriarchalen Ordnung war den Männern ein Stück der Herrschaft überordnet, was die Familie zur Replik der Herrschaft formte. Für die

1 http://womensmarch.ch

und Arbeitsort. Andererseits müssen die gesetzlichen Voraussetzungen, kulturpolitischen Aktionspläne und Kontrollen geschaffen werden, die unsere Vorstellungen von gutem, gleichgestelltem Leben realisieren können. Die Streikkollektive in allen Regionen der Schweiz treffen sich jetzt, um das „Wie weiter?" zu planen. Die nationale Koordination hat bereits die Daten gesetzt, an denen allerorts mit Aktionen die Forderungen des 14. Juni in Erinnerung gerufen werden. Das Netzwerk funktioniert.

> „Dem stellen die bewegten Frauen* eine Vision entgegen, eine Vision, die Gleichheit und Verschiedenheit verbindet."

entsprechende Sozialisation der Kinder war damit gesorgt…

Nun ist dieses familiäre Patriarchat durch gesetzliche Änderungen, welchen der Alltag allmählich folgen muss, zwar angeknackst. Aber im Imaginären scheint der Traum der männlichen Verfügungsmacht durchaus weiter aktiv, immerfort genährt durch einschlägige Werbung, Kino und Popkultur. So bleibt es möglich, dass Frauen* weiter Übergriffen, ja Hass und Gewalt ausgesetzt sind, vor der sie blosse Gesetze kaum schützen.

Mit all dem muss endlich Schluss sein. Um die herrschenden Vorstellungen, die Überbleibsel dieser Tradition zu sprengen, werden wir weiter kollektiv dagegen antreten, ob im eigenen Umfeld, in den sozialen Medien oder am Wohn-

Politik und Wirtschaft

Diese Vorhaben des Frauenstreik Plus! scheinen sich zuerst an die Politik zu richten. Aber machen wir uns nichts vor: Die Wirtschaft ist die heute massgeblichste Ordnungsmacht, die wir auch direkt ins Visier nehmen müssen. Weil wir eine Wirtschaft brauchen und wollen, die allen nützt.

Denn die Wirtschaft hat sich die Verfügungsmuster des Patriarchats von Anfang an zunutze gemacht. Eine untergeordnete Kategorie von Arbeitskräften zur Verfügung zu haben, war schon immer eine Quelle von Extraprofiten und liess Verpflichtungen schmälern: Frauenarbeit und die Auslagerung der reproduktiven Aufgaben der Gesellschaft an die Familien (praktisch vor allem an die Frauen) sind Vorteile, die die Unternehmerschicht aus der hergebrachten Ordnung ziehen konnte.

Wie die Kultur kommt allerdings auch die Wirtschaft nicht umhin, neuen Gesetzen allmählich zu folgen. Allerdings findet sie immer neue Ränke, um die alten Hierarchien aufleben zu lassen: Von der pflichtschuldigen Hausfrau des Gatten mit Familienlohn sind wir mit der Forderung nach gesellschaftlicher Teilhabe bisher meist nur zur Teilzeit-Arbeitenden mit Familienpflichten und miserablen Rentenaussichten gekommen! Der „Sieg" wurde zur neuen Überlastung.

Also erneut unverschämte Forderungen: Senkung der Arbeitszeit, 38 Wochen Elternzeit, Flexibilisierung zugunsten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (statt zugunsten der Unternehmen!), Wertschätzung und höhere Lohnansätze für Frauenberufe und regelmässige Überprüfung der Lohngleichheit und Sanktionen gegen fehlbare Betriebe fordern mit den Streiker*innen die Gewerkschaften. Mit ihnen einig gehen viele Männer, die ihre Männlichkeit nicht mehr in einer künstlichen Polarisierung der Geschlechter sehen. Auch sie wünschen sich mehr eigenständiges Leben und sehen ihre Selbstverwirklichung immer weniger in gutbezahlten Bullshit-Jobs. Auch mit ihrer Hilfe werden wir uns nicht länger mit miesen Kompromissen und Verschleppung abspeisen lassen. Wir werden es nicht nur den Parlamentarier*innen überlassen, dies zu Gesetz zu bringen. Nach dem Fest des Frauenstreiks könnten auch harte Arbeitskämpfe geplant wer-

den und Einzelforderungen von speziell Betroffenen unterstützt werden, ohne dabei das Gesamtziel aus den Augen zu verlieren.

Der Neugewinn an Frauenarbeit hinderte die Oligarchie auch nicht daran, weitere Bevölkerungsgruppen anhand von Nationalität, Rasse, Religion oder „Bildungsferne" als Arbeitskräfte zweiter Klasse zu definieren: Ihre Rechte gehören mit zu den Zielen von Frauenstreik Plus!

CARE – ein weiblicher Begriff vervollständigt „Effizienz" und „Leistung"

Die Forderung, CARE-Arbeit als eigene Wirtschaftsdimension und CARE als wichtiges Leitprinzip anzuerkennen, ist Protest nicht nur gegen materielle Ungleichheit. Auch in der Folge der stärkeren Arbeitsintegration der Frauen hat sich die bezahlte Erziehungs-, Betreuungs- und Pflegearbeit ausgeweitet - nur um umso mehr unter Druck zu kommen: Je mehr Care-Gehalt diese Arbeiten haben, umso „wertarmer" werden sie gehandelt – in Analogie zu der Mutter- und Partner*innen-Rolle. Bezahlt werden soll vor allem die operative Funktion, während die nötige Arbeit der Zuwendung oder der individuellen Anpassung der Leistung an die Empfänger*innen unterbewertet bleibt. Die operativen Funktionen lassen sich bestens durch betriebswirtschaftliche Massnahmen kontrollieren, sparsam organisieren und hierarchisieren, womit die ganzheitliche Sorgearbeit in Zeitnot gerät und „wirtschaftlich" zum Nichts wird. Diese zunehmende Gängelung verantwortlicher Berufsleute lässt diese Vereinnahmung als Kompetenzraub erkennen.

Wenn der Frauen*streik fordert, dass die Care-Anteile in der personenbezogenen Arbeit sowohl materiell als ideell aufgewertet werden müssen, dann wird die Ganzheitlichkeit verteidigt als unerlässliche Hauptsache der Reproduktion. Sie ist wesentlich, damit sich Menschen entwickeln, wohlfühlen, gesund und auch leistungsfreudig werden. Sie ist damit auch eine zentrale Voraussetzung der Volkswirtschaft. Die Lust der Menschen an dieser Verantwortung darf nicht länger an den Rand geschoben und entwertet werden.

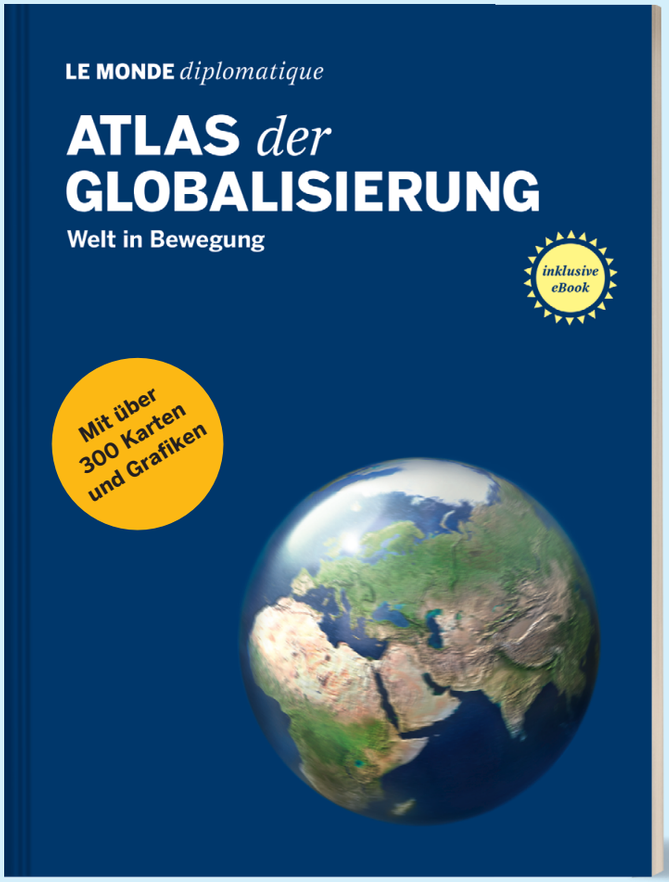
Die Forderung zur Aufwertung der Care-Arbeit ist umfassend. Konkret und aktuell wird sie zum Beispiel besonders im Pflegebereich gestellt. Das bewegte Jahr hat auch das Manifest von Pfleger*innen erbracht[2], das die Kompetenzen und die Mittel, d.h. die Zeit, um Care entstehen zu lassen, vehement zurückfordert: „Manager haben nichts im Care-Sektor zu suchen. Wir fordern das Ende der Berufsenteignung und der Bevormundung". Solchem Mut wird Frauenstreik Plus! als Multiplikatorin dienen.

Das holländische Erfolgsmodell der ‚Buurtzorg'-Pflegedienste mit seinen autonom arbeitenden Pflegeteams, wo die Verwaltung nicht zum versteckten Patriarchen und der beratende Austausch nicht zur Kontrolle verkommen, hat aufgezeigt, dass eine andere Welt möglich und organisierbar ist.

2 Feministisches Leseseminar, www.fraum.ch/Frauenstreik

Susy Greuter ist Sozialanthropologin und verbrachte den Grossteil ihrer beruflichen Laufbahn in Afrika. Sie arbeite in der Entwicklungs- und politischen Zusammenarbeit. Nach ihrer Rückkehr in die Schweiz befasste sie sich v.a. mit Migrantinnen und kam von da auf Recherchen zur Pflege. Daneben ist sie als Co-Redaktorin des Afrika Bulletin und als Feministin aktiv.

ANZEIGE



Erschienen am 28. Juni 2019
Fr. 21.– (inklusive Versandspesen) | 186 Seiten | broschiert
Inklusive eBook

Jetzt bestellen* auf www.woz.ch/shop, per E-Mail an shop@woz.ch oder telefonisch unter 044 448 14 14.

Es ist kompliziert.

Wird der globale Kapitalismus demnächst aus Beijing gesteuert? Wo wachsen die meisten Tomaten? Steht Rotterdam in siebzig Jahren unter Wasser? Und was hat Rheinmetall eigentlich in Südafrika verloren? Diesen und vielen anderen Fragen geht der neue Atlas der Globalisierung «Welt in Bewegung» nach.

WOZ Internationale Medienerzeugnisse AG • Hardturmstrasse 66 • 8031 Zürich • Schweiz

* Das Angebot gilt für den Versand einer Ausgabe an eine Adresse in der Schweiz. Bei Bestellungen von mehreren Exemplaren und Adressen im Ausland verrechnen wir die effektiv anfallenden Versandkosten. Bitte rechnen Sie mit einer Lieferfrist von 10 Tagen.

Nach dem Frauen*streik: Die Arbeit geht weiter

An einer Veranstaltung der Grossmütter-Revolution in Bern im Mai 2019, also kurz vor dem Frauenstreik, fragte ich die anwesenden Frauen, wer von ihnen schon am Frauenstreik 1991 teilgenommen habe. Alle Hände gingen in die Höhe. Für die Frauen der GrossmütterRevolution war klar: Wir werden auch am Frauenstreik 2019 teilnehmen. Und wir waren präsent etwa in Zürich, Bern, Basel, Luzern, oder Solothurn und haben mit unseren grossen Bannern viel Aufmerksamkeit erhalten. Wir wollten sichtbar sein und mitfeiern, aber nicht nur. Im Vorfeld des Frauenstreiks hatte sich das ad hoc gebildete Silberteam mit Frauen der GrossmütterRevolution, des VPOD und des Grünen Bündnisses überlegt, warum wir Rentnerinnen überhaupt streiken. Hier einige unserer Argumente.

Das hohe Alter: Ein Frauen-universum

Von Marie-Louise Barben

Warum alte Frauen gestreikt haben

Weil wir solidarisch sind mit den erwerbstätigen Frauen, denn wie sie haben wir Lohnungleichheit erlebt.

Weil wir tausende von Stunden Haus-, Erziehungs-, Pflege- und Betreuungsarbeit geleistet haben und es immer noch tun. Die feministische Ökonomin Mascha Madörin wird nicht müde zu betonen, dass Frauen insgesamt 100 Milliarden pro Jahr weniger am Arbeitsmarkt verdienen. Der monetäre Wert unbezahlter Arbeit nur für die Kinderbetreuung beträgt geschätzte 105 Milliarden Franken pro Jahr; Frauen tragen davon 70 Milliarden. Es muss endlich darüber geredet werden, wie wir in Zukunft jene Arbeit finanzieren, die nie «effizient» sein wird, wie eben Kinderbetreuung oder Altenpflege.

Weil Lohnungleichheit, Teilzeitarbeit, tiefe Löhne in sogenannten Frauenberufen, nicht anerkannte ehrenamtliche, Freiwilligen- und Hausarbeit bewirken, dass die Renten von Frauen ungefähr ein Drittel tiefer liegen als diejenigen der Männer. Die Statistik zeigt: Die Armutsquote der Frauen über 65 ist signifikant höher (19.9%) als diejenige der Männer (12%), diejenige der alleinlebenden Frauen über 65 beträgt sogar fast 30% (Männer 14%).

Weil die heutige Grosselterngeneration 160 Millionen Stunden im Jahr Enkelkinder betreut. Den Grossteil davon leisten Frauen.

Weil ältere Frauen häufig ihre meist einige Jahre älteren pflegebedürftigen Partner unterstützen, oft jahrelang. Sie können oder wollen keine Hilfe annehmen. Viele von ihnen sind aber psychisch, physisch und finanziell am Ende, wenn der Ehemann oder Partner stirbt.

Weil Gewalt an Frauen im Alter nicht aufhört. Tatorte sind hauptsächlich die häusliche Umgebung oder Institutionen. Frauen sind als pflegende Angehörige und als Pflegebedürftige stark davon betroffen. Häusliche Gewalt an älteren Menschen geht meistens mit der Überforderung von pflegenden Angehörigen einher.

Weil alte Frauen bedroht sind von Armut, Vereinsamung und Verwahrlosung. Am 14. Juni 2019 sind die Frauen der Grossmütter-Revolution auch auf die Strasse gegangen aus Solidarität mit alten Frauen, die dazu nicht mehr in der Lage sind.

Weil das hohe Alter ein Frauenuniversum ist. Je höher das Alter, je höher der Frauenanteil. Betreuende, Professionelle und Ehrenamtliche, die sich um alte Menschen kümmern, sind zu etwa 80% Frauen. Krass ausgedrückt: Ohne Frauen kollabiert nicht nur die Langzeitpflege, sondern das ganze Gesundheitssystem.

Lesen Sie, liebe Leserinnen und Leser, die folgenden Gedanken auf diesem Hintergrund.

Fit ins (hohe) Alter?

Vielen älteren Menschen geht es im Pensionsalter gut, sehr gut sogar. Sie sind aktiv, reisen viel, machen Sport, besuchen Kulturanlässe, shoppen, wandern. Ich bin eine von ihnen und dafür bin ich dankbar. Die älteren Menschen, die die Outdoor-Läden bevölkern und europa- und weltweit unterwegs sind, befinden sich im dritten Lebensalter. Sie gehören einer gut ausgebildeten und finanziell abgesicherten schweizerischen Mittelschicht an und können ihren Lebensalltag selbständig gestalten.

Seit bald zehn Jahren befasse ich mich in der Manifestgruppe der GrossmütterRevolution mit alterspolitischen Fragen. Als Co-Verfasserin von drei Studien zu alterspolitischen Themen habe ich in dieser Zeit viele Bücher und Artikel zum Thema gelesen, viele Tagungen besucht, vielen PodiumsteilnehmerInnen zugehört, die sich Gedanken machen über ein gutes Alter, Lebensqualität und Würde im Alter, Prävention und Gesundheit im Alter. Ich habe auch selber an Diskussionen und Podien teilgenommen, die Studien vorgestellt und die politischen Forderungen der GrossmütterRevolution vertreten.

Ich, meine Kolleginnen der Manifestgruppe und die meisten LeserInnen von Fachliteratur, die BesucherInnen der Tagungen sowie die ReferentInnen und die PodiumsteilnehmerInnen gehören einer gut ausgebildeten, finanziell abgesicherten Mittelschicht an. Sie denken über das Alter nach aus soziologischer, philosophischer, ethischer, gesundheitspolitischer oder medizinischer Sicht oder arbeiten in entsprechenden Fachorganisationen.

Das hat Folgen. Ich möchte sie an zwei Beispielen benennen:

> “Wir blenden das Vierte Lebensalter aus, in dem wir gebrechlich und verletzlich werden. Es ist weiblich und weitgehend unsichtbar.”

Im Mai dieses Jahres fand eine vom Roten Kreuz organisierte Fachtagung statt zum Thema «Projekt Alter: Den Aufbruch gemeinsam gestalten». In Referaten, Podien und Workshops wurde darüber diskutiert, wie ältere Menschen sozial integriert werden können, welche Bedingungen dazu beitragen, dass ihr Mitwirken an der gesellschaftlichen Gestaltung eines guten Lebens im Alter gefördert wird, auch wenn Unterstützung und Betreuung nötig werden. Das Eingangsreferat hielt der Philosoph und Essayist Ludwig Hasler zum Thema «Die Würde des Alters ist nicht umsonst zu haben». Das Alter, sagte er, habe sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten grundlegend verändert. Deshalb müssten Menschen im Alter aktiv tätig sein und an einer Zukunft mitwirken, auch wenn es nicht mehr ihre Eigene ist, an einem Projekt, das grösser ist als wir. Kürzlich hat er auch in Bern gesprochen. Hier lautete der Titel: «Ausruhen ist keine Option».

Vor ein paar Monaten hat der Fitnessstudio-Anbieter Kieser Plakate ausgehängt mit dem Text: Älter werden ist ok, schwächer werden nicht. Diese Werbung bzw. die Haltung, die dahinter steckt, erwähne ich stellvertretend für unzählige Aufforderungen und Angebote an ältere Menschen, was sie präventiv tun können, um ein gutes Alter zu erreichen. Es geht um Sport und Bewegung, aber es geht auch um gesunde, natürliche, wenn möglich biologische Ernährung, es geht um soziale und kulturelle Teilnahme und es geht auch um geistige Fitness wie Gedächtnistraining, Gehirn Jogging, Lektüre, Theaterbesuche, um lebenslanges Lernen.

Die Mittelschichts-Perspektive auf das hohe Alter

Ich bin eine Angehörige dieser Mittelschicht, ich bin achtzig Jahre alt, ich bin weitgehend gesund, aber es stört mich, es stört mich zunehmend, dass mit dieser ständigen Beschwörung eines guten Alters die Lebensrealitäten gewisser Gruppen von alten Menschen ausgeschlossen werden.

Grundsätzlich bin ich einverstanden mit dem Philosophen Ludwig Hasler, aber es ist ein Plädoyer eines hoch gebildeten Mannes an ein gut gebildetes Publikum. Ich bin grundsätzlich einverstanden, dass es wünschenswert ist, dass ältere Menschen gesund und aktiv bleiben, aber es ist ein Aufruf an ein gesundheitsbewusstes Publikum, das die physischen und psychischen Voraussetzungen mitbringt und über die finanziellen Mittel verfügt, diesen Aufforderungen Folge zu leisten.

Die Studien, Tagungen, Vorträge, sind deshalb nicht wertlos, aber wir blenden aus, dass es in unserem Lande viele Menschen gibt, die nicht die Mittel haben zu reisen, Kurse zu besuchen, Projekte anzureissen, biologische Lebensmittel zu kaufen oder ins Theater zu gehen.

Wir blenden aus, dass die Lebensrealität im hohen Alter für Frauen und Männer unterschiedlich ist. Wir blenden aus, dass für viele Menschen Ausruhen nach einem langen Arbeitsleben tatsächlich eine wichtige Option ist. Sie haben ein Recht darauf, das Alter im Trainingsanzug auf dem Sofa vor dem Fernseher zu verbringen. Wir blenden aus, dass viele alte Menschen nicht mehr die Kraft haben, tätig zu sein. Schwächer werden im Alter ist ok.

Wir blenden das Vierte Lebensalter aus, in dem wir gebrechlich und verletzlich werden. Es ist weiblich und weitgehend unsichtbar.

Die Arbeit geht weiter

Am 14. November findet in Luzern die nächste Veranstaltung der GrossmütterRevolution statt. Das Thema heisst: Nach dem Frauen*streik. Die Arbeit geht weiter. Aber wie?

Alle Informationen unter
www.grossmuetter.ch

Marie-Louise Barben
war zwischen 1990 und 2001 die erste Gleichstellungsbeauftragte des Kantons Bern. Nach ihrer Pensionierung arbeitete sie als freischaffende Sozialwissenschafterin an Themen wie Evaluation, Gleichstellung und Bildung. Sie ist Mitglied der GrossmütterRevolution seit deren Gründung im Jahr 2010.

Wahr sagen

Kritische Öffentlichkeit, Demokratie und Macht

Von der Denknetz-Kerngruppe

Trump und Co wollen die ungeschminkte Lüge zur Normalität machen. Damit schaffen sie ein Klima der Gewalt und der Willkür. Linke und Liberale seien grundlegend gefordert und müssten mit einer Kultur des Wahr Sagens dagegenhalten, so die neuen Thesen des Denknetzes.

Einleitung

Wahr zu sagen ist die Bemühung, alle relevanten Fakten auf den Tisch zu bekommen und diese Fakten kritisch zu analysieren. Eine belastbare Kultur des Wahr Sagens ist der Lackmustest für eine Gesellschaft, die auf der demokratischen Regelung der öffentlichen Angelegenheiten basiert.

Ein solche Kultur des Wahr Sagens steht von Seiten der Mächtigen schon seit je unter Druck. In den letzten Jahren ist nun aber ein eigentlicher Zerfallsprozess in Gang gekommen, der mit der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der weltweit mächtigsten Nation eine neue Stufe erreicht hat. Dabei geht es nicht mehr „nur" darum, wer sich im Kampf um die publizierten Fakten und deren Bewertung durchsetzt. Vielmehr wird in Frage gestellt, dass das Bemühen um Faktentreue überhaupt noch von Belang sein soll. Offen wird behauptet, wahr sei, was für wahr gehalten wird. Gleichzeitig führt der Aufstieg des Internets und der Sozialen Medien zu einem Erosionsprozess bei den klassischen Leitmedien (Presse, führende Fernseh- und Radiostationen). Die beiden Trends kombinieren sich: In den sozialen Medien lassen sich unkontrolliert und mit geringem Aufwand Lügen, Halbwahrheiten und Hassbotschaften verbreiten. All dies findet statt vor dem Hintergrund einer Weltlage, die von zunehmenden sozialen, nationalen und politischen Gegensätzen, von wachsender Labilität und von unübersichtlichen Konfliktlinien geprägt ist.

Diese Gemengelage gibt zu Besorgnis Anlass. Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit, lautet das bekannte Diktum des US-Senators Hiram Johnson aus dem Jahr 1914. Das gilt auch umkehrt: Zerfällt eine Kultur des Wahr Sagens, dann zerfällt auch der Schutz vor Willkür, vor Gewalt und vor der Macht des Stärkeren.

Die Denknetz-Kerngruppe hat deshalb in einem längeren Diskussionsprozess die vorliegenden Thesen *Wahr sagen: Kritische Öffentlichkeit, Demokratie und Macht* erarbeitet. Unser Anspruch ist es, mit diesen Thesen die aktuellen Entwicklungen möglichst treffend zu analysieren und eine Reihe von normativen und politischen Aussagen zu machen, mit denen eine emanzipatorisch-demokratische Politik gestützt wird. Dabei wenden wir uns unter anderem auch in aller Deutlichkeit gegen Vorstellungen, wonach ein lockerer Umgang mit Fakten zulässig sei, wenn damit linke Anliegen gefördert würden. Wir halten dies für unvereinbar mit einer Stützung und Stärkung der Demokratie, weil unseres Erachtens jede Form der Abwertung des Wahr Sagens den Zerfall einer demokratischen Kultur begünstigt.

> „Offen wird behauptet, wahr sei, was für wahr gehalten wird."

Unsere Thesen bewegen sich auf der Ebene des politischen Diskurses. Im Zentrum stehen Fragen der Demokratie. Erkenntnistheoretische Debatten können dabei lediglich summarisch eingefangen werden. Ebenso hätte eine Analyse der strukturellen Bedingungen, unter denen geforscht und gelehrt wird, den Rahmen der Thesen gesprengt. Wir bitten diesbezüglich um Nachsicht.

I. Wahr Sagen und Demokratie

1. Im Zentrum unserer Thesen steht der Begriff des *Wahr Sagens*. Darunter verstehen wir die fortlaufende Bemühung, alle relevanten

Fakten auf den Tisch zu bekommen und Erklärungen zu finden, die den jeweiligen Sachverhalt möglichst akkurat wiedergeben. Fakten müssen also einerseits ermittelt und benannt, andererseits auch kritisch aufgearbeitet werden. So reicht es zum Beispiel nicht aus festzustellen, dass die durchschnittliche Temperatur auf der Erde ansteigt. Es braucht vielmehr überprüfbare Erklärungen dafür, warum dies geschieht. Ebenso braucht es belastbare Modelle über die Wirkungen auf die Ökosphäre und auf die Lebensbedingungen für die Menschen. Erst auf einer solchen Grundlage kann über sinnvolle Massnahmen im Zusammenhang mit der Klimaerwärmung diskutiert, können zielgerechtete Massnahmen identifiziert und entsprechende Entscheide gefällt werden.

2. Werden absolute Wahrheitsansprüche erhoben, deutet dies auf herrschaftsförmige gesellschaftliche Verhältnisse hin. Ein statisch-absoluter Wahrheitsbegriff führt zwingend zur Frage, wer denn die Macht beanspruchen kann, über die Feststellung der Wahrheit zu entscheiden. Das vermeintliche Gegenargument, wonach es beliebig viele verschiedene Wahrheiten gäbe, hilft allerdings auch nicht weiter. Die Bemühung, Fakten zu eruieren und dabei zu trennen von verschiedenen Sichtweisen und Wahrnehmungen, allenfalls auch von Lügen und Verschleierungen, bleibt für eine demokratische Verständigung essenziell. Deshalb sprechen wir nicht von *Wahr haben*, sondern von der Bemühung des *Wahr Sagens*.

3. Eine Kultur des Wahr Sagens bildet die unabdingbare Grundlage, damit demokratische Körperschaften kompetente Entscheide fällen, umsetzen und wenn erforderlich korrigieren können. Aus der Umsetzung entstehen wiederum neue Erfahrungen, die ausgewertet werden im Bemühen, auf verbesserter Grundlage wiederum Wahr zu sagen, womit ein nächster Lern- und Gestaltungszyklus beginnt. Auf solchen Lernprozessen basiert die Akzeptanz demokratischer Entscheide. Wahr Sagen basiert also auf einer normativen Haltung und ist gleichzeitig prozessbezogen und dialogisch. Dies mag – zum Beispiel in Bezug auf lernende Organisationen – banal erscheinen, ist für Gesellschaften aber alles andere als selbstverständlich, insbesondere auch deshalb, weil wesentliche Bereiche in Wirtschaft, Handel oder Finanzwelt privaten Interessen gehorchen und einer lernenden Gestaltung weitgehend entzogen bleiben[1].

Zur Umsetzung demokratischer Entscheide gehört die Durchsetzung entsprechender Rechtsnormen. Auch bei der Durchsetzung des Rechts ist eine Kultur des Wahr Sagens unerlässlich. Bei Rechtverletzungen müssen alle relevanten Fakten auf den Tisch kommen und von möglichst unabhängiger Seite beurteilt werden. Ist dies nicht gesichert, dann machen sich Korruption und Willkür breit – zum Vorteil derjenigen, die über mehr Ressourcen und mehr Macht verfügen.

II: Kapitalismus, Komplexität, Vernunft

4. In Gesellschaften, die von tief verankerten Klasseninteressen, Diskriminierungen und territorialen Gegensätzen geprägt sind, werden Fakten und Erklärungen zu einem heftig umkämpften Feld. So ver-

1 Für eine Vertiefung dieser demokratiepolitischen Fragen verweisen wir auf die 18 Denknetz-Thesen für eine starke Demokratie (http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2017/07/starke_demokratie_def.pdf)

Anzeige

Angst. Wut. Mut.

Hinter gescheiterten neoliberalen Versprechen von Wohlstand und Glück verwandelt sich der Westen zunehmend in eine «Angstgesellschaft»: Angst vor Terrorismus, vor Technologien, vor Migration; Angst vor Kontroll- und Statusverlust und vor dem Verlust männlicher und westlicher Privilegien.

Der liberale Mythos der unbegrenzten Möglichkeiten diffamiert Prekarität, Versagen und Konsumverweigerung als asozial. Und in der Gegenwartsliteratur dominieren Dystopien der Algorithmen und Zukunftsängste.

Die Angst dient den Autor*innen im Heft 73 als Chiffre, um sich den zeitgenössischen Brüchen und Herausforderungen zu nähern – auf der Suche nach Mut und kollektiven Antworten als Ausweg aus einer von Angst und Wut gelähmten Gegenwart.

www.widerspruch.ch

216 Seiten, Fr. 25.– (Abonnement Fr. 40.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8031 Zürich
vertrieb@widerspruch.ch

suchen herrschende Klassen und ihre Verteidiger*innen, die Bevölkerung von der Unausweichlichkeit und der Vorteilhaftigkeit ihrer Macht zu überzeugen, auch wenn dafür manche Tatsachen verzerrt und manche Fakten verschwiegen werden müssen. Dabei nehmen sie auch massgebenden Einfluss auf Bildung, Lehre und Forschung sowie auf die Medien. Im Kapitalismus kommt erschwerend hinzu, dass er schon durch seine grundlegende Praxis mehrere, einander widersprechende gesellschaftliche Rationalitäten schafft. Was aus Sicht eines einzelnen Unternehmens rational ist (z.B. Kosten zu sparen), kann aus Sicht einer Gesellschaft vollkommen irrational sein (z.B. wenn dadurch die Umwelt geschädigt und das Klima erhitzt wird). Dieselbe Spaltung der Rationalitäten ergibt sich auch zwischen einzelnen Wirtschaftsstandorten und der Weltgesellschaft. Diese ständig neu befeuerten Spaltungen und Interessensgegensätze untergraben eine stabile Kultur des Wahr Sagens.

5. Eine besondere Bedeutung haben Denkfiguren und Erzählungen, die die Herrschaft stützen sollen. Aktuelle Beispiele dafür sind die Denkfigur, die besagt, der globalisierte und deregulierte Kapitalismus sei alternativlos; oder diejenige, wonach jeder Versuch, die „inhärente Intelligenz der freien Marktwirtschaft" zu übertreffen, die die Ressourcen bestmöglich verteile und zuordne, unweigerlich zu bürokratischer Planwirtschaft führe. Herrschende streben an, solche Denkfiguren als unhinterfragbar zu markieren und jeder Kritik zu entziehen. In den Redaktionen der Mainstreammedien, an Universitäten oder in Behörden wird oft ein explizites oder zumindest stillschweigendes Einverständnis mit herrschenden Denkfiguren gefordert. Damit wird der Bereich des Denkbaren eingehegt. Wer sich ausserhalb dieses ‚Konsens' bewegt, muss mit offenen oder versteckten Sanktionen rechnen.

6. Besondere Beachtung verdient die Denkfigur, wonach gesellschaftliche Verhältnisse zu komplex geworden seien, um einer direkten demokratischen Steuerung zugänglich zu sein. Demokratie könne deshalb bestenfalls als Verfahren zur Machtbegrenzung der Eliten und ihrer Expert*innen verstanden werden und nicht als Verfahren zur unmittelbaren Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Tatsächlich lässt sich eine Tendenz in Richtung wachsender Komplexität beobachten. Unser Wissen und unsere technischen Fertigkeiten nehmen laufend zu, ebenso die globale Vernetzung und die entsprechenden komplexen Wechselwirkungen. Dennoch steht die Tendenz zu wachsender Komplexität nicht isoliert da. Gesellschaftliche Systeme können ihre Grundstabilität und damit ihre Lebensfähigkeit nämlich nur so lange bewahren, wie sie von wirkungsmächtigen Prozessen laufend wieder in Ordnung gebracht und dabei in ihrer Komplexität wieder reduziert werden. Die Tendenz zu wachsender Komplexität muss also zwingend durch eine gegenläufige Tendenz zur Begrenzung der Komplexität in Schach gehalten werden, wenn Gesellschaften überleben wollen.

Dies ist auch die Grundlage dafür, dass es möglich ist, bei der Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse das Wesentliche herauszuarbeiten, also festzustellen, wie Ordnungen hergestellt und gestützt werden. Wichtig ist allerdings, dass Aussagen zu einem solchen Wesenskern hinterfragbar bleiben müssen, wenn sie nicht zu Dogmen erstarren sollen.

Demokratie kann und muss nun gerade als ein zentrales Verfahren verstanden werden zur Optimierung von Komplexität. In der demokratischen Entscheidungsfindung wird die jeweilige Ausgangslage solange bearbeitet, bis Alternativen klare Konturen gewinnen und die Betroffenen und Beteiligten sinnvolle Entscheide fällen können. Demokratie erlaubt überdies die breite Mobilisierung von Wissen, Wahrnehmung und Engagement, um diese für die Problemlösung verfügbar zu machen (was wiederum die Bedeutung des Wahr Sagens unterstreicht). Demokratie ist gegenüber der Komplexität der Gesellschaften also keineswegs auf verlorenem Posten – im Gegenteil ist sie ein bestmögliches Verfahren, um ordnend in die Verhältnisse eingreifen zu können[2].

III. Kritisches Denken

7. Wir haben in These 1 betont, dass die reine Ermittlung von Fakten nicht ausreicht. Diese Fakten müssen eingeordnet und analysiert werden. Dabei kann bereits die Frage, welche Fakten denn relevant sind und welche nicht, nur mithilfe angemessener analytischer Modelle und Verfahren geklärt werden. Wahr Sagen ist also auf kritisches Denken angewiesen. Kritisches Denken fragt nach den Hintergründen und will wissen, welche Interessen im Spiel sind. Kritisches Denken nimmt Beziehungen und Wechselwirkungen und damit auch das jeweilige Ganze in den Blick und vermeidet eine zerstückelte Weltsicht. Es will gesellschaftliche Verhältnisse aus ihrer Geschichte heraus - als von Menschen gemacht - verstehen und untersucht dabei auch deren Veränderbarkeit.

In Gesellschaften, die von gegensätzlichen Interessen geprägt sind, gibt es keinen neutralen Standort. Kritisches Denken ist deshalb explizit parteiisch und nimmt Stellung zugunsten derjenigen, die unterdrückt, diskriminiert und ausgebeutet werden[3]. Kritisches Denken will dazu beitragen, dass Ökosysteme vor ihrer Zerstörung bewahrt werden und den Menschen und den andern Lebewesen ihre Lebensräume erhalten bleiben. Es interessiert sich für die Frage, wie Widerstand gegen Ausbeutung und Zerstörung gestärkt und wie Demokratie bewahrt und weiterentwickelt werden kann. Es will ideologische Denkfiguren dekonstruieren und demokratie-averse Komplexitäten als solche erkennbar machen.

2 Das Problem ist demnach nicht die Komplexität als solche, sondern das, was als Komplexitätsparadoxon des Kapitalismus beschrieben werden kann. Der Kapitalismus schafft andauernd überschüssige, sachlich nicht gerechtfertigte Komplexität alleine schon dadurch, dass er in den Konzernleitungen eine Vielzahl voneinander unabhängiger, zueinander in Konkurrenz stehender Entscheidungszentren etabliert. Viele wichtige Informationen werden dabei als Geschäftsgeheimnis oder Patent markiert und der Öffentlichkeit entzogen. Weitere Komplexitätstreiber sind die permanente Beschleunigung von Wirtschaft und Gesellschaft, die Schaffung ständig neuer Produkte und Verfahren, die kaum mehr zu kontrollieren sind (z.B. die Unzahl von derivativen Finanzprodukten) oder das ständige Aufeinanderprallen von öffentlichen und privaten Interessen. Diese überschüssige Komplexität wird im Kapitalismus „kompensiert" durch die banale Einfachheit der ökonomischen Grundregel, die er für Unternehmen bereitstellt: Mach aus Geld mehr Geld und sei dabei besser als deine Konkurrenz, und sorge dafür, dass du dabei nicht gestört wirst, etwa durch Gewerkschaften oder Umweltbewegungen. Diese Verquickung von überschüssiger Komplexität mit einer simplen Handlungsanweisung ist Quelle unzähliger gravierender Probleme und gleichzeitig ein Hindernis für die demokratische Kontrolle und Steuerung essenzieller gesellschaftlicher Bereiche.

Die Schaffung von überschüssiger und schädlicher Komplexität ist in den letzten Jahrzehnten zudem zu einer wichtigen Herrschaftstechnik geworden. Wenn etwa transparente, öffentliche Einrichtungen privatisiert werden (ein staatlich organisiertes Gesundheits- oder Bildungswesen, eine öffentliche Sozialversicherung usw.), explodiert in der Regel die Komplexität, weil Märkte ihrer eigenen Logik folgen und die Eigeninteressen der auf Gewinn ausgerichteten privaten Stakeholder mit öffentlichen Interessen massiv kollidieren können. Dadurch entsteht eine konflikthafte Dynamik, die einen hohen Regulationsbedarf erzeugt. Oft entstehen dadurch Gebilde, die kaum mehr zu verstehen, geschweige denn sinnvoll zu steuern sind – und oft ist dies auch beabsichtigt oder zumindest ein willkommener Nebeneffekt. Beispiele dafür sind etwa die Zweite Säule der Altersvorsorge in der Schweiz, oder das als Obamacare bekannte Gesetzeswerk zur Regulierung des stark marktförmigen US-Gesundheitswesens, das 2000 Seiten Gesetzestext umfasst.

8. Kritisches Denken beschäftigt sich auch mit Sprachstrukturen und Begrifflichkeiten. Zum Beispiel hinterlassen lange geschichtliche Perioden der Diskriminierung und Ausbeutung in der Sprache Sedimente, die selbst wiederum diskriminierende Wirkungen entfalten – zum Beispiel, weil aufgrund dieser Sedimente Herrschaftsverhältnisse nach Geschlecht, sozialer Stellung, Religion oder Nationalität als naturgegeben erscheinen. Solche Sprachmuster müssen aufgelöst und alternative Begriffe entwickelt werden, und für deren Durchsetzung muss gestritten werden.

IV. Herrschaft, Wahrheit, Krise

9. Herrschaft ist im Kapitalismus einem Wahrheitsparadoxon ausgesetzt. Der Kapitalismus verändert andauernd die Bedingungen von Herrschaft. Im Kapitalismus können sich Regierungen, aber auch mächtige Konzerne ihrer Zukunft nie sicher sein. Deshalb sind bürgerliche Eliten daran interessiert, dass ökonomische, gesellschaftliche, ökologische, ideengeschichtliche und politische Entwicklungen zumindest bis zu einem gewissen Grad laufend erkundet und debattiert werden. In autoritären Regimes und erst recht in totalitären Diktaturen wird dies nur noch reduziert oder gar nicht mehr zugelassen – und damit steigt die Gefahr, dass Herrschende neue Entwicklungen versäumen und sich in Gebilden der Selbsttäuschung verheddern. In Phasen stabiler gesellschaftlicher Verhältnisse sind Freiheiten der Debatte und der Meinungsbildung für die Herrschaft des Kapitals deshalb wünschenswert, solange diese Herrschaft nicht grundsätzlich in Frage gestellt wird. In solchen Phasen wird auch eine Kultur des Wahr Sagens kaum offen bestritten.

10. Anders verhält es sich in Krisenperioden, in denen sich Interessensgegensätze zuspitzen, internationale Kräfteverhältnisse erodieren, breite Schichten der Bevölkerung „abgehängt" werden oder ökologische Krisen drohen. In solchen Situationen wird es für die Herrschenden riskant zuzulassen, dass sämtliche relevanten Fakten frei erkundet und ausgewertet werden, denn dies würde die Neigung der Beherrschten fördern, mehr Macht und Einfluss einzufordern. Nun gewinnt der Wille, die eigene Herrschaft zu sichern gegenüber den Vorteilen einer freien Meinungsäusserung an Bedeutung.

Trump, Bolzonaro, Salvini oder Erdogan sind das Ergebnis einer solch krisenhaften Dynamik. Sie sind nicht einfach „Betriebsunfälle" der liberalen Demokratie, wie oft suggeriert wird. Sie wirken vielmehr darauf hin, die Kultur des Wahr Sagens zu zerstören. Sie arbeiten mit Verschleierungen und Lügen und diffamieren gleichzeitig alle, die ihre Lügen anprangern. Solche Praxen müssen als das verstanden werden, was sie sind: Als der Versuch, ein politisches Klima zu etablieren, in der es legitim ist, Alles und Jedes dem Kampf um Macht und Herrschaft unterzuordnen. Sie sind Ausdruck des verschärften Standortwettbewerbs, und sie ebnen das Terrain für autoritäre Herrschaftsregimes.

11. Auch wenn die Durchsetzung von Herrschaftsinteressen immer schon mit der Maxime transparenter Information kollidiert ist; auch wenn zum Beispiel der Irakkrieg mit der Lüge gerechtfertigt wurde, Saddam Hussein verfüge über Massenvernichtungswaffen, so wäre es dennoch fatal, die Bedeutung des gegenwärtigen Paradigmenwechsels zu unterschätzen. Es geht nicht mehr nur um ein Falschspielen, bei dem die Spielregeln selbst nicht in Frage gestellt werden. Es geht nicht mehr nur darum zu Lügen und die Lügen zu kaschieren (und damit anzuerkennen, dass es eigentlich Lügen sind). Es geht vielmehr darum, die Spielregeln auszuhebeln und Lügen zur Normalität zu erklären. Eine solche Erosion einer demokratischen Kultur des Wahr Sagens

geht schnell in die offene Einschränkung der Meinungsfreiheit über. Denn es gibt nun keinen gesellschaftlichen Konsens mehr über den Wert des Wahr Sagens und einer freien Berichterstattung. In ihrer Logik entspricht ein Trump'sches Verständnis von Lüge und Wahrheit denn auch demjenigen, dass in Zeiten kriegerischer Konflikte etabliert wird, in denen die „Informationspolitik" konsequent den Kriegszielen unterworfen wird.

12. Prozesse, in denen moderate Demokratien durch autoritäre Herrschaftsformen ersetzt werden verlaufen nicht linear. Rechtsnationalistische Bewegungen werden mit Sicherheit auch wieder erhebliche Rückschläge erleiden. Doch wenn diese Rückschläge nicht zu einer essenziellen Stärkung der Demokratie führen – und das heisst unter anderem zu einer Wende in der Klimapolitik, zu einer gerechteren Verteilung des Reichtums und zu einer Demokratisierung der Wirtschaft – dann wird auf einen solchen Rückgang ein neuerlicher rechtsnationalistischer Aufschwung folgen, möglicherweise verbunden mit einer weiteren Radikalisierung dieser Kräfte und mit einer Steigerung der Gewalt. Deshalb ist für das Denknetz die Stärkung der Demokratie und der Kultur des Wahr Sagens der zentrale Angelpunkt einer fortschrittlichen Politik.

3 Dennoch sucht kritisches Denken ein Höchstmass an relativer Distanz zu den jeweils untersuchten Verhältnissen. Es ist dabei nur ein scheinbares Paradoxon, dass die bewusste Parteilichkeit eine gute Grundlage für diese Distanznahme bildet. Denn nur von einem klar bestimmten Standpunkt aus wird eine solche Distanz überhaupt erkennbar, und nur mit einem klaren Standpunkt kann dem Druck der Herrschenden zu Anpassung, Auslassung und Verfälschung widerstanden werden. Wer hingegen einen solchen Standpunkt zu vermeiden trachtet, wird mit einem unauflösbaren Dilemma konfrontiert: Werden Verhältnisse als veränderbar beschrieben, so provoziert dies die Reaktion derjenigen, die an diesen Veränderungen kein Interesse haben. Werden umgekehrt Verhältnisse als nicht veränderbar beschrieben, so dient dies womöglich ihrer Rechtfertigung. Deshalb sind auch aus wissenschaftlicher Sicht diejenigen Vorgehen am vielversprechendsten, die die Veränderbarkeit von einem deutlich erkennbaren Standpunkt aus untersuchen.

13. Wir wenden uns mit Nachdruck gegen die Vorstellung, die Verpflichtung zum Wahr Sagen dürfe einer progressiven politischen Agenda unterordnet werden, weil es sich dabei ja um fortschrittliche Anliegen handle. Denn jede Form der Abwertung des Wahr Sagens begünstigt den Zerfall einer demokratischen Kultur. Wir halten dies deshalb für unvereinbar mit den Zielen der Stärkung

der Demokratie und der Überwindung von Ausbeutung, Diskriminierung und Unterdrückung.
Die Linke hat überdies allen Anlass zur selbstkritischen Reflexion der eigenen Geschichte. Bürokratische Apparate werden immer wieder von neuem problematische Eigeninteressen entwickeln. Bestehende Machtverhältnisse üben eine Sogwirkung auf alle aus, die Privilegien zugeneigt sind – auch auf linker Seite. Und natürlich erzielen auch drohende Repressalien ihre Wirkung. All dies bringt eine Kultur des Wahr Sagens auch auf linker Seite in Bedrängnis. Deshalb muss gerade die Linke ein selbstkritisches Verhältnis zur eigenen Politik pflegen und sich unmissverständlich dem Wahr Sagen verpflichten.

14. Die Gemengelage der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen ist zudem beileibe nicht immer eindeutig. Auch unter den Beherrschten dieser Welt bestehen erhebliche Konfliktlinien und Interessensgegensätze. Kolonialismus und Imperialismus haben hier ebenso tiefe Spuren hinterlassen wie die Jahrtausende alte Unterdrückung von Frauen durch Männer oder religiöse Spaltungen und Kämpfe. Zudem gewinnen gegenwärtig neue Konfliktlinien erheblich an Bedeutung, etwa diejenigen, die aus der unterschiedlichen Betroffenheit durch die Klimaerwärmung resultieren. Solche Interessensgegensätze müssen offen benannt werden; nur so bestehen ernst zu nehmende Chancen, sie fruchtbar zu bearbeiten und sie im Sinn einer Politik des Guten Lebens für alle tendenziell zu überwinden. Auch dafür ist die Orientierung am Wahr Sagen unerlässlich.

V. Kritische Öffentlichkeit

15. Das Fundament einer kritischen Öffentlichkeit bilden widerständige Netzwerke und Bewegungen wie etwa die Gewerkschaften, die Klimastreikbewegung, die Frauenbewegung, linke und grüne Parteien und NGO. Sie entwickeln ihre je eigenen Formen der Kommunikation. In dem Masse, wie sie sich auch untereinander vernetzen, formieren sie das Geflecht einer kritisch-emanzipatorischen Zivilgesellschaft und damit die Basis einer kritischen Öffentlichkeit.

Kritische Medien (Zeitschriften, Buchverlage, Radiostationen, Videokanäle, Onlinemedien) sichern die diskursiven Räume, in denen sich diese kritische Öffentlichkeit entwickeln und etablieren kann. Auch wenn es sich dabei oft um Medien mit beschränkter Reichweite handelt, so darf ihr Einfluss nicht unterschätzt werden. Sie schaffen einen Rahmen dafür, dass sich eine Sprache der Kritik herausbildet und erhält, und dass sich kritische Individuen, Bewegungen und Organisationen produktiv verständigen können. Kritische Medien, widerständige Netzwerke und Bewegungen schaffen gemeinsam die Bedingungen, damit sich Diskurse zur kritischen Beschreibung der gesellschaftlichen Verhältnisse und zu ihrer Veränderung herausbilden können. Kritische Berichterstattung gelangt auch immer wieder punktuell in die Mainstream-Medien – zumindest solange eine Kultur des Wahr Sagens in breiteren Teilen der Gesellschaft einen gewissen Stellenwert behält.

16. Die herkömmlichen Leitmedien, die die öffentliche respektive die veröffentliche Meinungsbildung prägen, sind in den letzten Jahren in Bedrängnis geraten. Eine bedeutende Rolle spielt der Zerfall der Werbeeinnahmen, die zu den grossen Monopol-Plattformen im Internet abwandern. Ein weiterer Grund liegt darin, dass online-Medien günstiger produzieren und jederzeit mit aktuellsten Informationen präsent sein können (wobei damit nicht gesagt werden soll, das Wachstum der online-Medien sei per se eine negative Entwicklung). Zudem erzeugt auch die Kommerzialisierung der Medienwelt einen Druck in Richtung Anpassung und Verflachung der Berichterstattung. Dadurch entsteht eine besorgniserregende Erosion des Qualitätsjournalismus. Das kann uns nicht gleichgültig sein. Qualitätsjournalismus und ein Mindestmass an medialer Pluralität bilden die Grundlage dafür, dass Fakten und Argumente in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen eine Rolle spielen (auch wenn sie oft herrschaftsförmig aufbereitet werden), und dass Willkür und Gewaltherrschaft eingehegt werden können. Demokratische Rechte und Verfahren sind auf eine plurale, qualitativ gute und kritische Berichterstattung in den Mainstream-Medien angewiesen.

17. Aus dem Gesagten ergeben sich für das Denknetz vier Grundanliegen.

- Das Denknetz setzt sich vorbehaltlos für die Kultur des Wahr Sagens ein, die auch eine kritische Sicht auf eigene Positionen, Organisationen und politische Praxen einschliesst.

- Das Denknetz setzt sich mit Nachdruck ein für die demokratischen Rechte der freien Meinungsäusserung, der Versammlungs-, Demonstrations- und Organisationsfreiheit, sowie der freien Forschung und Lehre.

- Das Denknetz tritt ein für die Stärkung einer kritischen Öffentlichkeit, die in der Lage ist, eigene Diskursräume zu entwickeln und gegenüber dem Sog von Macht und Herrschaft Autonomie zu erhalten.

- Das Denknetz setzt sich für den Erhalt und die Weiterentwicklung des Qualitätsjournalismus und für die dabei erforderlichen Produktions- und Arbeitsbedingungen ein. Angesichts der oben geschilderten Erosionsprozesse muss Qualitätsjournalismus mit öffentlichen Mitteln gestützt und gefördert werden.

Robust, gerecht, solidarisch

Die Existenzsicherung für alle (Efa)

Von **Ruth Gurny** und **Ueli Tecklenburg**

Seit vielen Jahren steht die Sozialhilfe von rechts unter Dauerbeschuss. Ursprünglich als Übergangslösung konzipiert, ist sie für viele Leute zu einer unentbehrlichen und dauernden Sicherung ihrer Existenz geworden. Die Zeit ist mehr als reif für einen Neustart, findet die Denknetz-Fachgruppe *Sozialpolitik, Care und Arbeit*. Unter dem Namen Existenzsicherung für alle legt sie dafür ein Reformmodell vor.

Seit Jahren werden in unserem Land Menschen, deren Existenz nicht gesichert ist, von der Rechten unter Generalverdacht gestellt. Es wird ihnen unterstellt, ihre Situation selbst herbeigeführt zu haben oder den Staat ausnützen zu wollen. Die Sozialhilfe, die diesen Menschen zu einem würdigen Dasein verhelfen sollte, wird als soziale Hängematte verhöhnt. Ihre Instrumente werden unterspült und ausgehöhlt. Dazu kommt, dass die föderale Struktur von Kanton zu Kanton und von Gemeinde zu Gemeinde grosse Unterschiede entstehen lässt und damit einschneidende Ungerechtigkeiten schafft. Das alles macht klar: Die Zeit ist reif für einen Neustart. Das Denknetz schlägt dazu das Modell der *Existenzsicherung für alle* vor. Damit werden Rechtsungleichheiten beseitigt, dem Sozialhilfewettbewerb nach unten wird ein Riegel geschoben und den veränderten gesellschaftlichen Realitäten Rechnung getragen.

Wie oft haben wir diese schöne Formulierung aus der Präambel unserer Verfassung schon gehört oder selber zitiert: „ (...) die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen.» Gemessen an dieser Aussage steht es um die Stärke des Schweizer Volkes nicht gerade gut: Seit Ende der 90er Jahre werden Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, von den Rechten in unserem Land regelmässig aufs Schärfste angegriffen und skandalisiert, und mit ihnen auch gleich das ganze Instrumentarium der Sozialhilfe. Zwar erleben wir grad eine kleine Verschnaufpause: Vorstösse der SVP in den Kantonen Bern und Zürich konnten gestoppt werden. Diese Zwischenerfolge dürfen aber nicht darüber hinweg täuschen, dass die Sozialhilfe in ihrer jetzigen Form sehr verletzlich ist. Das hat viel mit ihrer Struktur zu tun: Sie hat keine verbindliche Verankerung auf Bundesebene. Vielmehr schiebt die Verfassung die Zuständigkeit für die Verletzlichsten unserer Gesellschaft auf die Kantone. Das führt dazu, dass wir 26 kantonale Sozialhilfegesetze haben, die sich betreffend wesentlicher Aspekte wie der Art und Höhe der Unterstützungsleistungen und Rechte und Pflichten der Bezüger*innen massiv voneinander unterscheiden. Auch die Frage des Lastenausgleichs wird sehr uneinheitlich gehandhabt: Während es auf der einen Seite Kantone gibt, die die Lasten zwischen Kanton und Gemeinden und zwischen den Gemeinden angemessen aufteilen, gibt es andere, die die Kosten voll bei den Gemeinden belassen, wodurch finanzschwächere Gemeinden in besonderer Weise belastet werden. In all jenen Kantonen, in denen die Gemeinden einen grossen Teil der Kosten zu tragen haben, kann es leicht zu Fällen kommen, die in der Öffentlichkeit skandalisiert werden können. Ein Beispiel ist der «Fall Hagenbuch» im Kanton Zürich: Die Gemeindepräsidentin, Mitglied der SVP, behauptete, die Gemeinde müsse wegen der Sozialkosten, die eine eritreische Familie verursache, den Steuerfuss um fünf Prozent erhöhen. Obwohl später bekannt wurde, dass ein grosser Teil dieser Kosten durch Kindesschutzmassnahmen entstanden waren, die der Kanton zu übernehmen hat, stiess der Fall in den Medien auf grosse Resonanz und half, generelle Ressentiments gegen Sozialhilfebezüger*innen zu schüren.

Angesichts der vielfältigen Probleme rund um die Ausgestaltung der Sozialhilfe suchten viele Akteure in den vergangenen Jahren nach neuen Lösungen. Zwei Vorschläge standen bislang im Vordergrund: Die Forderung nach einem Rahmengesetz auf Bundesebene, mit dem der stossenden föderalen Rechtsungleichheit entgegengewirkt werden könnte, sowie Vorstösse in verschiedenen Kantonen mit dem Ziel, den innerkantonalen Lastenausgleich zu verbessern. Das Bundesrahmengesetz ist aber bereits in den Anfängen steckengeblieben und auch im Bereich Lastenausgleich sind die bislang erzielten Fortschritte sehr bescheiden.

Stattdessen wurden manche Forderungen der SVP aufgenommen in der irrigen Annahme, damit die Wogen glätten und den Angriffen auf die Sozialhilfeempfänger*innen die Spitze brechen zu können – was sich allerdings als Illusion erwiesen hat. Anstatt die Grundfesten des modernen Sozialstaates zu sichern, wurde dessen Anspruch, für eine solidarische und gerechte Gesellschaft zu sorgen, erheblich untergraben.

Hier setzt das Modell der Existenzsicherung für alle (Efa) ein, wie es im Rahmen der Fachgruppe Sozialpolitik von «Denknetz» erarbeitet wurde. Kern des Modells ist die solidarische und robuste Ausgestaltung der Existenzsicherung für alle.

Hier die Eckwerte des Modells:

1. Die Existenzsicherung für alle ersetzt die Sozialhilfe. Sie orientiert sich am Modell der Ergänzungsleistungen[1], umfasst dabei

nun neu alle Bedarfssituationen und nicht wie bisher nur AHV- und IV-Rentnerinnen und -Rentner.

2. Wenn das Total der anrechenbaren Einkommen eines Haushaltes die anerkannten Ausgaben nicht deckt, wird das Haushalteinkommen auf die Höhe der Existenzsicherung ergänzt, unabhängig vom Grund für das unzureichende Einkommen (Unfall, Behinderung, Erwerbslosigkeit, Krankheit, ungenügende Erwerbseinkünfte usw.). Die Berechnung der anerkannten Ausgaben und anrechenbaren Einnahmen folgen den Definitionen der Ergänzungsleistungen.

3. Als Referenzgruppe der Unterstützungseinheit gilt der Haushalt. Dabei orientieren wir uns an der Definition des Bundesamtes für Statistik: Unter einem Haushalt wird eine Gruppe von Personen verstanden, die zusammen wohnen, also eine gemeinsame Wohnung teilen.

4. Zum anrechenbaren Einkommen zählen Erwerbseinkommen, Renteneinkommen aus Sozialversicherungen (ALV, AHV, IV, zweite Säule) und Kapitaleinkommen. Auch das Vermögen wird gemäss klaren Regeln einbezogen und gemäss dem in der EL etablierten Vermögensverzehr berücksichtigt. Vermögensfreibeträge werden gemäss den Regeln der EL vor der letzten Revision im Jahr 2019 behandelt.

5. Die anerkannten Ausgaben bestehen aus dem allgemeinen Lebensbedarf, dem Mietzins und den Mietnebenkosten und den Kosten für die medizinische Grundversorgung.

6. Für Menschen ohne Schweizer Pass gelten die heutigen Karenzfristen für Ausländer*innen gemäss EL-Vorschriften. Die Möglichkeit des Entzugs der Aufenthaltsbewilligung (Jahresaufenthalt und sogar Niederlassungsbewilligung) bei bedeutendem Sozialhilfebezug gehört abgeschafft. Heute können bei Sozialhilfebezug sowohl die B- als auch die C-Bewilligungen entzogen respektive nicht erneuert werden, im Fall der C-Bewilligung allerdings nur bei «dauerhaftem und erheblichem Sozialhilfebezug». Die heutige Praxis steht in Widerspruch zu den EU-Richtlinien. Grundsätzlich sollen alle Personen mit Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz bezugsberechtigt sein, wobei die Karenzfristen, wie sie heute im Ausländerrecht und in den flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit mit der EU geregelt sind, übernommen werden sollen.

7. Die heutige in der Sozialhilfe geltende Verwandtenunterstützungspflicht wird abgeschafft, ebenso die in vielen kantonalen Sozialhilfegesetzen verankerte Rückerstattungspflicht. Eine Rückzahlungspflicht aus dem Erbe soll ausgeschlossen werden. Diese Rückzahlungsverpflichtung ist nichts anderes als eine Erbschaftssteuer für die kleinen Leute.

8. Die Existenzsicherung für alle stellt eine auf Bundesebene verankerte Sozialleistung dar. Dies macht eine Verfassungsänderung nötig, denn Art. 115 unserer Bundesverfassung delegiert die Unterstützung Bedürftiger an die Kantone.

9. Die Existenzsicherung für alle wird analog zu den EL aus allgemeinen Steuermitteln finanziert, wobei die Aufteilung der Kosten zwischen Bund und Kantonen noch im Detail geregelt werden muss.

10. Die erwerbsfähigen Bezüger*innen der Existenzsicherung sind weiterhin zur Arbeitssuche angehalten. Davon ausgenommen sind Personen, die aus psychischen oder physischen Gründen nicht erwerbsfähig sind und Personen über 55 Jahre, sofern die Stellensuche offensichtlich aussichtslos ist.

11. Die regionalen Arbeitsvermittlungszentren RAV, die IV-Beratungsstellen und die Sozialdienste werden zu polyvalenten Diensten zusammengelegt. Damit können wichtige Synergien geschaffen werden und es entsteht eine integrierte Berufs- und Lebenslaufberatung.

12. Bei der Arbeitssuche werden die Betroffenen durch diesen Dienst unterstützt. Dies bedingt nicht nur eine genügende finanzielle und personelle Ausstattung der zuständigen Stellen, sondern auch ein diversifiziertes, auf die Bedürfnisse der Beziehenden abgestimmtes Angebot an Integrationsmassnahmen.

13. Die Arbeitgebenden werden verpflichtet, eine genügende Anzahl von Arbeitsplätzen für Menschen mit verminderter Leistungsfähigkeit oder anderen Einschränkungen zu schaffen.

14. Für die berufliche Integration von Erwachsenen orientiert sich die Existenzsicherung für alle an den Programmen FORJAD und FORMAD des Kantons Waadt, verzichtet allerdings auf eine Altersbeschränkung. Das Waadtländer Modell setzt anstelle von Sozialhilfeleistungen auf Stipendien. Es leistet eine aktive Unterstützung und Begleitung im Hinblick auf eine berufliche Grundausbildung (Berufslehre, Anlehre, Praktika in Unternehmen, Validierung von Bildungsleistungen), die je nach Alter und beruflichen Vorkenntnissen angepasst wird.

15. Es gibt Menschen, die aus freien Stücken darauf verzichten, Erwerbsarbeit zu leisten und dafür in Kauf nehmen, mit wenig Geld zu leben. Alternativ widmen sie sich der Kunst, einem gesellschaftspolitischen Engagement oder verschreiben sich einer Lebensweise mit einem bewusst niedrigen Konsumniveau. Für diese Menschen, die freiwillig auf die Arbeitssuche verzichten, obwohl sie erwerbsfähig sind, wird das Modell «Efa Alternativ» eingeführt. Das Modell dient auch dazu, Auszeiten zu ermöglichen. In all diesen Fällen werden allerdings die Efa-Leistungsansätze um 20 Prozent gekürzt. Die alternative Existenzsicherung kann nur bezogen werden, wenn das Vermögen unterhalb der heutigen EL-Freigrenze liegt. Anders als im Modell der generellen Existenzsicherung gilt im Modell «Efa-Alternativ» zudem eine Rückerstattungspflicht: Erstens im Fall eines bedeutenden Vermögensanfalls (Erbschaft, Schenkung, Lotteriegewinn, usw). Dabei liegt die entsprechende Vermögensgrenze bei der heutigen EL-Freigrenze. Zweitens dann, wenn innerhalb von zehn Jahren nach Ende des Bezugs ein Einkommen erzielt wird, das über dem schweizerischen Medianeinkommen liegt.

Parallel zur Einführung der Existenzsicherung für alle sind zwei flankierende Massnahmen wichtig. Zum einen muss ein ausreichend hoher Mindestlohn gesichert werden, weil sonst das Instrument der Existenzsicherung zu einer Subventionierung der Arbeitgeber führt. Zum zweiten ist darauf hinzuwirken, dass die Steuerbefreiung des Existenzminimums auf Bundes- und auf kantonaler Ebene soweit über

1 Dabei beziehen wir uns auf die Ergänzungsleistungen in ihrer Ausgestaltung gemäss Ergänzungsleistungsgesetz ELG vor der letzten Revision, die leider einige Verschlechterungen gebracht hat.

den Efa-Ansützen zu liegen kommt, dass unerwünschte Schwelleneffekte vermieden werden.

Was kostet das Ganze?

Mit der Existenzsicherung für alle sorgen wir im Vergleich zu heute für eine deutliche Verbesserung der materiellen Lage der betroffenen Menschen. Natürlich haben diese Verbesserungen ihren Preis. Mehrkosten entstehen zum einen, weil die Leistungshöhe auf das Niveau der heutigen Ergänzungsleistungen angehoben wird, und zum anderen, weil der Bezüger*innenkreis erweitert wird.

Zur Berechnung der Mehrkosten sind wir auf Schätzungen angewiesen, denn die verfügbaren Daten erlauben keine präzise Berechnung. Den finanziellen Mehraufwand für das Anheben der Leistungshöhe schätzen wir auf ca. 700 Mia CHF, die finanziellen Konsequenzen aus der Erweiterung des Bezügerkreises auf 1.0 – 1.6 Mia CHF, total also 1,7 bis 2,3 Mrd. CHF pro Jahr. Dieser Betrag mag auf den ersten Blick beträchtlich erscheinen. Schauen wir allerdings, wie gross die Gesamtausgaben der Schweiz für Sozialleistungen sind (also das Total der Ausgaben für Sozialversicherungen, Renten, Taggelder, EL-Leistungen, Prämienverbilligungen und Sozialhilfe), relativiert sich das Bild: Der Gesamtaufwand für die Sozialleistungen in der Schweiz betrug im Jahr 2018 170 Milliarden Franken. Das zusätzliche Geld für eine solidarische Existenzsicherung entspricht demzufolge zirka 1 - 1,35 % des Gesamtaufwandes für Sozialleistungen. Soviel muss uns die Absicherung von Menschen wert sein, die – aus welchen Gründen auch immer – nicht genug zum Leben haben.

Ruth Gurny,
bis zu ihrer Pensionierung Professorin für Soziologie und Sozialpolitik an der ZHAW und von 2007 bis 2015 Präsidentin des Denknetzes

Ueli Tecklenburg,
Soziologe, ehemaliger Adjunkt im Sozialdepartement des Kantons Waadt und ehemaliger Geschäftsführer der SKOS

NEU AUF DER DENKNETZ WEBSITE

VIDEO & AUDIO

Rahmenabkommen CH-EU: Wie weiter für ein soziales Europa
Mit Daniel Lampart, Christa Suter, Katrin Distler und Beat Ringger

Die Rhetorik der Rechten | Mit Franziska Schutzbach

Denknetz-Verteilungsbericht 2019 | Mit Hans Baumann und Christian Gross

Das System-Change-Klimaprogramm | Mit Beat Ringger

Wirtschaft ist Care | Von Ina Praetorius

Hintergründe zur Tagung «Die Linke und die Freiheit» | Mit Fitzgerald Crain

Vernissage des Buches «Reclaim Democracy»
Mit Pascal Zwicky, Ruth Daellenbach, Simon Küffer, Fabian Molina, Franziska Schutzbach, Markus Wissen, Beat Ringger

WWW.DENKNETZ.CH

WORKING PAPERS

Was steuert den Weiterbildungsmarkt? | Von Walter Schöni

Sozialhilfe Schweiz, Chronologie eines Umbaus | Von Véréna Keller

Wegmarken des sozialen Fortschritts
Von Hans Baumann, Roland Herzog und André Kaufmann

LESETIPPS

Adam Tooze (2018):
Crashed: Wie zehn Jahre Finanzkrise die Welt verändert haben

Siedler Verlag
800 Seiten

Der Wirtschaftshistoriker Adam Tooze liefert auf 800 Seiten, was man über die Finanzkrise wissen muss. Es wird deutlich, an welch' seidenem Faden das globale Finanzsystem und der Kapitalismus 2008 hingen. Die europäischen Regierungen waren komplett handlungsunfähig. Einzig weil die Federal Reserve (amerikanische Zentralbank) via Devisen-Swaps den globalen Zentralbanken zwischen 2007 und 2010 über 4 Billionen Dollar zur Verfügung stellte, konnte ein kompletter Kollaps des Bankensystems abgewendet werden.

In grosser Detailtreue zeichnet Tooze nach, wie verschieden die politischen Reaktionen danach waren: Von zu zaghaften (USA) über riesige Konjunkturpakete (China, 12% des BIP, das wären 80 Mia. Franken in der Schweiz) bis zu Austerität in der EU, aber auch die komplette Umkehr der Notenbankpolitik durch Draghi. Es wird eindrücklich klar, wie die Linke immer wieder Chancen für eine radikale Antwort verpasst, die Krise geopolitische Konflikte verschärft und den Aufstieg des Rechtspopulismus befeuert hat. (Joël Bühler)

Harald Jähner (2019):
Wolfszeit. Deutschland und die Deutschen 1945–1955

Rowohlt Berlin
480 Seiten

Mit Hilfe von Material aus Tagebüchern, Filmen, Romanen und Zeitschriften zeichnet der Autor ein Bild des Alltags der Menschen in den ersten Nachkriegsjahren. Das Leben ist voller Widersprüche. Bezeichnend der Untertitel des ersten Kapitels „So viel Anfang war nie. So viel Ende auch nicht." Wir lesen davon, wie sich das bare Überleben gestaltete, die Suche nach Essbarem, vom Hamstern und vom Schwarzmarkt. Dann aber auch die Suche nach etwas, das sich im Entferntesten als Wohnraum bezeichnen liess. Haushoch die Trümmer, Ausgebombte, Flüchtlinge, alles drängte sich auf engem Raum. Aber das war nur die halbe Wahrheit: „Wenn man genauer hinhört, dann hört man die Leute tatsächlich lachen. Sie waren entronnen und hatten wirklich Lust zu feiern." Und so lesen wir in einem eigenen Kapitel über die anarchische Lust aufs Leben der „davon Gekommenen". Daneben eine grosse Vielfalt an Themen, die mir so nicht bewusst waren: Die erfolgreichen Strategien der Amerikaner, die „Hoheit über die Stammtische" zu erlangen, die Kunst im Dienste des Kalten Krieges und „der Klang der Verdrängung". Lesen! (Ruth Gurny)

Cinzia Arruzza, Tithi Bhattacharya, Nancy Fraser (2019):
Feminismus für die 99%

Matthes & Seitz Berlin
108 Seiten

Der liberale, unternehmensnahe Feminismus hat versagt, sind sich die drei Autorinnen Cinzia Arruzza, Tithi Bhattacharya und Nancy Fraser in ihrem Manifest einig. Denn im Feminismus darf es nicht einfach darum gehen, mehr Möglichkeiten zum Durchbrechen der gläsernen Decke zu schaffen und die Arbeiten gleichmässig aufzuteilen. In ihren elf Thesen beschreiben die Autorinnen, dass ihr Feminismus allen Frauen* dienen muss. Denn es geht nicht darum, dass Einzelne vorankommen, sondern um das Wohlergehen aller Menschen. Der Feminismus für die 99% greift das kapitalistische System grundsätzlich an und fordert eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsform, die allen Menschen ein gutes Leben ermöglicht. Vor allem nach dem diesjährigen Frauen*streik eine wichtige Lektüre, die erklärt, dass wir uns mit anderen antikapitalistischen und antisystemischen Bewegungen verbinden müssen. Unbedingt lesen! (Julia Baumgartner)

Mariana Mazzucato (2013):
Das Kapital des Staates, eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum

übersetzt 2014
Antje Kunstmann
320 Seiten

Das Buch demontiert das neoliberale Narrativ über Staatseingriffe in den Markt, ein Narrativ, mit dem Ziel, Staatsinstitutionen zu diskreditieren und Regulierung zu minimieren. Dieser «Mythos» dient der Selbstdarstellung des Unternehmertums, das wirtschaftlichen Erfolg als Eigenleistung festschreibt. Mazzucato sprengt die Auffassung, dass staatliche Institutionen und private Unternehmen unvereinbare Gegensätze seien, dass dieser Konflikt die Mechanismen des Marktes behindere und Innovations-Risiken des freien Unternehmertums nicht genügend belohne.

Sie weist nach, dass staatliche Investitionen das Hauptrisiko innovativer Ideen über Steuergelder tragen und das private Risikokapital erst aufspringt, wenn staatlich geförderte Grundlagen gesetzt sind. Paradebeispiel ist das Apolloprogramm, auf Staatskosten entwickelter Ausgangspunkt der digitalen Explosion, von der private Unternehmen profitierten. Der Staat erhält aber nur ein Bruchteil seiner Investition vom Unternehmertum zurück! Eine Korrektur wäre einfach: Jedes Unternehmen, das staatliche Grundlagen nutzt, führt Aktien-Anteile an die Staatskasse: So hätte das iPhone die USA reich gemacht! (Franz König)

Mariana Mazzucato (2019):
Wie kommt der Wert in die Welt? Von Schöpfern und Abschöpfern

Campus Verlag
407 Seiten

Neoliberalen Ökonomen gelang es, das Konzept des Preises, das sowohl den "Schöpfungswert"- die Arbeit – wie den Mehrwert eines Produkts ausklammert und einzig auf Angebot und Nachfrage fusst, einzuführen. Dieses Narrativ, das Preis mit Wert gleichsetzt, ignoriert die Arbeitsvorgänge, die zur Produktion gehören, verdrängt den Begriff des Mehrwerts und verhindert so die Frage nach gerechter Aufteilung des Mehrwerts.

Lange galten wirtschaftliche Tätigkeiten wie Ackerbau und Handwerk als produktiv, sie konnten einen legitimen Anspruch auf Mehrwert erheben. Unproduktive Aktivitäten wie Geldgeschäfte schöpfen dagegen unverdienten Gewinn.

Die unproduktiven Aktivitäten führen zu unlauterem Gewinn, der nicht durch Eigenleistung und Innovation entsteht, sondern durch Monopole und Neu-Verteilung schon geschaffener Werte. Dies gilt für die Finanzindustrie wie für global-digitale Unternehmen und ihre faktische Monopolstellung.

Eine Demokratisierung der Weltwirtschaft, in der Unternehmen nur produzieren, was der menschlichen Gemeinschaft dient, was Raubbau an Natur und Bodenschätzen von vornherein ausschliesst, ist darum dringend nötig. (Franz König)

Warum schweigt das Denknetz zur STAF-Vorlage?

Seit fünfzehn Jahren engagiert sich das Denknetz gegen Steuerungerechtigkeiten – allen voran gegen das fiskalische Abzocken anderer, insbesondere armer Gemeinwesen. Vor diesem Hintergrund hat die zuständige Fachgruppe im Juni 2018, ausgehend vom Pionierkanton des Steuerdumpings, zur Verknüpfung der Steuer- und der AHV-Fragen folgende Zeilen geschrieben: „Zug wurde (nach einer ähnlichen ‚Verständigungslösung') zum Mekka der Rohstoffkonzerne und der Superreichen. In der Folge sind die Lebenshaltungskosten so stark gestiegen, dass das verfügbare Einkommen der Normal-Bevölkerung mittlerweile im interkantonalen Vergleich auf Rang 19 liegt. Die Schweizer Linke sollte sich nicht zur Beschreitung des Zuger Weges verleiten lassen. Sie darf sich nicht dazu hergeben, lediglich um die Aufteilung der ‚Beute aus der Aus-Beutung der 3.Welt-Länder' zu streiten, der Ausbeutung selbst jedoch faktisch zuzustimmen."

Im Sinne dieser Stellungnahme haben weltsolidarische Linke ein paar Monate später das Referendum gegen die fiskalische Abzockervorlage „STAF" ergriffen. Als aber im April 2019, mitten im Abstimmungskampf, die Denknetz-Zeitung in Grossauflage erschien, war darüber kein Wort zu finden. Das war unfair gegenüber jenen, die sich im Sinne des Denknetzes einsetzten. Und es ist grundsätzlich fragwürdig, ein Engagement ausgerechnet dann zu suspendieren, wenn es konkret wird.

Ich kann mir vorstellen, wie dieses Schweigen zu erklären ist. Das Denknetz versteht sich ja als pluralistische Organisation, die selbst keine Tagespolitik betreibt. Doch das vermag mich nicht zu überzeugen. Die GSoA ist das auch. Aber jedem GSOA-Mitglied ist klar, dass ihre ureigenen Anliegen über jeder Parteiraison stehen. Gehört der Kampf gegen die Ausbeutung des globalen Südens nicht zu den Herzensanliegen des Denknetzes, die ebenfalls konsequent vertreten werden sollten – ohne Rücksicht auf parteipolitische Differenzen und Taktiken?

Auch Schweigen ist Politik. Gerade von einem Denknetz erwarte ich, dass es sagt, was es denkt. Erst recht, wenn's drauf ankommt.

Jo Lang, Historiker, ehem. Nationalrat

Stellungnahme zur Kritik von Jo Lang

Jo Lang kritisiert, dass das Denknetz in seiner Zeitung vom April 2019 mit keinem Wort zur Unternehmensbesteuerung und zur STAF-Vorlage Stellung genommen hat. Er berührt damit eine Frage, die uns immer wieder beschäftigt: Wie kann das Denknetz eine offene Plattform für alle fortschrittlichen Kräfte sein, gleichzeitig aber auch pointierte Positionen einnehmen – Positionen, die innerhalb der fortschrittlichen Kräfte strittig sind und auch strittig sein müssen, um kritisches Denken voranzubringen? Kritisches Quer-Denken kann man für wichtig halten, auch wenn man manche Idee aus dem Denknetz für zu radikal oder zu wenig radikal hält, für zu wenig durchdacht oder zu technokratisch oder was auch immer. Man kann auch wertschätzen, dass das Denknetz dabei bewusst dem Sog der Kompromisslogik in der Alltagspolitik entgegenwirken will – einem Sog, der nur allzu oft schon dazu führte, dass die Linke ihre ureigenen Anliegen preisgegeben hat. Eine solche Denkarbeit kann das Denknetz aber nur dann wirksam leisten und einbringen, wenn es sich selbst aus der Alltagspolitik fernhält – sonst würde es zu einer Art „Ersatzpartei". Der Charakter einer offenen Plattform ginge damit verloren.

Zum konkreten Fall der STAF-Vorlage: Tatsächlich ist eine Mehrheit der Denknetz-Aktiven der Ansicht, die Linke dürfe sich nicht auf eine nationalegoistische Steuerdumping-Politik einlassen – auch nicht in Form von Kompromissen à la STAF. Das haben wir auch klar kundgetan. Allerdings sind unsere Beiträge zeitlich auf die Phasen ausgerichtet, in der im fortschrittlichen Lager die Positionen erarbeitet werden – also jeweils deutlich vor einem allfälligen Abstimmungsdatum. Unser Fokus liegt nicht auf Abstimmungskampagnen, sondern auf all dem, was weit zuvor bedacht werden muss. So findet sich in dieser Denknetz-Zeitung der Artikel ***Ohne radikale Umkehr in der Steuerpolitik verlieren alle*** auf Seite 20, der sich mit der Frage beschäftigt, wie es nach der STAF-Abstimmung nun weitergehen soll.

Beat Ringger, geschäftsleitender Sekretär des Denknetzes

LUEGETSI ZERSCH BIM DÄNKNETZ

Kennen Sie die Denknetz-Bibliothek mit rund 700 Fachartikeln, Audio- und Videobeiträgen zu einer breiten Palette von Themen? Dazu kommen die 25 „Diskurs"- Ausgaben. In jedem Diskurs sind zu einem Thema kommentierte Links und Hinweise versammelt, insgesamt bereits zu rund 2000 Texten, Büchern und Fachbeiträgen.

Wenn Sie also auf der Suche nach interessanten Text zu Ihrem Thema sind: Luegetsi zersch bim Dänknetz.

www.denknetz.ch

VERANSTALTUNGSKALENDER

Welthandel – Klima – System Change

4. November 2019 | Montag | **20 h** | Kosmos | Lagerstrasse 104 | Zürich

Das Denknetz-Jahrbuch 2019 beschäftigt sich mit der Bedeutung des Welthandels für Umwelt und Klima. In den letzten 30 Jahren ist der Welthandel um das Achtfache gewachsen und zu einem massgebenden Motor ökologischer Bedrohungen geworden. Die Schweiz ist eines der drei Zentren des Welthandels mit Rohstoffen. Das Denknetz-Sachbuch „Das System-Change-Klimaprogramm" wiederum schlägt 27 konkrete Massnahmen vor, die Klimaerhitzung zu begrenzen.

Mit Helen Müri und Christoph Lüthy (Denknetz Fachgruppe Welthandel und Umwelt), Beat Ringger (Autor des Buches Das System-Change-Klimaprogramm) und Aline Trede (Nationalrätin Grüne Partei)

Die Linke und die Freiheit

23. November 2019 | Samstag | **10.15 h – 16.15 h**
Volkshaus Basel | Rebgasse 12

Wie ist das Verhältnis der Linken zur Freiheit? Darum ging es in der Kontroverse zwischen Marx und Bakunin, die den vierten Kongress der I. Internationale im September 1869 in Basel prägte. Wie war das Verhältnis zwischen Freiheit, Gleichheit und Solidarität innerhalb der Linken? Welche Freiheit meinte man? Solche Fragen bestimmten die Entwicklung des Sozialismus bis heute. 150 Jahre nach dem Basler Kongress, stellt sich die Frage nach der Dialektik von Freiheit, Gleichheit und Mitmenschlichkeit immer noch – und angesichts der Tatsache, dass die Freiheit heute von verschiedenen Seiten bedroht ist, stellt sie sich mit Dringlichkeit. Die Tagung nimmt die Debatte wieder auf und erneuert sie.

Mit Bernard Degen, Caroline Arni, Urs Marti-Brander, Katrin Meyer, Beat Ringger, Ruth Daellenbach und Georg Kreis

Denknetz-Fokus: Armut in der Schweiz

28. November 2019 | Donnerstag | **15.00 h – 16.30 h**
Unia Zentrale | Strassburgstrasse 11 | Zürich

Was bedeutet Armut in der Schweiz? Welche Zahlen, Fakten und Erhebungen gibt es? Wer ist arm? Welches sind die Risikogruppen und was die Armutsrisiken? Welche Rolle spielen strukturelle Zusammenhänge und wo gibt es individuelle soziale Risiken? Welche sozialpolitischen Massnahmen können gegen Armut in der Schweiz ergriffen werden?

Ein Vortrag von Anna-Katharina Thürer mit anschliessendem Fachgespräch mit Ruth Gurny.

Reclaim Democracy Kongress

27. – 29. Februar 2020 | Rote Fabrik | Seestrasse 395 | Zürich

Der Kongress wird von 45 Kooperationspartnern getragen und vom Denknetz Schweiz organisiert. Erwartet werden rund 2000 Teilnehmende an fünf Plenarveranstaltungen und 50 Ateliers. Sichern Sie sich jetzt den vergünstigten Dreitages-Pass auf **www.reclaim-democracy.org**

Unter anderem mit Orhan Akman, Susan Boos, Slave Cubela, Silke van Dyk, Mark Eisenegger, Naomi Klein (Video-Botschaft), Tetet Lauron, Tadzio Müller, Oliver Nachtwey, Melinda Nadj Abonji, Katarina Nocun, Ivonne Yannez und vielen mehr

---

Ich werde Denknetz-Mitglied und erhalte das aktuelle Jahrbuch 2019 sowie das Buch ***Das System-Change-Klimaprogramm*** als Willkommensgeschenk.*

Ich bin interessiert, im Denknetz mitzuwirken. Nehmt mit mir Kontakt auf.

Bitte schickt mir ___ **Exemplare dieser Zeitung zum Verteilen.**

Vorname, Name

Strasse

PLZ, Ort

Mailadresse (bitte deutlich schreiben)

Einsenden an: **Denknetz, Postfach, 8036 Zürich** oder ein E-Mail mit obigen Angaben senden an **info@denknetz.ch**

* Der Mitglieder-Jahresbeitrag beim Denknetz beträgt CHF 100.- für Normal- und CHF 40.- für Gering-/Nichtverdienende. Denknetz-Mitglieder erhalten alle Denknetz-Bücher und alle weiteren Publikationen kostenlos nach Hause geschickt.

Denknetz
réseau de réflexion
pensieri in rete
think network

www.denknetz.ch

Impressum: Halbjahreszeitung des Denknetzes Schweiz. Erscheint im Frühjahr und Herbst. | www.denknetz.ch, info@denknetz.ch, suisseromande@denknetz.ch
Presserechtlich verantwortlich: Beat Ringger | Produktion: Simon Rutz | Korrektorat: Ruth Daellenbach | Layout/Illustrationen: www.zersetzer.com III III freie grafik. | Druck: AZ Print, Aarau

DIE LINKE UND DIE FREIHEIT

Tagung
23. November 2019

Samstag | 10.15 – 16.15 h
Volkshaus Basel | Rebgasse 12

Mit Bernard Degen, Caroline Arni, Urs Marti, Kathrin Meyer, Beat Ringger, Ruth Daellenbach und Georg Kreis

+ + + **10.15 h – 10 30 h | Beginn der Tagung.** Gesamtmoderation Ruth Daellenbach + + + **10.30 h – 11.15 h** | Bernard Degen | **«Zur Geschichte des Basler Kongresses von 1869»** + + + **11.15 h – 12. 00 h** | Caroline Arni **«Freie Frauen. Was war Emanzipation im 19. Jahrhundert?»** + + + **12.00 h – 12.15 h** | Pause + + + **12.15 h – 13.00 h** | Urs Marti | **«Die Freiheit der Liberalen und Marx' Idee der Selbstverwirklichung»** + + + **13.00 – 13.45 h** | Mittagessen + + + **13.45 h – 14.30 h |** Katrin Meyer **«Die Idee der Freiheit aus feministischer Perspektive»** | **14.30 h –14.45 h** Pause +++ **14.45 h – 15.30 h** | Beat Ringger | **«Das 21. Jahrhundert ohne Linke?»** + + + **15.30 h – 16.15 h | Schlussgespräch** der Referentinnen und Referenten | mit Georg Kreis

Tagungsbeitrag
inkl. Mineralwasser und Lunch
CHF 100.- Normalverdienende
CHF 60.- Denknetz-Mitglieder
CHF 40.- Gering- oder Nichtverdienende

Anmeldungen
tagung@denknetz.ch
Mail mit Name und Postadresse
Die Platzzahl ist beschränkt
Teilnahme nach Eingang der Anmeldung

ABENDVERANSTALTUNG
BUCHVERNISSAGE

WELT HANDEL KLIMA SYSTEM CHANGE

MONTAG
20 UHR
4. NOVEMBER 2019
KOSMOS
LAGERSTRASSE 104
ZÜRICH

REFERENT*INNEN

HELEN MÜRI | PROMOVIERTE BIOLOGIN
CHRISTOPH LÜTHY | JURIST
BEAT RINGGER | GESCHÄFTSL. SEKRETÄR DES DENKNETZES
ALINE TREDE | NATIONALRÄTIN GRÜNE PARTEI BERN

DIE SCHWEIZ IST IM ROHSTOFF- UND ERDÖLHANDEL EINE GROSSMACHT. WAS HEISST DAS FÜR DIE KLIMAPOLITIK?

Denk netz
réseau de réflexion
pensieri in rete
think network

EINTRITT FREI